



Sonderbericht zu Verschwörungsmychen und „Corona-Leugnern“

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Stand: Mai 2021



Inhalt

Vorbemerkung.....	3
1. Einleitung.....	6
1.1 Definition der „Corona-Leugner“	12
1.2 Gesetzliche Grundlagen.....	15
2. Darstellung der „Corona-Leugner“-Szene	18
2.1 Typische Narrative und Begründungsmuster.....	18
2.2 Ursprünge der Szene	26
2.3 Merkmale der Szene.....	41
2.4 Typisierung, Mobilisierungsfähigkeit und Personenpotenzial	45
2.5 Aktionsformen.....	49
2.6 Mechanismen der Mobilisierung und Rekrutierung	55
2.7 Proteste gegen Anti-Corona-Maßnahmen im polizeilichen Fokus.....	59
2.8 Herausragende Organisationen und Plattformen.....	66
2.9 Begründung der Verfassungsfeindlichkeit	69
3. Bezüge der „Corona-Leugner“ zu extremistischen Organisationen.....	102
3.1 Rechtsextremismus	102
3.2 Linksextremismus.....	121
3.3 Auslandsbezogener Extremismus.....	127
3.4 Islamismus.....	132
3.5 Einfluss ausländischer Staaten	143
4. Ausblick und Bewertung.....	149
4.1 Bewertung der Strukturen und der Diskurse der „Corona-Leugner“-Szene	149
4.2 Möglichkeiten der Prävention.....	151
4.3 Bewertung zur Relevanz für den Verfassungsschutz	154
5. Anhang.....	155
5.1 Glossar	155
5.2 Zeitstrahl relevanter Ereignisse.....	166



Vorbemerkung

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat die Protestbewegung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen ab März 2020 intensiv in den Blick genommen. Ein Teil dieser Protestbewegung ist einem Spektrum zuzurechnen, das als „Corona-Leugner“ bezeichnet werden kann. Der vorliegende Bericht liefert insbesondere für Nordrhein-Westfalen grundlegende Erkenntnisse und informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit zu diesem Phänomen:

- Die Protestbewegung ist äußerst heterogen und weder im Jahr 2020 noch aktuell *in Gänze* Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.
- Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hat bereits im März 2020 im Zusammenhang mit der Protestbewegung eine in Teilen demokratiefeindliche und sicherheitsgefährdende Entwicklung erkannt und diese seitdem im Blick. Begründet war dies zunächst mit dem Versuch von rechtsextremistischen Organisationen, Einfluss zu gewinnen. Mittlerweile sind Teile der Bewegung selbst wegen ihrer demokratiefeindlichen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.
- Auch wenn das Erscheinen der Protestbewegung für viele unerwartet war, sind Vorboten erkennbar, die die Verfassungsschutzbehörden bereits zu einem früheren Zeitpunkt beschäftigt haben. Dazu zählen die in Teilen verfassungsfeindliche „PEGIDA“-Bewegung und der – nicht gelungene – Versuch, die französische „Gelb-Westen“-Bewegung auch in Deutschland zu implementieren.
- Ausgangspunkt für die Entstehung der „Corona-Leugner“-Szene und ihrer Vorläufer sind politische und gesellschaftliche Veränderungen in den letzten 20 Jahren.
- So hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten in Teilen der Gesellschaft eine große Unzufriedenheit mit Entwicklungen und Entscheidungen auf politischer Ebene eingestellt, die in eine Veränderung der politischen Kultur mündet. Die sogenannte „Peripherie“ der Gesellschaft wächst, die Diskurse verrohen zunehmend und erreichen immer stärker den demokratischen Kern Deutschlands.
- Parallel dazu hat die zunehmende Digitalisierung und Virtualisierung die Prozesse öffentlicher Meinungsbildung nachhaltig verändert. Diese Veränderungen gründen sich auf den erweiterten Möglichkeiten der Informationsgewinnung



und -verbreitung im Internet, die damit verbundene größere Reichweite von Akteuren und die neue Vielfalt an Möglichkeiten, sich zu vernetzen.

- Dieser Möglichkeiten bedienen sich auch extremistische Akteure. Sie stoßen mit oberflächlich unverfänglichen Botschaften in andere gesellschaftliche Schichten vor. Die „Entgrenzung“ als Strategie von Extremisten bewirkt mehr Anschlussmöglichkeiten an Zielgruppen außerhalb des eigenen Spektrums und ein Ausdehnen der extremistischen Diskurse bis in Mitte der Gesellschaft hinein.
- Neben den Einflüssen aus dem Rechtsextremismus hat sich innerhalb der „Corona-Leugner“-Bewegung ein eigener Typus herausgebildet, der selbst verfassungsfeindliche Botschaften formuliert und staatsgefährdend agiert. Die beständige Delegitimierung des Staates, offene Aufrufe zur Gewalt gegen politische Gegner und in letzter Konsequenz die Rechtfertigung eines Staatsumsturzes gehören zu dem Repertoire. Abstruse, zum Teil antisemitische und volksverhetzende Verschwörungsmymen finden weite Verbreitung und Akzeptanz.
- Unklar in den Diskursen der „Corona-Leugner“ bleibt oftmals die Vorstellung davon, wie der Staat zukünftig auszusehen habe. Grundsätzlich ist von einer „Befreiung“ und „Rückeroberung“ des Staates die Rede.
- Es ist ein großer Wille innerhalb der „Corona-Leugner“-Szene erkennbar, die eigenen Überzeugungen auf Mitmenschen zu übertragen. Die Bewegung hat einen „missionarischen“ und auf maximale Außenwirkung bedachten Charakter.
- Auch polizeilich wird das Personenpotenzial der „Corona-Leugner“ verstärkt in den Blick genommen. Neben dem Demonstrationsgeschehen spielen der beständige Verstoß gegen Regeln, das Verbreiten von sogenannten „Feindeslisten“ und das durch verschiedene Aktionen hervorgerufene Gefahrenpotenzial für die öffentliche Ordnung hierbei eine Rolle.
- Die weitere Radikalisierung eines kleinen Teiles dieser Szene ist vor allem dann zu befürchten, wenn die Botschaften und Überzeugungen keinen Widerhall in der Gesellschaft finden und die öffentliche Wahrnehmung zurückgeht.
- Bei einer übergreifenden Betrachtung der Anschlussfähigkeit der „Corona-Leugner“-Szene an bereits vom Verfassungsschutz beobachtete extremistische Organisationen fällt die Nähe zum Rechtsextremismus besonders ins Auge.
- Bei der Analyse der ausländischen Einflussnahme in Deutschland im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie fallen insbesondere die Rollen



Russlands und Chinas ins Gewicht. Von Russland finanzierte Medien bieten verschwörungsmythischen Akteuren in Deutschland einen breiten Raum für ihre Propaganda.

- Der lange Vorlauf, die fortgeschrittene Vernetzung und die Zuspitzung gesellschaftlicher und politischer Konflikte begründen die Annahme, dass das hinter der „Corona-Leugner“-Szene stehende Personenpotenzial nach einem Ende der Corona-Pandemie nicht in Gänze in die gesellschaftliche Mitte zurückkehren wird.
- Vielmehr ist zu befürchten, dass ein vom Staat enttäushtes Personenpotenzial bestehen bleibt und sich bei zukünftigen krisenhaften Entwicklungen erneut für Botschaften mobilisieren lässt, die in Teilen staats- und verfassungsfeindlich sind.
- Der Verfassungsschutz wird sich daher langfristig mit diesem Personenpotenzial und den damit verbundenen Gefahren durch verfassungsfeindliche Diskurse in Verbindung mit Verschwörungsmithen beschäftigen müssen.
- Akteure und Organisationen, die diese Diskurse tragen, werden nachrichtendienstlich beobachtet, damit der Verfassungsschutz seine Funktion als Frühwarnsystem des demokratischen Rechtsstaates erfüllen kann.
- Daneben werden auch präventive Programme und die politische Bildungsarbeit eine wichtige Rolle spielen müssen, um Entfremdungsprozessen in Teilen der Gesellschaft entgegen zu wirken.
- Die Ursachen für die Entstehung eines vom Staat enttäushten Personenpotentials können jedoch nicht alleine mit den Mitteln staatlicher Behörden behoben werden. Hier sind vor allem Politik und Gesellschaft gefragt, um in kritischer Reflexion Perspektiven und Strategien für die Wiederherstellung des Vertrauens in eine funktionierende Demokratie zu entwickeln und in die Tat umzusetzen.



1. Einleitung

Ausgangslage

Seit dem Frühjahr 2020 befindet sich Deutschland in einer pandemischen Krisensituation, die durch die Verbreitung des Corona-Virus und des damit verbundenen Gesundheits-Notstands ausgelöst wurde und bei der ein abschließender Zustand aktuell nicht endgültig absehbar ist.

Die Pandemie hat in kürzester Zeit erhebliche Auswirkungen auf das politische und gesellschaftliche Leben in Deutschland entfaltet. Anders als bei vorherigen Krisen sind die Auswirkungen flächendeckend und betreffen alle Menschen in Deutschland. Die Folgen ziehen sich durch das Leben der Bürgerinnen und Bürger, angefangen von neuen und ungewohnten Regelungen für den Alltag bis hin zu großen gesellschaftlichen und politischen Fragen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und Umgang miteinander sowie die Regeln des friedvollen Zusammenlebens werden herausgefordert. Die Krise ist auch spürbar in Politik und Verwaltung. Letztlich steht der aktuelle innere Zustand der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem föderalen System auf dem Prüfstand.

„Corona-Leugnung“ als Teil der Meinungsfreiheit

Ein Phänomen, das die fortlaufende Krise hervorgebracht hat, ist im öffentlichen Sprachgebrauch als „Corona-Leugnung“ bekannt geworden. Im allgemeinen Sprachverständnis ist damit ein breites Spektrum an Einzelpersonen, Personenzusammenschlüssen und Netzwerken gemeint, das von der Kritik an einzelnen Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus über die Relativierung der gesundheitlichen Gefahren durch die Ansteckung mit dem Corona-Virus bis hin zur Leugnung der Existenz des Virus an sich reicht.



Bitte teilt diese Informationen weiter. In der Natur existieren tatsächlich keine Viren. Hört sich verspickt an, ich weiß, aber es ist fakt.

Eine Erfindung von Pasteur. Virus stammt aus dem Latein und bedeutet nichts anderes als : Gift, Schleim

Danach wurde diese Lüge vom Robert-Koch-Institut und den Rockefeller weiter ausgebaut



Bitte anschauen und teilen !! 🙏

Es existieren keine Viren in der Natur. Bis heute hat man kein einziges Virus nach Koch'schem Postulat nachgewiesen. KEIN EINZIGES

1

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Frage nach Lösungen für und den Umgang mit der Pandemie, und grundsätzlich die fortlaufende Diskussion sowie das kritische Hinterfragen insbesondere von Regierungshandeln ein hohes und unantastbares Gut in einem demokratisch legitimierten Staat ist. Ohne die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und des öffentlichen Diskurses wäre Deutschland kein Rechtsstaat und eine vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gestützte Demokratie nicht denkbar.

Unser Grundgesetz schützt das hohe Gut der Meinungsfreiheit in Artikel 5:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten“.

Es ist nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes, Meinungsbildungsprozesse, Demonstrationen und anderes Handeln zu beobachten, das sich in einem demokratischen Rahmen kritisch mit der Verhältnismäßigkeit von Regierungs- und Verwaltungshandeln in Bezug auf die Corona-Pandemie beschäftigt. Jeder Bürgerin

¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



und jedem Bürger steht es unbeobachtet von staatlichen Institutionen frei, sich über das Corona-Virus und seine Auswirkungen eine Meinung zu bilden.

Nicht jede Form von „Corona-Leugnung“ ist daher per se verfassungsfeindlich. Zwar mag sie obskur, sektiererisch oder abwegig erscheinen. Realitätsverweigerung ist jedoch ein Teil der Meinungsfreiheit und im öffentlichen Diskurs zu dulden. Die Leugnung der Existenz des Virus ist daher grundsätzlich von dem Recht auf Meinungsfreiheit geschützt.

Die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes kommt dort zum Tragen, wo hinter der Diskussion um Corona-Schutzmaßnahmen antidemokratische und menschenfeindliche Botschaften verbreitet werden oder sogar gewalttätiges Handeln eingefordert wird, das sich gegen den Staat und gegen die im Grundgesetz verankerten Werte und Normen richtet. Der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem der Demokratie ist hier nicht nur gefordert, sondern gesetzlich verpflichtet, genau hinzuschauen und zu bewerten.

Zuständigkeit des Verfassungsschutzes

Zweck dieses Berichtes ist eine Beschreibung und Eingrenzung des Phänomens „Corona-Leugnung“. Daneben soll auch die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes deutlich werden.

Bei den „Corona-Leugnern“ handelt sich insgesamt um eine äußerst heterogene und schwer einzuordnende Szene. Trotz des hohen Maßes an Heterogenität ist sie aber zu taktischem Handeln in der Lage, da sie sich zu verschiedenen Anlässen organisiert. Etablierte Führungspersönlichkeiten sind mittlerweile erkennbar. Die Herkunft des Milieus der „Corona-Leugner“ ist sozialwissenschaftlich noch nicht im Detail ausgeleuchtet. Es spricht aber einiges dafür, dass nicht nur die Ränder, sondern breite Schichten aus der Mitte der Gesellschaft für die Botschaften ansprechbar sind.

Ein gemeinsames Merkmal der „Corona-Leugner“ ist der Verlust des Grundvertrauens in den Staat und seine Institutionen. Eines von mehreren gemeinsamen Narrativen ist darüber hinaus eine tiefsitzende und grundsätzliche Skepsis gegenüber den staatlichen „Eliten“. Dadurch entstehen aus dieser Szene heraus immer wieder Forderungen, den Staat von den Verschwörungen eben dieser Eliten „zurückzuerobern“, im Sprachgebrauch der Szene auch „zu befreien“.



Was sinngemäß einem Staatsumsturz gleichkommt, wird in diesem Kontext dann positiv konnotiert und findet in Teilen Zustimmung. Bei einer Gesamtbetrachtung der „Corona-Leugner“-Szene zeigen sich daher deutliche Anhaltspunkte dafür, dass einzelne Akteure, Netzwerke und auch Organisationen innerhalb dieses Meinungsspektrums nicht nur am Corona-Virus und den staatlichen Maßnahmen zu seiner Einhegung zweifeln, sondern über ihre Diskurse den deutschen Staat und die Werte und Normen des Grundgesetzes an sich grundlegend in Frage stellen und aushebeln wollen.

Konkrete Anhaltspunkte für eine Zuständigkeit des Verfassungsschutzes sind im Einzelnen:

- Das Ausnutzen des Demonstrationsrechts unter fortlaufender Missachtung von Auflagen
- Die Verbreitung verschiedener, zum Teil eindeutig anti-semitisch geprägter Verschwörungsmymen
- Die Unterwanderungsversuche von Anti-Corona-Protesten durch rechtsextremistische Personen, Netzwerke und Parteien sowie aus dem Spektrum der sogenannten „Reichsbürger“
- Das Verbreiten von Hass und Hetze gegen politisch Andersdenkende und die Erstellung sogenannter „Feindeslisten“
- Die Aufrufe zur Gewalt gegen politische Gegner, im Duktus der Szene als „Feinde“ und „Volksverräter“ bezeichnet – bis hin zur Legitimierung des politisch-motivierten Mordes
- Die Delegitimierung des deutschen Staates in seiner jetzigen politischen Verfasstheit und die Forderung nach einer „Rück-Eroberung“ und fundamentalen „Neu-Gründung“

Die grundlegenden Werte und Normen des Grundgesetzes – die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ – sind Kernbestand der Demokratie und nicht verhandelbar. Auf dieser Grundlage betrachtet der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen die „Corona-Leugner“-Szene und nimmt die Botschaften



und Diskurse in den Blick. Der vorliegende Bericht betrachtet diese Szene analytisch und beschreibt den Teil detaillierter, der die Verfassung bedroht.



Aufbau dieses Berichtes

Um zu einer fachlich fundierten Bewertung zu gelangen, analysiert der vorliegende Bericht verschiedene Aspekte des Phänomens. Folgende Bearbeitungsschritte wurden dabei vorgenommen:

- Begriffsdefinition
- Suche nach Ursachen für die Entstehung des Personenspektrums
- Analyse der verbreiteten Verschwörungsmythen
- Darstellung der Aktivitäten und Methoden der „Corona-Leugner“
- Bewertung der polizeilichen Relevanz des Themas und der Gefahrenaspekte
- Analyse und Bewertung der Diskurse in der „Corona-Leugner“-Szene und die Prüfung auf eine Verfassungsfeindlichkeit
- Darlegung der möglichen Verknüpfung zu extremistischen Organisationen aus den Phänomenbereichen, die bereits vom Verfassungsschutz beobachtet werden
- Darstellung von Möglichkeiten für den weiteren präventiven Umgang mit dem Personenpotenzial

Dieser Bericht verfolgt dabei nicht nur das Ziel, eine inhaltliche Bewertung vorzunehmen und das Handlungsfeld des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen abzustecken. Er informiert darüber hinaus die Öffentlichkeit über die aktuellen Entwicklungen, will damit Akteure in Politik und Gesellschaft sensibilisieren und ihnen mögliche Handlungsoptionen aufzeigen – denn Aufklärung ist ein Kernelement der wehrhaften Demokratie.



1.1 Definition der „Corona-Leugner“

Die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung haben tiefgreifende Änderungen und Einschnitte in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland hervorgerufen. Die Vielfalt des Protestes gegen die Corona-Schutzmaßnahmen erfordert eine Definition der Träger und ihrer Motive sowie eine Abgrenzung zu extremistischen Varianten. Daher werden hier als „Corona-Leugner“ bezeichnet, wer die Existenz der Corona-Pandemie grundlegend in Abrede stellt.

Allgemeine Situation

Die Corona-Pandemie hat in kürzester Zeit das politische und gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik Deutschland verändert. Alltägliche Aktivitäten mussten drastisch reduziert werden. Eingriffe in die verfassungsmäßigen Grundrechte und der Wegfall von geschäftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten durch Eindämmungsmaßnahmen („Lockdown“) haben schnell die Frage nach Verhältnismäßigkeit und Legitimität aufkommen lassen – sowohl was Reichweite und Umfang, als auch die Zweckdienlichkeit der als hart empfundenen Maßnahmen betrifft. Weiterer Kritikpunkt in der öffentlichen Diskussion war – und ist – die innere Stringenz und Kohärenz vieler Maßnahmen, insbesondere bezogen auf die föderal ausgestaltete Umsetzung. Nicht zuletzt wurde im öffentlichen Diskurs vielfach die Frage nach den langfristigen Folgen für die Demokratie in ihrer aktuellen Verfasstheit und ihrem zukünftigen Bestand aufgeworfen.

Die Motivationslagen für die Kritik an den Maßnahmen und an den Strategien zur Eindämmung der Corona-Pandemie sind so vielfältig wie der Grad der persönlichen Betroffenheit. Während den einen die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz verloren zu gehen droht und sie deshalb gegen die Einschränkungen protestieren, sehen die anderen aus verfassungsrechtlichen Erwägungen Unzulänglichkeiten bei dem Zustandekommen der Entschlüsse und ihrer sanktionsverbundenen Umsetzung. Einschränkungen der persönlichen Lebensgestaltung sind vielfach Anlass zu kritischer Auseinandersetzung. Zudem besteht ein grundsätzlicher und kaum auflösbarer Konflikt zwischen denjenigen, die eher ein rigoroseres Vorgehen erwarten und den Fokus primär auf die medizinisch-virologischen Aspekte richten und denjenigen, die eher flexibel reagieren und auch soziale und ökonomische



Aspekte berücksichtigt wissen wollen. Die durch die Pandemie sichtbarer gewordenen infrastrukturellen Herausforderungen und Defizite in Deutschland sind ebenfalls Gegenstand lebhafter Debatten.

Ein großes Bündel an Fragen und Diskussionspunkten bietet somit aus unterschiedlichen Gründen die Grundlage für gesellschaftlichen Diskurs und politische Auseinandersetzungen. Die Verständigung auf Antworten und Lösungen kann nur Ergebnis einer öffentlichen Meinungs- und Willensbildung in Politik und Gesellschaft sein.

Definitionsansätze

Die begriffliche Unterscheidung zwischen Kritikern an Maßnahmen und „Corona-Leugnern“ ist ein wichtiger Schritt zur Eingrenzung des Phänomens.

Wer Kritik in Sachfragen äußert und nicht per se die Gesellschaft in ihrer Verfasstheit als demokratischer Rechtsstaat überwinden will, gilt als ein „Kritiker des Regierungshandelns“.

Wer die Existenz der Corona-Pandemie grundlegend in Abrede stellt, wird im Folgenden als „Corona-Leugner“ bezeichnet. Zu beachten gilt, dass alleine aus dem Bestreiten der Pandemie beziehungsweise ihrer Auswirkungen und der damit verbundenen Ablehnung von Eindämmungsmaßnahmen keine Verfassungsfeindlichkeit resultiert. Das ist erst dann der Fall, wenn die Legitimität der Verfassung und ihrer Institutionen bezweifelt und zu ihrer Überwindung aufgerufen oder zu diesem Zweck sogar aktiv gehandelt wird.

Neben der Unterscheidung zwischen denjenigen „Corona-Leugnern“, die lediglich die Notwendigkeit von Maßnahmen anzweifeln und denjenigen, die hieraus die Aufhebung der bestehenden Gesellschaftsordnung ableiten, gibt es noch weitere Differenzierungsmöglichkeiten. So gibt es innerhalb der „Leugner“-Szene verfassungsfeindliche Teile, die versuchen, die bestehenden Zweifel als „Brückenthema“ für ihre eigenen politischen Ziele zu nutzen. Letzteres entspricht der seit längerem vom Verfassungsschutz beobachteten Strategie der „Entgrenzung“ in den extremistischen Szenen. Ziel einer solchen „Entgrenzung“ ist der Versuch extremistischer Akteure und Organisationen, über gesellschaftliche Konflikte



und Krisen mit den eigenen Themen und Botschaften Anschluss an bislang nicht extremistische Teile der Gesellschaft zu gewinnen, um extremistischen Positionen und Zielvorstellungen Akzeptanz zu verschaffen – verbunden mit der Absicht, diese politisch gestaltungswirksam werden zu lassen.

Rolle des Verfassungsschutzes

Die Rolle des Verfassungsschutzes ist es in diesem Kontext nicht, Kritik am Regierungshandeln zu beobachten oder zu kriminalisieren. Die Befassung mit den Protesten in Folge der Corona-Pandemie ist vielmehr darin begründet, dass die kritischen Diskurse in Teilen der Protestbewegung der Ursprung für eine demokratiefeindliche Systemkritik geworden sind. Beobachtungswürdig im Sinne des Verfassungsschutzes sind demzufolge die Bereiche der „Corona-Leugner“-Szene, die verfassungsfeindliche Elemente aufweisen und ein Ende beziehungsweise einen radikalen Umsturz des bestehenden Rechtsstaates verlangen.

Wenn aus der Kritik an den Rechtsgrundlagen und der Verhältnismäßigkeit von Corona-Schutzverordnungen die Forderung nach einer Überwindung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird, wenn die öffentliche Sicherheit durch das gezielte Verbreiten von Desinformationen und Verschwörungsmäthen gefährdet wird und das Potenzial einer Unterwanderung durch politische Extremisten oder die mögliche Entstehung eines neuen Extremismus absehbar ist, dann ist der Verfassungsschutz als Frühwarnsystem einer wehrhaften Demokratie gefragt.



1.2 Gesetzliche Grundlagen

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet verfassungsfeindliche Bestrebungen und berichtet über seine Einschätzungen und Ergebnisse in der Öffentlichkeit. Sowohl die Beobachtung als auch die Berichterstattung sind gesetzlich geregelt und unterliegen der Überprüfung durch den Landtag sowie durch die Gerichte. Die im Folgenden dargelegten gesetzlichen Normen sind die Grundlage für die öffentliche Berichterstattung über das Phänomen der „Corona-Leugner“-Szene durch den Verfassungsschutz.

Die Frage, ob und in welcher Form sich der Verfassungsschutz mit dem Phänomen der „Corona-Leugner“ auseinandersetzen muss, ist auf Grundlage der behördlichen Aufgaben und Kompetenzen zu klären. Diese sind im Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen abschließend geregelt.

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz - VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinträchtigen,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Der Verfassungsschutz sammelt die für ihn relevanten Informationen und wertet sie aus, sobald tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen oder Tätigkeiten begründen. Für einen öffentlichen Bericht über eine



solche Bestrebungen sind hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte nötig, die im Einzelfall nachzuweisen sind. Im Gegensatz zur Polizei ist dem Verfassungsschutz eine Beobachtung bereits dann möglich, wenn im Vorfeld konkreter Gefahren oder der Verübung von Straftaten extremistische Äußerungen in einer organisierten und systematischen Art und Weise erfolgen und für eine Personengruppe handlungsanleitend werden. Aufgrund des sogenannten Trennungsgebots stehen der Polizei keine nachrichtendienstlichen Mittel für eine Aufklärung von Gefahrensachverhalten zur Verfügung, dem Verfassungsschutz dagegen keine polizeilichen exekutiven Befugnisse wie Durchsuchungen oder Festnahmen.

Auch wenn Teile der „Corona-Leugner“-Szene nicht unmittelbar zur Gewalt aufrufen, können sie bereits einer Beobachtung unterliegen, wenn sie als Personenzusammenschluss verfassungsfeindliche Botschaften systematisch und öffentlich verbreiten. Eine Öffentlichkeit kann auch virtuell im Internet bestehen.

Bei „Bestrebungen“ handelt es sich gemäß § 3 Abs. 5 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in § 3 Abs. 1 VSG NRW genannten Schutzgüter gerichtet ist. Die Schutzgüter sind weiter unten aufgeführt. Ein „Personenzusammenschluss“ setzt mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Eine formelle Vereins- oder Parteigründung ist dafür nicht nötig – es muss vielmehr ein gemeinsamer Wille und gemeinsames Handeln erkennbar werden. Einzelpersonen dürfen dann beobachtet werden, wenn ihr Verhalten auf die Anwendung von Gewalt zur Erreichung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele gerichtet ist oder wenn sie aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut des Verfassungsschutzgesetzes erheblich zu beschädigen. Insofern können sowohl verfassungsfeindliche Personenzusammenschlüsse als auch gewaltorientierte Einzelpersonen in der „Corona-Leugner“-Szene grundsätzlich zu einem Beobachtungsobjekt werden.

Die Kriterien zur Bestimmung der Verfassungsfeindlichkeit einer Bestrebungen sind ebenfalls rechtlich klar geregelt. Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie bildet den Kern des Grundgesetzes, der gemäß Art. 79 Abs. 3 Grundgesetz jeder Disposition entzogen ist. § 3 Abs. 6 des Verfassungsschutzgesetzes führt hierzu im Einzelnen folgende Schutzgüter auf:



- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft sowie
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte².

Anhand dieser Kriterien ist zu bewerten, ob und inwiefern Einzelpersonen oder Personenzusammenschlüsse aus dem Spektrum der „Corona-Leugner“-Szene verfassungsfeindlich agieren.

Sobald tatsächliche Anhaltspunkte für einen derartigen Verdacht bestehen, ist eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nicht nur zulässig, sondern rechtlich verpflichtend. Ein Ermessen ist dem Verfassungsschutz in diesem Fall nicht eingeräumt.

Über seine Erkenntnisse und Einschätzungen informiert der Verfassungsschutz die Öffentlichkeit unter anderem in seinen jährlichen Verfassungsschutzberichten. Darüber hinaus berichtet er zu konkreten Anlässen, soweit ein öffentlicher Bedarf besteht und kommt damit seiner Funktion als Frühwarnsystem nach. Der hier vorliegende Bericht erfolgt aus dem konkreten Anlass der Bedrohung des Rechtsstaates und seiner Güter durch Personen aus Teilen der „Corona-Leugner“-Szene.

² vgl. den Leitsatz 3 zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017, Az. 2 BvB 1/13



2. Darstellung der „Corona-Leugner“-Szene

2.1 Typische Narrative und Begründungsmuster

Der heterogenen Zusammensetzung der „Corona-Leugner“-Szene entsprechend sind vielfältige (Verschwörungs-)Narrative und Begründungsmuster im Umlauf. Diese werden sowohl zur Bildung und Festigung von Gruppenidentitäten als auch zur Legitimierung des eigenen Handelns herangezogen.³ Einige dieser Narrative haben Ursprünge in anti-semitischen Stereotypen und sind in sich verfassungsfeindlich.

„Corona-Leugner“ grenzen sich gegenüber der Mehrheitsgesellschaft durch den Anspruch ab, eine Gefahr für die Gesellschaft und für die persönliche Freiheit erkannt zu haben. Aus dieser Wahrnehmung leiten Teile der Szene die Rechtfertigung für verfassungsfeindliches Handeln ab. Die Gefahr wird in den Einschränkungen der Grundrechte durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie gesehen und ist Ausgangspunkt verschiedener Narrative mit zum Teil verschwörungsmythischen Inhalten. Offensichtliche Widersprüche und argumentative Brüche nehmen „Corona-Leugner“ nicht als solche wahr oder blenden sie aus. Nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Facetten, die in den Narrativen aufgegriffen werden, erinnert der bruchstückhafte Zugang in seinem Ergebnis an eine postmoderne „Bricolage“ („Bastelarbeit“).

Zu differenzieren ist zudem zwischen einem *Verschwörungsmythos* als übergeordnetem, abstraktem Narrativ – zum Beispiel die vermeintliche Existenz einer „jüdischen Weltverschwörung“ –, einer *Verschwörungserzählung* als konkrete Erzählung, oft aus einem Mythos stammend – zum Beispiel, dass 9/11 eine US-amerikanische Geheimdienstoperation gewesen sei – und einer *Verschwörungsideologie/-mentalität* als individuelle Tendenz, grundsätzlich und überall Verschwörungen zu sehen.

Verschwörungsmychen⁴ sind keine in sich kohärenten und stringenten Theorien. Sie entsprechen weder den Standards wissenschaftlicher Beweisführung,

³ Vgl. hierzu mit Fokus auf die Entwicklung im Jahr 2020 in NRW: Virchow, Fabian; Häusler, Alexander: Pandemie-Leugnung und Extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen, hg. von: core-nrw, Bonn 2020.

⁴ Siehe hierzu u.a.: Coester, Marc; Kleemann, Josephin: Vorsicht vor Verschwörungserzählungen. Konspirative Deutungsmuster haben keine Theorie, in: forum kriminalprävention 4/2020, S. 37-41. Goertz, Stefan: Corona, Fake News und Verschwörungstheorien sowie >Hygienesdemonstrationen<, in Die Polizei 11/2020, S. 440 – 446.



noch sind sie beweis- oder widerlegbar. Problematisch an einer Definition der hier so genannten Mythen als „Verschwörungstheorien“ wäre insbesondere die Bezeichnung „Theorie“. In den Denkwelten von Verschwörungsmystikern finden Annahmen zur menschlichen Handlungsfähigkeit und Abläufe menschlicher Geschichte einen Widerhall, die von den modernen Wissenschaften nicht mehr geteilt werden und daher jedem Verständnis von einer wissenschaftlichen Theorie widersprechen. Eher erinnern sie an mythische Erzählungen, in denen die Welt von „bösen Mächten“ bedroht ist, denen sich Helden entgegenstellen.

Daher soll im Folgenden nicht von Verschwörungstheorien, sondern von Verschwörungsmythen gesprochen werden.

Verschwörungsmythen

Eine Parallele zu Mythen lässt sich in dem Topos des Helden finden, der aus einem unauffälligen Alltag herausgeholt wird, um gegen die „Mächte der Finsternis“ zu kämpfen. Dieses Element wird auch in der Pop-Kultur aufgegriffen, zum Beispiel in der Erzählung „Herr der Ringe“ oder der „Harry Potter“-Reihe. Ein zentrales Motiv für Anhänger dieser Erzählungen ist die damit einhergehende innere Statusaufwertung gegenüber einer Umwelt, die wegschaut oder getäuscht wird. In der „Corona-Leugner“-Szene werden diese vermeintlich Getäuschten als „Schlafschafe“ tituliert. Die angestrebte Rückerlangung von Handlungssouveränität und Selbstwirksamkeit ist zentrales Element dieses Heldentums. Des Weiteren versprechen die Verschwörungsmythen die Verkleinerung komplexer und als intransparent wahrgenommener Realitäten sowie die Zuweisung von Verantwortlichkeiten – auch für das eigene Schicksal – an Außenstehende. Sie dienen somit auch der Orientierung und psychischen Selbstentlastung. Gerade in Krisenzeiten kann der Glaube an Mythen daher als „Ventil“ dienen.

Verschwörungsgläubige „Corona-Leugner“ denken und handeln irrational. Rationalität ist demgegenüber eine selbstreflexive Haltung, die Informationen und ihre Quellen sowie die eigenen erkenntnisleitenden Interessen kritisch hinterfragt. Aus dieser rationalen Haltung resultiert in der Regel eine Toleranz gegenüber

Daniel Allington: Conspiracy Theories, Radicalisation and Digital Media, hg. von: Global Network on Extremism & Technology, London 2021. Lamberty, Pia: Verschwörungsmythen als Radikalisierungsbeschleuniger: eine psychologische Betrachtung, hg. von: Friedrich Ebert Stiftung Forum Berlin, Berlin 2019.



alternativen Positionen und eine Offenheit für einen argumentativen Diskurs. Bei den kursierenden Verschwörungsmysen werden dagegen zuerst die Schuldigen identifiziert und dann die Argumente gesucht, welche die Anschuldigung „beweisen“. Es handelt sich somit um irrationales Denken, das sich einem toleranten Diskurs grundsätzlich entzieht.

Mythen als politische Denkform können wie folgt charakterisiert werden:

Eine Betonung der Emotionen gegenüber dem Verstand, die Annahme schicksalhafter Verkettungen und Geschichtszyklen sowie des Einflusses äußerer Mächte. Dazu kommt eine äußerst selektive Berücksichtigung von Kausalzusammenhängen und Informationen zur Erklärung von Lagen und Konstellationen. Insbesondere in Krisensituationen kommt politischen Mythen eine Entlastungs- und Stabilisierungsfunktion zu.⁵

Die hieraus abgeleiteten politischen Handlungsmaxime und Erwartungshaltungen können eine gesamtgesellschaftlich negative Wirkung entfalten.

Eine formale – rationale - Kritik an den Grundrechtseinschränkungen in der Corona-Pandemie könnte wie folgt aussehen:

- Die Aufhebung der Grundrechte ist nicht verhältnismäßig und deshalb verfassungswidrig.
- Das Zustandekommen der Einschränkungen ist nicht auf einem verfassungskonformen Weg erfolgt.

Die verschwörungsmysische Kritik hat im Vergleich dazu jedoch folgende Inhalte:

- Die Einschränkungen in der Corona-Pandemie sind der Einstieg in eine dauerhafte Aufhebung der Verfassungsordnung – Corona ist hier nur ein Anlass. Das Schlagwort „Corona-Diktatur“ hat sich als Kurzfassung dieser Erzählung in weiten Teilen der Leugner-Szene fest etabliert.
- Außerdem gibt es die parallele Verwendung des Begriffes „Merkel-Diktatur“, der im Umfeld der extremen Rechten geprägt wurde. Damit sollte die Politik der „offenen Grenzen“ im Jahr 2015 entwertet werden. Ein seinerzeit erhobener

⁵ Vgl. hierzu kritisch: Camić, Elmir: zur Erforschung politischer Mythen. eine kritische Auseinandersetzung, in: http://www.mythos-magazin.de/mythosforschung/ec_politischemythen.pdf, S. 6, letzter Zugriff: 04.05.2021



Vorwurf war der Umstand, dass es zur Aufnahme der Flüchtlinge keine Entscheidung im Bundestag gegeben habe. In der „Leugner“-Szene werden hieraus Vergleiche zur Situation im Jahr 2020/21 gezogen.

- Die Pandemie sei eine lang erwartete Gelegenheit für die „Eliten“, um einen großen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu Lasten der Gesamtbevölkerung vorzunehmen. Als vermeintlicher Beweis für diesen Mythos dient das Buch „COVID-19: Der große Umbruch“ (*COVID-19: The Great Reset*) von Klaus Schwab, dem Gründer des Weltwirtschaftsforums, das inhaltlich jedoch viel differenzierter verstanden werden muss.

Wir brauchen uns langsam nicht mehr Gedanken zu machen, ob von Corona wirklich die behauptete medizinische Gefahr ausgeht. Wir müssen uns auch nicht mehr über die Logik des ganzen Geschehens unterhalten. Sondern wir müssen gucken, warum das Ganze weltweit inszeniert wurde und was die Elite danach geplant hat. Denn nach dem Zusammenbruch, zu dem es ja wohl erst noch einen 2. Lockdown geben wird, steht ja schon das Groß-Event der Elite an, nämlich das Weltwirtschaftsforum im Januar 2021 in Davos - Thema: "The Great Reset".
Nun braucht man wohl nicht glauben, dass dort dann Pläne für die aktuelle Situation geschmiedet werden, denn die aktuelle Situation ist ja bereits Bestandteil eines Plans. Nein, dort wird der nächste

6

- Um den „großen Umbruch“ realisieren zu können, soll der Staat angeblich unter dem Deckmantel der Pandemie seine eigene Bevölkerung dezimieren, zum Beispiel durch Impf-Programme. Anschlussfähig ist diese Erzählung an den neu-rechten Verschwörungsmythos des „großen Austausches“, wonach die Regierungen / „Eliten“ Europas die Bevölkerungen durch außer-europäische Zuwanderer ersetzen wollen, um die nationalen Identitäten zugunsten eines globalen „Einheitsmenschen“ ohne eigene Identität aufzuheben. Dieser Einheitsmensch sei für die „Eliten“ einfacher zu kontrollieren.

⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Sie planen, die Weltbevölkerung mit dem Impfgift von 7 auf 0,5 Mrd zu reduzieren. Es soll also laut Gates & Co. nur jeder 14. überleben. Und die sollen dann nichts besitzen laut Schwab. Und glücklich sein, den Weltholocaust von Gates überstanden zu haben, war wohl so gemeint von Schwab? In Deutschland würden knapp 6 Mio. von 82 übrigbleiben. Und "dank" Migrationspakt soll dann mit Afrikanern und Afghanen aufgefüllt werden. In Hannover und Kassel werden jede Nacht neue Illegale

7

- Das Muster einer Elitenverschwörung wird zudem von der aus den Vereinigten Staaten stammenden verschwörungsmythischen Erzählgemeinschaft QAnon aufgegriffen. Dabei handelt es sich um eine Aktualisierung der mittelalterlichen antisemitischen Ritualmordlegende. In der Kurzfassung: Es wird die Existenz eines elitären Netzwerkes aus jüdischen und (links)liberalen Eliten in Politik und Wirtschaft angenommen, das Kinder gefangen hält und quält, um aus ihrem Blut einen Stoff zur Verjüngung zu gewinnen. Förderlich für die Verbreitung dieses Mythos ist neben der Instrumentalisierung durch den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump die partizipative Struktur dieser Erzählgemeinschaft. So kursieren Aufforderungen, im Internet nach Hinweisen für Verschwörungstatbestände zu suchen, die mit vagen Andeutungen versehen sind. Diese laden wiederum zum Erstellen eigener Mythen ein und sind offen für neue Erzählstränge. Damit ist eine Anschlussfähigkeit für alle denkbaren globalen und lokalen Bezüge gegeben.
- Ein weiteres Narrativ stellt einen Zusammenhang zwischen der Corona-Pandemie und dem Ausbau des 5G-Netzes für Mobiltelefonie her. Hier werden technologie-kritische Motive aufgegriffen, die das Pandemiegeschehen in den Kontext einer gesundheitsschädigenden Technisierung der Lebenswelt einordnen. Damit wird auch zum Beispiel die Zerstörung der Funkmasten legitimiert.
- Impfskeptiker lehnen Impfungen in der Regel grundsätzlich ab – unabhängig davon, ob sie Verschwörungsmymen folgen oder nicht – und begründen dies mit naturheilkundlichen Gründen, religiösen Argumenten oder der Angst vor Impfschäden. Die impfskeptischen Verschwörungsmymen sind anschlussfähig an die Behauptung, dass die Pandemie lediglich der Vorwand zu einer breit angelegten Impfkampagne sei, die entweder nur den Interessen der Pharmaindustrie gerecht werde und/oder zur Injektion von Überwachungschips in

⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



der gesamten Bevölkerung diene. Hier besteht ebenfalls eine Querverbindung zur Elitenverschwörung des „Großen Umbruchs“ und antisemitischen Topoi, da in diesem Strang ein Komplott des US-amerikanischen Investors George Soros vermutet wird. Es wird dabei auf seinen jüdischen Hintergrund verwiesen.

- Als Beweis, dass die Pandemie das Werk einer elitären Verschwörung sei, wird auch auf eine Bundestagsdrucksache aus dem Jahr 2012 verwiesen, in der die Simulation eines SARS-Virus-Ausbruchs in Deutschland dokumentiert ist. Auch ein Vortrag von Bill Gates – dem Gründer von Microsoft – über das Risiko von Pandemien aus dem Jahr 2015 und dessen Unterstützung von Forschungen zu ihrer Bekämpfung dienen als Beleg dafür, dass die Corona-Pandemie geplant worden sei. Hier sind die Übergänge zum Verschwörungsmythos der geplanten Errichtung einer „Neuen Weltordnung“ (New World Order: NWO) fließend.

Sie besitzen nur sehr viel (oftmals unseriös erlangtes) Geld und dadurch viel Macht, wie Z.B.: Rothschilds, Rockefeller, JP Morgan, Gates, Soros und noch einige weitere Bilderberger und WEF-Davos-Besucher. Ca. alle 70 Jahre bricht das Zins-Schuldgeldsystem zusammen, deshalb will die Finanzmafia jetzt den "Great-Reset" bzw. die "Neue Weltordnung". Die P"l"andemie ist dabei auch lukrativ für Big-Pharma und die Big-Five, aber dient vorrangig zur Ablenkung der Bürger um damit den Weg zum "Great-Reset" und zur "NWO" zu rechtfertigen.

8

Der Verweis auf die Familie „Rothschild“ ist ein Indikator für ein antisemitisches Weltbild.

- Das Narrativ der sogenannten „Reichsbürger“, nach dem es in Deutschland keine legitime Regierungsgewalt gebe und die Bundesrepublik nur ein Verwaltungskonstrukt der ehemaligen Besatzungsmächte nach dem Zweiten Weltkrieg darstelle, findet ebenfalls Widerhall. Diesem Mythos zufolge sind alle Grundrechtseinschränkungen im Rahmen der Pandemiebekämpfung entweder nicht rechtmäßig und/oder ein Teil der „alliierten Unterdrückungsmaßnahmen“ und somit Ausdruck von Fremdherrschaft. Beispielhaft lässt sich hier die hohe Widerspruchstoleranz von Verschwörungsmystikern darstellen: Einerseits wird der russische Staat als ehemaliger Kriegsgegner und Besatzungsmacht wahrgenommen, mit dem ein Friedensvertrag zu schließen sei, der erst zur Souveränität führe. Andererseits gilt der russische Staatspräsident Putin vielen

⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



„Corona-Leugnern“ als letzter „Retter“ vor der Errichtung einer Diktatur in Deutschland. Hier gibt es Anschlusspotential an den antisemitischen Verschwörungsmythos, dass die westlichen Regierungen von „Zionisten“ kontrolliert würden, weshalb Anhänger dieser Erzählung von „Zionist Occupied Government (ZOG) sprechen.

BRD IST NICHT DEUTSCHLAND UND OFFIZIELL NICHT MEHR
VERWALTER DES BESATZUNGSKONSTUKTES.
WIR SIND STAATEN LOSE
ES GIBT KEINE GESETZE ALLES HIER IST PRIVATISIERT... SALOPP
GESAGT WIR SIND IM WILDEN WESTEN !! HIER GELTEN JETZT DIE

9

Die Offenheit gegenüber verschwörungsmythischen Erzählungen wird neben dem unmittelbaren Betroffensein durch die Folgen der Corona-Schutzmaßnahmen – Kontaktreduktion, Wegfall von Einkommensquellen, psychische Belastungen – auch durch ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber offiziellen Verlautbarungen und den Botschaften der so genannten „Mainstream-Medien“ verstärkt. Die Suche nach einfachen Erklärungen für Einschränkungen des Lebensumfeldes und der Lebensgestaltung befördert bei manchen Menschen die Sehnsucht nach einer Komplexitäts-Reduktion, d.h. einfachen Erklärungen.

Verschwörungsmysmen machen ihren Anhängern das Angebot, komplexe Realitäten auf einfache Zusammenhänge zu reduzieren, Handlungsfähigkeit zu empfinden und als Opfer fremden Handelns nicht verantwortlich für die persönliche Situation zu sein. Dazu kommt die persönliche Aufwertung, eine Wahrheit erkannt zu haben, die andere nicht sehen (wollen). Das zugrundeliegende dualistische Weltbild, welches strikt zwischen einem absoluten Gut und einem absoluten Böse trennt, fördert die Bildung und den Zusammenhalt von Protestgruppen mit einem hohen Anteil an Verschwörungsmystikern. Der Dualismus ist Grundlage für eine nachhaltige gruppenkonstituierende Wirkungsfähigkeit der Verschwörungsmysmen. Unterstützt wird die Offenheit für Verschwörungsmysmen durch soziale Isolation und persönliche Unsicherheit. Das Gefühl einer wiedererlangten Handlungsfähigkeit in diesen Gruppen folgt daraus, dass eine vermeintliche Gefahr erkannt wurde.

Aus dieser „Erkenntnis“ werden handlungsanleitende Optionen abgeleitet, beispielsweise in der Beanspruchung eines Widerstandsrechts gegenüber dem

⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Staat. Daraus kann eine Toleranz für Handlungen entstehen, die strafbar sein können. Der Vorsatz ist hierbei die empfundene Notwendigkeit, gegen vermeintliches Unrecht vorzugehen und die – durch den Staat – unrechtmäßig vorenthaltene Rechte wiederzuerlangen.

Bei den hier in Erscheinung tretenden Verschwörungsmythen handelt es sich um so genannte „Superverschwörungen“. Sie enthalten sowohl Elemente einer Ereignisverschwörung – zum Beispiel: *„Corona gibt es gar nicht, ist nicht gefährlich oder ist eine künstlich hergestellte Biowaffe“* – als auch Elemente einer Systemverschwörung – zum Beispiel: *„Corona ist von der Pharmaindustrie in die Welt gebracht worden, dient den Interessen der Eliten, ist nur der Vorwand für einen lange geplanten großen Umbruch“*.

Die Erzählungen dieser Superverschwörungen sind oftmals nicht ausformuliert und in sich abgeschlossen. Gerade das Spiel mit Andeutungen und Querverweisen macht die Einfachheit der Anschlussfähigkeit aus. Dabei werden Konkretisierungen immer an den jeweiligen Kontext der beteiligten Akteure und deren persönlichen Hintergrund angepasst. Nicht alle Anschlusspotentiale werden verwirklicht, geschweige denn übergreifend geteilt. Es zeigt sich eine deutliche Zerstückelung der Erzählungen als Folge der Vielfältigkeit der Akteure und ihrer Motivlagen.

Zwei Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung aus den Jahren 2019 und 2020 – mit Ergebnissen zu einem Zeitraum vor der Corona-Pandemie – belegen, dass je schwieriger die persönliche Situationen wahrgenommen und je weniger den öffentlich-rechtlichen Medien vertraut wird, desto eher eine Verschwörung für wahrscheinlich oder wahr gehalten wird.¹⁰

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass Personen, die bereits vor der Corona-Pandemie mit Staat und Gesellschaft unzufrieden gewesen sind, durch die Auswirkungen in ihrer negativen Sicht der Dinge bestärkt werden. Dadurch kann bei diesen Menschen eine größere Offenheit für Verschwörungsmythen entstehen. Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, dass der Anteil der Verschwörungsmystiker in der Bevölkerung in den letzten Monaten wieder angestiegen ist.

¹⁰ Roose, Jochen, Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfrage zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise, hg. von: Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2020.



2.2 Ursprünge der Szene

Die „Corona-Leugner“-Szene ist eine gesellschaftliche Protestbewegung und hat einen soziologischen Vorlauf. Es existieren verschiedene politik- und sozialwissenschaftliche Studien und Thesen, die die Ursachen für das Entstehen solcher Bewegungen erklären können. Der Vorlauf rechtfertigt die Annahme, dass das Protestpotenzial auch nach einem Ende der Corona-Pandemie bestehen bleibt.

Als Ursache für das Erscheinen der „Corona-Leugner“-Szene sind nicht alleine die Proteste gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie anzuführen. Vielmehr belegen Umfragen, dass in Teilen der deutschen Bevölkerung bereits weit vor der Corona-Pandemie eine latente Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen bestand.¹¹ Die Anlässe, zu denen sich das gezeigt hat, waren so unterschiedlich wie die Menschen, die die Proteste und Empörungsausprägungen trugen. Phänomene wie die „Wutbürger“ im Umfeld der Proteste gegen Infrastrukturmaßnahmen wie Stuttgart 21 oder die verfassungsfeindliche „PEGIDA“-Bewegung als Reaktion auf die Flüchtlingskrise im Jahr 2014 / 15 sind Vorboten der „Corona-Leugner“ gewesen. Der Eindruck bei den Trägern dieser Bewegungen ist, dass Politik nur noch auf unabwendbare und alternativlose Sachzwänge reagiert. Dies bestärkt das Gefühl einer Entfremdung politischer Prozesse von demokratischen Idealvorstellungen und einer Entfremdung der Bevölkerung von den demokratischen Institutionen.¹² Einem politischen Lager war dieses Personenpotenzial meist nicht eindeutig zuzuordnen.

Gemeinsam ist den Trägern dieses Phänomens – allen Unterschieden hinsichtlich ideologischer Begründungsmuster und lokaler Anlässe zum Trotz – eine allgemeine Unzufriedenheit mit den subjektiv wahrgenommenen mangelnden Mitwirkungsmöglichkeiten im Vorfeld wichtiger politischer Entscheidungen.

Hieraus lässt sich ein Muster ableiten. Zuerst führt eine als zu gering eingeschätzte Beteiligungsmöglichkeit und Selbstwirksamkeit zur Artikulation von Empörung über

¹¹ Vgl. zu den historischen Langzeittrend auch: Schäfer, Armin: Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie, MPIfG Discussion Paper 08/10 (2008). Vgl. auch: Decker, Frank; Best, Volker, Fischer, Sandra, Küppers, Anne: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, hg. von: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2019.

¹² Schäfer, Armin; Zürn, Michael: Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin 2021.



gesellschaftliche Zustände. Danach kann eine ideologische Aufladung respektive Unterfütterung mit Legitimität folgen. Es verdient besondere Beachtung, dass sich solchen Protesten nicht nur Personen aus dem Milieu der Gründergruppe anschließen, sondern übergreifende Beteiligungen stattfinden und Milieus zusammenkommen, die außerhalb des Protestgeschehens in unterschiedlichen Lebenswelten beheimatet sind und ansonsten wenig direkte Berührungspunkte aufweisen. Das gilt vor allem für Bürger ohne Nähe zu extremistischen Ideologien, die auf Demonstrationen neben als solchen deutlich erkennbaren Extremisten auftreten, ohne daran Anstoß zu nehmen. Für Außenstehende wirft dies die Frage nach Distanzierung bzw. Tolerierungsgründen auf. Die Widersprüchlichkeit zwischen der Innen- und Außenperspektive ist nicht zuletzt mit gruppenpsychologischen Mechanismen zu begründen. Die Protestgruppe grenzt sich gegenüber der Gesellschaft ab und steht nach Innen zusammen. Das Potential, welches sich aus diesen Entwicklungen insbesondere für rechtspopulistische Bewegungen ergibt, ist vom Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer bereits Anfang des Jahrtausends hervorgehoben und für die Analyse der gegenwärtigen Situation aktualisiert worden.¹³

Somit handelt es sich nicht um eine grundsätzlich neue Erscheinung. Neu ist die Heterogenität¹⁴ und die zunehmende Emotionalisierung. Es ist eine „Empörungsbewegung“, die aktuelle Krisensituationen aufgreift und zur Problemlösung von einer Sachkritik hin zu einer Systemkritik umgeschwenkt ist. Parallel ließ sich in der Vergangenheit ein Anwachsen populistischer Strömungen und der entsprechenden Rhetorik beobachten. Dies zeigt sich einerseits in der Zunahme von Wählerstimmen für populistische Parteien, andererseits in einer aggressiver werdenden Rhetorik in sozialen Netzwerken im Internet. In letzteren ist zudem die Tendenz zur Herausbildung in sich geschlossener Kommunikationsmilieus zu konstatieren. Abweichende Meinungen werden in diesen Netzwerken selten bis gar nicht geäußert und toleriert. In Kombination mit einer generell gesunkenen Toleranzschwelle und einer zunehmenden Relevanz von verschwörungsmithischen Narrativen ist dies eine besorgniserregende Entwicklung. Dieses Phänomen ist

¹³ Heitmeyer, Wilhelm: *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, 4. Aufl., Berlin 2020. Heitmeyer, Wilhelm; Freiheit, Manuela; Sitzer, Peter: *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II*, 4. Aufl., Berlin 2020.

¹⁴ Vgl. hierzu: Friess, Hans-Jürgen; Neu, Viola: *die Heterogenität des Protests. Eine Untersuchung von Einstellungen potenzieller Protestwähler und politischem Protest im Internet*, hg. von: Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin u. Berlin 2018.



eingebettet in vergleichbare Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten der EU und in den USA. Eine wechselseitige transnationale Beeinflussung konnte in der Rezeption von Donald Trump und dem Verschwörungsmythos QAnon im deutschen Sprachraum bereits beispielhaft belegt werden.¹⁵

Unter den Begriffen „Politikverdrossenheit“ und „Postdemokratie“ sind mögliche Ursachen und Gründe für die zunehmende Entfremdung der Staatsbürger vom politischen System bereits seit längerem Gegenstand politikwissenschaftlicher Debatten. Aus zeithistorischer Sicht sind – unabhängig von den inhaltlichen Anlässen – massive Proteste zudem ein sicheres Anzeichen für Wandlungsprozesse in der Gesellschaft.¹⁶ Im Folgenden sollen mögliche Indikatoren für bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie bestehende Gründe in den Blick genommen werden, die die Herausbildung der Proteste und der „Corona-Leugner“-Szene gefördert haben.

2.2.1. Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Durch längerfristige Untersuchungen ist nachweisbar, dass es bis in das Jahr 2020 hinein nur geringe Schwankungen im Empfinden des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland gegeben hat. So kommt die Bertelsmann-Stiftung in einer längerfristigen Studie zu dem Ergebnis, dass das Gefühl des Zusammenhalts seit dem Jahr 2017 stabil geblieben ist. Bemerkenswert sind geringe Werte beim Empfinden von Gerechtigkeit, Solidarität, Hilfsbereitschaft und gesellschaftlicher Teilhabe sowie dem Vertrauen in Institutionen. Dagegen ist eine hohe Akzeptanz von Diversität und der Identifikation mit dem Gemeinwesen festzustellen. Insgesamt wird in der Studie ein Zusammenhang zwischen der persönlichen Lebenssituation einerseits und der Wahrnehmung der Stärke des Zusammenhalts und der Bewertung der persönlichen Zukunftsaussichten andererseits sichtbar. Der Schlüssel zur

¹⁵ Vgl. Guhl, Jakob, Gerster, Lea: Krise und Kontrollverlust. Digitaler Extremismus in der Corona-Pandemie, hg. von: Institute for Strategic Dialogue, London u.a. 2020.

¹⁶ Vgl.: Gassert, Philipp: Politischer Protest – gestern und heute. Warum Menschen auch im digitalen Zeitalter demonstrieren, in: KAS (Hrsg.): Zeitgeschichte aktuell 1 (11/2020).



Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird von den Autoren in der grundsätzlichen Stärkung von politischen Teilhabemöglichkeiten gesehen.¹⁷

Eine doppelte Vertrauenskrise in Deutschland konstatierte More in Common e.V. in einer Studie am Vorabend der Corona-Pandemie im Jahr 2019.¹⁸ Die „mangelnde“ Funktionsfähigkeit der Demokratie sorgte bei den Befragten für Unzufriedenheit und ein geringes Vertrauen in politische Institutionen. 76 % der Teilnehmenden waren der Auffassung, dass die politischen Eliten wichtige Probleme des Landes nicht angehen würden. 82 % sagten sogar, dass diese Eliten sich auch nicht für die Meinungen der Befragten interessieren würden. Es herrschte allgemein das Gefühl vor, dass das Land sich in einem Wartezustand befinden würde. Den Stillstand und die mangelnde Zukunftsgestaltung sahen die Teilnehmer als Ergebnis eines politischen Systems an, das nicht mehr aufgabengerecht funktionieren würde. Des Weiteren wurde das geringe Vertrauen untereinander als Problem aufgezeigt. Aufgrund der Ansicht, dass Egoismus in der Gesellschaft weit verbreitet sei, herrschte eine Zustimmung von 61 % zu der Aussage, dass man bei den meisten Menschen nicht „vorsichtig genug“ sein könne. Enttäuschung von der Politik und ein mangelnder gesellschaftlicher Gemeinsinn reichten sich in dieser Studie gewissermaßen die Hand. Repräsentativ für die Gesamtbevölkerung wurden in dieser Studie zudem sechs gesellschaftliche Typen ausgemacht, die basierend auf Werten und Grundüberzeugungen spezifische Merkmale aufwiesen:¹⁹

1. Die „Offenen“ (16 %): Selbstentfaltung, Weltoffenheit, kritisches Denken
2. Die „Involvierten“ (17 %): Bürgersinn, Miteinander, Verteidigung von Errungenschaften
3. Die „Etablierten“ (17 %): Zufriedenheit, Verlässlichkeit, gesellschaftlicher Frieden
4. Die „Pragmatischen“ (16 %): Erfolg, privates Fortkommen, Kontrolle vor Vertrauen
5. Die „Enttäuschten“ (14 %): (verlorene) Gemeinschaft, (fehlende) Wertschätzung, Gerechtigkeit
6. Die „Wütenden“ (19 %): Nationale Ordnung, Systemschelte, Misstrauen²⁰

¹⁷ Brand, Thorsten; Follmer, Robert; Unzicker, Kai: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie, hg. von: Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2020.

¹⁸ Krause, Laura-Kristine; Gagné, Jérémie; Höltmann, Gesine: Vertrauen, Demokratie, Zusammenhalt: wie unterschiedlich Menschen in Deutschland die Corona-Pandemie erleben, hg. von: More in Common e.V., Berlin 2020; S. 5.

¹⁹ A.a.O: S. 17.

²⁰ Rest: 1%



Hieraus wurde in der Studie eine Aufteilung der Gesellschaft in drei soziologische Gruppen abgeleitet. Erstens die Gruppe der „gesellschaftlichen Stabilisatoren“. Sie besteht aus den „Etablierten“ und „Involvierten“ (insgesamt 34 %). Beide empfinden eine große Zufriedenheit, sind stark gesellschaftlich eingebunden und haben grundsätzlich Vertrauen. Zweitens die Gruppe der „gesellschaftlichen Pole“. Diese Gruppe besteht aus den „Offenen“ und „Wütenden“ (insgesamt 35 %). Sie stellen die Extreme des gesellschaftlichen Diskurses dar und sind medial überdurchschnittlich präsent. Drittens das sogenannte „unsichtbare Drittel“. Es besteht aus den „Enttäuschten“ und „Pragmatischen“ (insgesamt 30 %). Diese 30% sind sozial und politisch schlechter integriert als die anderen und weisen ein hohes Maß an gesellschaftlicher Desorientierung auf. Oftmals befinden sie sich außerhalb der öffentlichen Aufmerksamkeit und werden kaum wahrgenommen. Unter ihnen befindet sich ein hoher Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund und viele Lebensjüngere.

Die Studien belegen insgesamt, dass in Deutschland bereits vor der Corona-Pandemie Wertemilieus bestanden, die vom Staat und der Gesellschaft enttäuscht waren und eine Anfälligkeit für populistische und radikale Botschaften während einer Krise aufweisen würden. Deutlich scheint bei einer aktuellen Betrachtung der verstärkende Effekt der Corona-Pandemie auf bereits vorher bestehende Einstellungsmuster zu sein.

2.2.2. Politikverdrossenheit und Wutbürger

Der Begriff „Politikverdrossenheit“²¹ deckt ein breites Spektrum von als problematisch empfundenen Erscheinungen in der politischen Kultur ab. Im Jahr 1992 wurde der Begriff in Deutschland zum „Wort des Jahres“ gewählt.

Unter den Begriff können folgende Punkte eingeordnet werden:

- Negative Entwicklung der Wahlbeteiligung
- Negative Mitgliederentwicklung von Parteien
- Rückgang von Vertrauen in offizielle Institutionen

²¹ Vgl. in einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Begriff hierzu insbesondere Arzheimer, Kai: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes, Opladen 2002, S. 16 ff.



- Vermeintliche oder tatsächliche Parteienskandale
- Programmatische Ununterscheidbarkeit der Parteien
- Mangelnde Wahlorientierung
- Allgemeines Gefühl der Unzufriedenheit mit Entscheidungsfindungen und dem politischen System an sich

Durch die Reduktion des Begriffes auf die „politische Unzufriedenheit“ hilft er bei der Suche nach möglichen langfristigen Gründen für dieses Phänomen. Ergänzend muss auf die Beziehung zwischen politischer Effizienz und der Wirksamkeit eingegangen werden. Wer sich selber als politisch wirksam und einflussreich ansieht, ist auch politisch aktiver als derjenige, der nicht zu dieser Selbst-Einschätzung kommt. Diese Bewertung wird durch Ergebnisse der Selbstwirksamkeitsforschung bestätigt. Politische Unterstützung hängt sowohl von dem Output des Systems als spezifische Unterstützung, als auch der weitläufigen Unterstützung durch den Einzelnen ab. Letztere gründet in dem Vertrauen darauf, dass Verlauf und Ergebnis von politischen Prozessen am Ende den eigenen Präferenzen weitgehend entsprechen. Die Annahme der Legitimität dieser Prozesse durch den Einzelnen basiert auf der Überzeugung, dass den eigenen moralischen Standards in den Prozessen und den Strukturen zur Entscheidungsfindung grundsätzlich entsprochen wird. Im Umkehrschluss entsteht Politikverdrossenheit durch den Mangel an – tatsächlicher oder so empfundener – Selbstwirksamkeit in politischen Prozessen und der Differenz zwischen den eigenen moralischen Standards und der beobachteten Politik.

Vergleichbar in seinem Bedeutungsumfang ist der Begriff des „Wutbürgers“. Er erfuhr im Zusammenhang mit den Protesten gegen das Bauprojekt Stuttgart 21 erstmals größere öffentliche Resonanz. Eine ältere Untersuchung unter den damaligen Protestteilnehmern ergab mit rund 90 % einerseits ein hohes Maß an Identifikation mit demokratischen Werten – andererseits mit rund 50 % aber auch eine kritische Haltung zum – vermeintlich - schlechten Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Mit der allgemeinen politischen, sozialen und umweltpolitischen Situation waren damals jeweils rund 80 % der Befragten unzufrieden.²² Dass gleichzeitig rund 80 % mit der eigenen persönlichen Situation

²² Bebnowski, David u.a.: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21, hg. von: Göttinger Institut für Demokratieforschung, Göttingen o.J.,



zufrieden gewesen sind, ist auf den ersten Blick erstaunlich. Es zeigt aber eine Verbindung zu einem Phänomen auf, das sich auch bei einer Befragung während einer Demonstration gegen Anti-Corona-Maßnahmen in Konstanz im Oktober 2020 gezeigt hat: während hier ca. 20 % der Befragten eine negative persönliche ökonomische Betroffenheit durch die politischen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sahen, befürchteten rund 90 % grundsätzlich starke negative Auswirkungen für Familien, Arbeitsplätze und Grundrechte in Deutschland. Die Teilnehmer begriffen sich als Stellvertreter für potenziell Betroffene.²³ Das Vertrauen in die Politik war bei 88 % der Befragten nicht mehr gegeben. Zukunftsängste und die Annahme, dass die Politik nicht mehr die Interessen einer „Allgemeinheit“ vertritt, scheinen handlungsanleitend zu sein.

Auch bei der wissenschaftlichen Analyse der Motivation von Teilnehmern an „PEGIDA“-Demonstrationen traten vergleichbare Beobachtungen zu Tage. Der politische Bildner Joachim Klose und der Politikwissenschaftler Werner Patzelt sahen in dem Aufkommen von „PEGIDA“ ein Warnsignal, dass in der Gesellschaft ein untergründiger und themenunabhängiger „Missmut“ entstanden sei, der durch diese Bewegung an die Oberfläche komme. Sie verwiesen bereits im Jahr 2016 darauf, dass dies keine ostdeutsche Ausnahmeerscheinung sei und dass auch andere Anlässe zu einem ähnlichen Ausbruch führen würden. Ihre Prognose scheint sich in dem aktuellen Protest-Geschehen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu bestätigen.

Die mit den Begriffen „Politikverdrossenheit“ und „Wutbürger“ beschriebene Sehnsucht nach Selbstwirksamkeit lässt sich auch übertragen auf den Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung.²⁴ Die Intensivierung der Konfliktschärfe und der generell raue Ton beim Austragen von sozialen Konflikten lassen sich als Ergebnis einer Entwicklung interpretieren, die immer mehr Menschen auf nicht-institutionelle Wege zur Selbstachtung-Erlangung außerhalb des bestehenden Parteiengefüges treibt.²⁵ Diese Erkenntnis bestärkt die Forderung des Politikwissenschaftlers Patzelt,

<http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf>, S. 13ff., letzter Zugriff: 04.05.2021.

²³ https://www.exc.uni-konstanz.de/typo3temp/secure_downloads/111010/0/718a0f79804fcbbf7dfceed3eac83aa460995e8e/Forschungsbericht_Koos_2021_Querdenken_Befragung_Konstanz.pdf, S. 6, letzter Zugriff: 04.05.2021

²⁴ Vgl. Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Mit einem neuen Nachwort; 9. Aufl., Frankfurt a.M. 2016

²⁵ Vgl. Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung im frühen 21. Jahrhundert, in APUZ S. 37-45.



nicht in alte Muster politischer Auseinandersetzungen und stigmatisierender Vorverurteilungen zurückzufallen – denn dies würde nur die Polarisierungstendenzen verstärken. Erforderlich seien vielmehr eine differenzierte Analyse der Motivationslagen und eine ehrliche Auseinandersetzung, die die Protestierenden als Menschen ernst nehme.²⁶

2.2.3. Post-Demokratie

Bereits Anfang des Jahrtausends formulierten die Politikwissenschaftler Colin Crouch²⁷ und Chantal Mouffe die These von einem „postdemokratischen Zustand“ liberal-demokratischer Gesellschaften.

Die Kernaussage dieser These lautet, dass nur noch die Oberfläche liberaler westlicher Staaten formal-demokratisch sei, die Machtkontrolle aber tatsächlich durch „privilegierte Eliten“ stattfände. Dies sei das Ergebnis einer „Kolonialisierung“ des Staates durch Wirtschaftsverbände und Unternehmen als Folge neoliberaler Politik. Politische Entscheidungen würden nicht mehr in den demokratischen Institutionen getroffen. Der Bedeutungsverlust der Institutionen drücke sich in einer zunehmenden Entpolitisierung aus. Erkennbares Merkmal dieses Zustandes sei eine Politik der vermeintlichen „Alternativlosigkeit“.

Die allgemeine Politikverdrossenheit, ein dauerhafter Rückgang bei der Wahlbeteiligung und eine „Ununterscheidbarkeit“ zwischen den größeren Parteien in ihrem jeweiligen politischen Programm fördere das Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen, deren Hauptmerkmale die „Elitenkritik“ und das Anbieten von „Alternativen“ seien.²⁸ In diesem Kontext stehen auch politikwissenschaftliche Thesen, wonach die westlichen Demokratien eher als „Oligarchien“ zu betrachten seien. Ihnen zufolge sei das Auseinanderklaffen zwischen dem demokratischen Ideal und der Wirklichkeit ein zentrales Motiv für die Unterstützung populistischer Bewegungen und Parteien.²⁹

²⁶ Vgl. Patzelt, Werner J.; Klose, Joachim: PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016.

²⁷ Crouch, Colin: Postdemokratie, Bonn 2008.

²⁸ Vgl.: Mouffe, Chantal: „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung, in APUZ 1-2011; S. 3-5.

²⁹ Vgl.: Jörke, Dirk; Selk; Veith: Theorien des Populismus zur Einführung, 2. überarb. Aufl. Hamburg 2020, S. 62ff.



2.2.4. Misstrauen gegenüber den Medien: „Lügenpresse“

Der Bedeutungsgewinn von Protestbewegungen steht in einer Wechselwirkung zu dem Narrativ von der „Lügenpresse“. Dieses Narrativ unterstellt eine systematische Unterdrückung und Verfälschung von Nachrichten durch die Regierung und die etablierten Medien. Im Kern besagt es, dass unerwünschte Fakten verschwiegen, tendenziös uminterpretiert oder gezielt als falsche Meldungen („Fake News“) produziert werden.

Der Begriff „Lügenpresse“ wurde bereits im 19. Jahrhundert geprägt. Die Nationalsozialisten verwendeten ihn später zur Diskreditierung der freien Presse. Nach dem Jahr 1945 wurde er in der damaligen DDR zur Abwertung bundesdeutscher und US-amerikanischer Medien genutzt. Die Manipulation von Meinungen und Nachrichten durch totalitäre Regime, wie in der DDR, dient heute als Begründung für die Aussagen von „Corona-Leugnern“, dass die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Meinungsfreiheit einer „DDR 2.0“ oder sogar „4.0“ gleiche. Seit der breiten Verwendung auf einer „PEGIDA“-Demonstration im Jahr 2014 erfuhr der Begriff „Lügenpresse“ größere mediale Aufmerksamkeit und war „Unwort des Jahres“ 2014.

Der Verschwörungsmythos „Lügenpresse“ wird begleitet und befeuert durch tatsächliche Desinformationskampagnen³⁰, die systematisch das Vertrauen in den öffentlichen Diskurs untergraben. Solche Kampagnen können in Netzwerken in den sozialen Medien eigenständig entstehen, aber auch von außen gelenkt sein.

Erklärbar ist das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung durch die drastischen Veränderungen des Kommunikations- und Informationsverhaltens als Folge der zunehmenden Digitalisierung. Die frühere exklusive „Gatekeeper“³¹-Funktion des Journalismus wurde zugunsten einer Stärkung zivilgesellschaftlicher und individueller Akteure abgelöst. Zugleich haben sich Medium und Botschaft in ihrer Form verändert, was mit neuen Anforderungen an die Medienkompetenz verbunden ist. Die fließenden Grenzen zwischen redaktionellen Beiträgen, Werbung, Meinung und Nachricht führen ebenso sehr wie die Verbreitung von „Fake News“ und ungeprüften

³⁰ Vgl.: Christie, Edward Hunter: Political Subversion in the Age of Social Media, hg. von: Wilfried Martens Center for European Studies, Brüssel 2018. Bradshaw, Samantha; Bailey, Hannah; Howard, Philip N: Industrialized Disinformation: 2020 Global Inventory of Organised Social Media Manipulation Working Paper 2021.1, Oxford: Project on Computational Propaganda.

³¹ „Türwächter“



Beiträgen zu einer stärkeren Gefahr von Manipulation des öffentlichen Meinungsbildungsprozesses bis hin zur gezielten Desinformation.

Einer Studie der Stiftung Neue Verantwortung zur digitalen Nachrichten- und Informationskompetenz der Bevölkerung zufolge erkannten 56 % der Befragten eine Werbeanzeige trotz Kennzeichnung als solche nicht. Eine offensichtliche Falschinformation identifizierten 43 % nicht als solche. Ein Drittel der Befragten hielt einen Kommentar unter einer Nachricht für tatsachenorientierte Berichterstattung. Auch Kennzeichnungen auf Plattformen in sozialen Medien haben scheinbar eine geringe Wirkung. So konnten lediglich knapp 25 % der Befragten Markierungen im Text von Webseiten und Blog-Einträgen als Korrektiv einordnen. Journalistische Unabhängigkeit im Internet wurde generell in Zweifel gezogen: so gingen knapp 50% davon aus, dass Bundestagsabgeordnete über Berichtsinhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entscheiden würden und 35 % vermuteten, dass es eine Weisungsbefugnis der Staatsministerin für Kultur und Medien gegenüber Journalisten gäbe. Weitere 40 % schlossen das nicht grundsätzlich aus.³² Diese Ergebnisse zeigen, dass der Zugewinn an Informationsangeboten im Internet nicht zwingend mit einer höheren Medienkompetenz bei den Konsumenten einhergeht.

Die mit dem Vertrauensverlust verbundene Gefahr für die Demokratie³³ findet sich in der Möglichkeit einer nachhaltigen Spaltung der Gesellschaft in Folge der unmöglich gewordenen Kommunikationsfähigkeit über Gruppen hinweg. Nicht nur werden Themen je nach Gruppe anders be- und gesetzt. Die Interpretation der Realität und die verwendeten Begrifflichkeiten führen zu einer strukturellen Sprachlosigkeit. Sie ist in einem wechselseitigen Misstrauen begründet und bereitet externen Manipulationsversuchen den Weg. Schlimmste Folge kann eine irreversible Trennung in unterschiedliche Erzählgemeinschaften mit divergierenden Wissensbeständen, Codes und Agenden sein.

Die Polarisierung in den USA zeigt bereits deutliche Züge einer solchen Entwicklung. Die Zuspitzung zwischen Teilen der Corona-Protestbewegung und der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland deutet ebenfalls eine Entwicklung in diese

³² Vgl.: Meßmer, Anna-Katharina; Sängerlaub, Alexander; Schulz, Leonie: „Quelle: Internet?“ digitale Nachrichten und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test, hg. von: Stiftung Neue Verantwortung, Berlin 2021.

³³ Hendricks, Vincent F.; Vestergaard Mads; Verlorene Wirklichkeit? An der Schwelle zur Postfaktischen Demokratie, in APUZ 13/2017; S: 4-10.



Richtung an. In der bereits zitierten Untersuchung unter Teilnehmern einer Demonstration gegen Anti-Corona-Maßnahmen in Konstanz konnte eine Misstrauensrate gegenüber den Medien von 91 % festgestellt werden.³⁴ Schwer vorstellbar erscheint, dass diese Personen für die allgemein anerkannten Medien noch erreichbar sind.

2.2.5. Gegen-Öffentlichkeiten / „alternative Wahrheiten“

Die Postmoderne hat mit der Relativierung von wissenschaftlicher Rationalität ein Gegenüber zu verschwörungsmythischem Denken gefördert. Nicht zuletzt in den Gegenkulturen zu wissenschaftlichen Positionen hat sich ein Feld für die Akzeptanz sogenannter „alternativer Wahrheiten“ entwickelt. Beispielhaft zeigt sich dies an dem Dissens zwischen der „Schulmedizin“ und der Homöopathie.

Mit dem Rückgriff auf das Theoriemodell der „Differenz von Zentrum und Peripherie“ des Sozialwissenschaftlers Edward Shils kann sogar der Nachweis geführt werden, dass die Geltung von Standards zur Peripherie hin abnimmt – in diesem Kontext sind gesellschaftliche Standards gemeint. Diesem Modell zufolge ist an der Peripherie der Gesellschaft vielmehr ein Umschlagen hin zur bewussten Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft und zum bewussten Setzen eigener Agenden und Standards zu beobachten. Dies gilt umso mehr, je geringer die Wahrscheinlichkeit einer Akzeptanz durch das Zentrum gegeben ist.³⁵ Die Ausgrenzung peripherer Gruppen verstärkt daher noch deren Selbstabkapselung.

Genau! Diese Ausgrenzung von gewissen Leuten nervt, gestern war ausdrücklich JEDER willkommen, vielleicht war das auch der Grund das wir so viele waren.. ich halte auch nichts von rechtsextremen aber was genau gilt in der heutigen Zeit als rechtsextrem? Wenn ich

36

Der Anteil der Impfgegner an der deutschen Gesamtbevölkerung wurde vom Robert-Koch-Institut im Jahr 2004 auf 3 – 5 % geschätzt. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde Impfkritik mit Verschwörungsmysmen und der Einschränkung von Freiheitsrechten in

³⁴ a.a.O. S. 8

³⁵ Vgl.: Fries, Fabian: Die Ränder der (Pseudo-)Wissenschaft. Umstrittene Wissenskonzeptionen zwischen Avantgarde und Häresie, Weinheim und Basel 2021.

³⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 17.03.2021



Zusammenhang gesetzt.³⁷ Aus Anlass der Debatte über das Masernschutzgesetz und die Einführung einer Impfpflicht für Kinder gab es bereits im Jahr 2019 eine Demonstration, bei der Impfgegner, Verschwörungsmystiker, Rechtsextremisten und Reichsbürger gemeinsam auftraten und um ihre Ansichten warben.³⁸ Diese Veranstaltung kann als Blaupause für die bereits vor der Corona-Pandemie grundsätzlich bestehende Anschlussfähigkeit zwischen den genannten Gruppen angesehen werden.

Außerdem zeigt sich dadurch, dass die Distanzierung von einer zentralistischen Ansicht – „eine Impfpflicht für alle ist rational begründbar“ – durch ein subversives Selbstverständnis, alternative Wissenskonzepte und damit einhergehende Solidarisierungseffekte unter peripheren Gruppen zum Ausdruck kommen kann. Michael Butter charakterisiert deshalb die Diskussion über Corona-Impfungen als einen „Traum“ für jeden Verschwörungstheoretiker.³⁹

2.2.6. Populismus: die Empörung des Volkes gegenüber den Eliten

Zu beachten ist die verstärkte Relevanz von Emotionen für politische Positionierungen. Sie resultiert wissenschaftlichen Theorien zufolge aus dem „Verlust des Allgemeinen“ zugunsten der „Singularität“⁴⁰ – gemeint ist damit der Trend zur Individualisierung in der modernen Gesellschaft.

Ideologien haben allgemein an Bindewirkung verloren. Einen uneingeschränkten Glauben an den Fortschritt gibt es ebenfalls nicht mehr. Ausschlaggebend für das Handeln in der individualisierten Gesellschaft sind persönliche Entscheidungen und die Variablen im Lebensverlauf. Die fragile Balance der Emotionen zwischen persönlicher Wertschätzung und der Rücksichtnahme auf andere zeigt sich beispielsweise darin, wie Menschen abstrakte statistische Realitäten in Verbindung mit ihrem persönlichen Empfinden bewerten. Der Historiker Pierre Rosanvallon hat in einer Darstellung dafür das Beispiel der Wahrnehmung von Geschwindigkeitsbegrenzungen im Straßenverkehr gewählt. Für den Gesetzgeber

³⁷ Bundesgesundheitsbl – Gesundheitsforsch – Gesundheitsschutz 12 (2004), S. 1182-1188, S. 1185.

³⁸ <https://medwatch.de/2019/09/16/anti-impfpflicht-demo-wird-zum-schaulaufen-von-verschwörungstheoretikern/>, letzter Zugriff: 04.05.2021.

³⁹ <https://www.zeit.de/digital/internet/2021-01/michael-butter-verschwörungstheorien-corona-impfung-soziale-medien-querdenken>, letzter Zugriff: 04.05.2021.

⁴⁰ Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, 5. Auflage, Berlin 2018.



zählen dabei die geringeren Unfallzahlen – also das Gemeinwohl – für den Autofahrer dagegen der Ärger über längere Fahrzeiten – also die persönliche Einschränkung.⁴¹

Der Vergleich zu den Protesten von „Corona-Leugnern“ drängt sich hier geradezu auf – insbesondere dann, wenn im persönlichen Umfeld der Protestierenden kaum oder gar keine Corona-Kranken oder -Tote festzustellen sind, die Einschränkungen in der persönlichen Lebensführung oder bei der Einkommensgewinnung aber als einschneidend oder sogar existenzbedrohend wahrgenommen werden. Die Abwägung zwischen gesellschaftlichem und persönlichem Wohl steht hier fortlaufend unter Spannung. Zusätzlich kommt das Element der Zukunftsprojektion besonders zum Tragen. Das Gefühl, sozial abgehängt und vernachlässigt zu werden, gründet bei dieser Projektion weniger auf der tatsächlichen persönlichen ökonomischen Situation oder dem Stand der sozialen Integration, sondern vielmehr auf der Erwartungshaltung zur zukünftigen Entwicklung. Hier ist der persönliche Eindruck entscheidend, ob das Eintreten einer sozialen Schieflage befürchtet wird. Auch die Bewertung der persönlichen Möglichkeiten, aus eigener Kraft etwas an der befürchteten Zukunft ändern zu können, spielt eine Rolle – also die Selbstwirksamkeit.

Das gezielte Adressieren des Gefühls, unverhältnismäßig und damit ungerechtfertigt benachteiligt zu sein, ist ein Kernelement populistischer Politik. Populisten geht es nicht um Differenzierung, sondern um Wut auf die Gegenwart und auf die gesellschaftlichen Strukturen, um für radikale Veränderungsprozesse zu mobilisieren – es wird geradezu aufgefordert, sich ständig zu empören. Das System wird als der „Feind“ angesehen – und alle System-Unterstützer sind Mitbeteiligte an der planmäßigen Benachteiligung des Volkes. Träger, Unterstützer und Befürworter des „Systems“ sind in dieser Logik (Volks-) „Verräter“. Eine Distanzierung von allen etablierten Institutionen ist aus dieser Perspektive die einzige Möglichkeit, sich dem Vorwurf zu erwehren, selber ein Verräter zu sein. Hier kann im Rückgriff auf Rosanvallon von der „interventionsbezogenen Emotion“ gesprochen werden, da sie handlungsanleitend wird.

Für die Bewertung des Zustands der liberalen Demokratie ist die Frage nach einer Erosion des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft wichtig.

⁴¹ Rosanvallon, Pierre; Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte, Theorie, Kritik, Hamburg 2020, S.62, 64.



Hierbei kann auf die These von der Differenz zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ (siehe 2.2.5) und erneut Rosanvallon zurückgegriffen werden. Rosanvallon weist in seiner Untersuchung zum Phänomen des Populismus auf die Ansichten eines wichtigen Vordenkers der sogenannten „Neuen Rechten“ hin – Alain de Benoist. Nach dessen Auffassung sei politische Teilhabe nicht als aktives Bürgerengagement – basierend auf der Artikulation persönlicher Interessen und der Meinungskontroverse – zu verstehen, sondern vielmehr als das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft. Dass die „Neue Rechte“ die Bedeutung der kollektiven Souveränität über die Rechte des Individuums stellt und zu direkter Demokratie mit Betonung einer Einhelligkeit der „Volksstimme“ aufruft, ist vor dem Hintergrund dieser Ansichten zu werten.⁴² Die Individualisierung der Gesellschaft soll zugunsten einer wiedererstarkten „Volksgemeinschaft“ zurückgedrängt werden.

2.2.7. Bewertung

Drei Faktoren haben nach hiesiger Bewertung das Herausbilden der Corona-Protestbewegung wesentlich befördert und in ihrer Entwicklung von der Kritik am Regierungshandeln hin zu einer Kritik an unserem demokratischen System an sich bestimmt:

1. Der historische Langzeittrend einer sich intensivierenden Unzufriedenheit mit Entwicklungen und Entscheidungen auf politischer Ebene, die sich in einer deutlichen Veränderung der politischen Kultur in den vergangenen zwei Jahrzehnten gezeigt hat.
2. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit unter dem Eindruck der erweiterten Möglichkeiten von Informationsgewinnung und –produktion im Internet. Nicht zuletzt die größere Reichweite und Vernetzungsoptionen haben hier nachhaltig auf die Prozesse öffentlicher Meinungsbildung eingewirkt.
3. Die „Entgrenzung“ als Strategie von Extremisten, mit der entlang gesellschaftlicher Konfliktlinien eigene Themen und Positionen Anschluss an die Zielgruppen außerhalb des eigenen Spektrums finden.

⁴² Rosanvallon: S. 41.



Die „Corona-Leugner“-Szene fand in ihrer Formierungsphase wichtige ideologische Elemente, Motive und begünstigende Rahmenbedingungen vor, die ihr bei der schnellen Ausbreitung halfen. Durch diese Starthilfe wurde das Empörungsmoment in den Protesthandlungen und den Gruppenbildungsprozessen gefördert und es unterstützte die Weiterentwicklung von einer Sachkritik hin zu einer Systemkritik. Die längerfristige Vertrauenserosion in den Staat wurde beschleunigt. Nicht zuletzt die grundsätzliche Anfälligkeit für gezielte Instrumentalisierungsversuche in Verbindung mit der einsetzenden Stigmatisierung der Protestbewegung vom Rest der Gesellschaft als „Corona-Spinner“ haben eine Radikalisierung und eine Tolerierung von extremistischen und populistischen Positionen in dieser Szene eher befördert als gehemmt.⁴³ So konnte bereits im Frühjahr 2020 beobachtet werden, dass es Instrumentalisierungsversuche von bereits bekannten Akteuren der sogenannten „Montagsdemonstrationen“ gegeben hat, diesmal jedoch in einem viel größeren quantitativen Umfang und mit einer deutlich größeren Anschlussfähigkeit als früher.⁴⁴

Vor diesem Hintergrund kann die Corona-Pandemie mit ihren vielfältigen Auswirkungen als Beschleuniger und Verstärker bereits vorher bestehender Trends gewertet werden. Probleme wurden gewissermaßen wie unter einem Brennglas deutlicher und sichtbarer.⁴⁵ Das gilt auch für die beschriebenen gesellschaftlichen Entwicklungen.

⁴³ Vgl. hierzu Hövermann, Andreas: Corona-Zweifel, Unzufriedenheit und Verschwörungsmythen, in: WSI (Hrsg.): Policy Brief Nr. 48 (10/2020)

⁴⁴ Vgl.: Salheiser, Axel, Richter, Christoph: Profiteure der Angst? Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise in Europa – Deutschland hrsg. von FES 2020

⁴⁵ Vgl. in globaler Perspektive: Polyandemie. Sonderausgabe des Munich Security Report zu Entwicklung, Fragilität und Konflikt in der Covid-19-Ära, hg. von: Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH, München November 2020.



2.3 Merkmale der Szene

Studien zu Angehörigen und Sympathisanten der „Corona-Leugner“-Szene liegen bislang nicht in ausreichendem Maße vor, um zu einer abschließenden Bewertung zu kommen. Aus der Analyse der Demonstrationen der vergangenen Monate sowie dem Verhalten der Personen in den Sozialen Medien im Internet lassen sich jedoch allgemeine Schlüsse und Tendenzen ableiten.

Bedingt durch die Corona-Pandemie und ihre unmittelbaren Folgen stehen viele Menschen in Deutschland vor neuen und großen Herausforderungen. Die Pandemie hat Auswirkungen auf das gesamtgesellschaftliche Klima und persönliche Lebensbiografien. In einem ungünstigen Fall können die Folgen zu einem Auslöser für das Abdriften und die Radikalisierung einzelner Personen oder Gruppen werden. Faktoren wie der Verlust des Glaubens an politisch geteilte positive Werte – Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Vertrauen in die staatlichen Institutionen – unsichere Zukunftsperspektiven, wachsende soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit, sowie allgemein soziale Desintegration können diese Effekte noch verstärken. Bei einigen Personen aus der „Corona-Leugner“-Szene sind biografische Brüche auszumachen, die ein zusätzliches Einfallstor für den Glauben an Verschwörungsmysmen sein können.

Das Spektrum der „Corona-Leugner“ ist äußerst heterogen. Es handelt sich eindeutig nicht um eine einzige soziale Gruppe. So sind zwar unter anderem Hooligans, Reichsbürger und Rechtsextremisten festzustellen. Zu einem sehr großen Teil scheint es sich bei den Beteiligten aber um Personen aus der Mitte der Gesellschaft zu handeln, ohne dies in Berufsgruppen oder den Bildungshintergrund differenzieren zu können. Eine von der Universität Basel im Dezember 2020 veröffentlichte Studie⁴⁶ geht von einem gutbürgerlichen, eher akademischen Spektrum aus. Der Altersdurchschnitt der für diese Studie Befragten liegt bei Ende vierzig Jahren. Etwa ein Viertel der Personen ist selbstständig tätig. Von der Struktur her sind Einzelakteure, Gruppen, Netzwerke und mittlerweile auch Kleinst-Parteien erkennbar.

⁴⁶ <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/>



In Nordrhein-Westfalen fanden sich seit April 2020 flächendeckend Bewegungen zusammen, nicht nur in Städten, sondern auch in ländlichen Gebieten. Größere, überregionale Strukturen wurden von der Bewegung „Querdenken“ begründet. Einen lokalen Schwerpunkt in Düsseldorf hat die Bewegung „Corona-Rebellen“. Auch in Dortmund, Münster und Köln sind weitere, große Netzwerke erkennbar geworden. Der Bericht beleuchtet dieses im weiteren Verlauf näher.

Unter den Teilnehmern befindet sich ein Spektrum von Menschen mit vielfältigen Motivationslagen, die auf den ersten Blick schwer zusammenpassen. So gibt es Leugner einer Corona-Pandemie, Impfgegner, Esoteriker, Reichsbürger, Rechtspopulisten, Verschwörungsmystiker und viele Menschen, die vom Auftreten und Erscheinungsbild her aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft zu stammen scheinen und mit keinem der Phänomenbereiche in Zusammenhang zu bringen sind. Eine klare Abgrenzung innerhalb dieses Personenpotenzials gestaltet sich von der Außensicht her oftmals schwierig. Eine klare Abgrenzung findet in vielen Fällen auch innerhalb der Szene nicht statt.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen sieht, dass aus dieser Gemengelage heraus eine „Corona-Leugner“-Szene entstanden ist, die sich aus verschiedensten Strömungen, Meinungsgruppen und Milieus zusammensetzt und ein großes Spektrum an Organisationsformen gewählt hat. Auffällig ist, dass sich auch Aktivisten aus früheren, beziehungsweise bereits bestehenden Protestbewegungen und verschwörungsmythischen Denkrichtungen unter die Szene gemischt haben. Zu nennen sind hier Menschen aus der „Gelbwesten“-Bewegung, der Montags-Mahnwachen, der Chemtrail-Bewegung sowie Gegner von Technologie und Moderne allgemein, insbesondere Gegner der Errichtung von Mobilfunk-Masten. Als tragend erschienen hierbei zu Beginn vor allem Impfgegner und Anhängerinnen und Anhänger alternativer Medizinformen sowie Aktivisten aus den „alternativen Medien“ zu sein. Auch eine Anschlussfähigkeit von Teilen der Reichsbürgerszene an die Proteste ist sowohl auf personeller als auch sprachlicher Ebene in einem sehr frühen Stadium zu beobachten gewesen. Ideologische Differenzen oder Widersprüche zwischen den Gruppen und Strömungen werden von ihren Vertreterinnen und Vertretern weitestgehend ignoriert oder in Kauf genommen. Hier wirkt die gemeinsame Haltung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen offensichtlich als



Bindeglied, die über die Gräben der Ideologien hinweg hilft und neue Allianzen schafft.

Charakteristisch für diese neue Bewegung ist eine starke Entfremdung von den Institutionen des demokratischen politischen Systems, den etablierten Medien und den bestehenden Parteien. Teile der „Querdenker“ vertrauen der parlamentarischen Demokratie, den Medien und der Wissenschaft nicht, beziehungsweise nicht mehr.

Es handelt sich in der Gesamtbetrachtung nicht um eine autoritäre Bewegung. In einigen Bereichen wirkt die Bewegung in ihren Diskursen sogar eindeutig anti-autoritär. Ein ausgeprägter Hang zur Naturromantik ist ebenfalls charakteristisch. So vertrauen viele Menschen den Diskursen der Bewegung zufolge eher ihren Gefühlen als Institutionen und Experten. Ein Großteil möchte die Alternativmedizin der Schulmedizin gleichstellen, zurück zur Natur und stärker auf ganzheitliches Denken setzen. Vereinzelt sind fremden- oder islamfeindliche Haltungen erkennbar, die für die Gesamt-Bewegung aber noch nicht prägend sind.

Die politischen Motive scheinen ursprünglich sowohl aus dem linken, als auch dem rechten politischen Spektrum zu stammen. Eine politische Anschlussfähigkeit ist jedoch nach bisheriger Beobachtung bei einem Teil der Bewegung eher zum rechtspopulistischen bzw. rechtsextremistischen Spektrum hin gegeben. Ein großer Teil der Personen sah zum Beispiel die Aufregung über sog. Reichsflaggen auf den Demonstrationen der „Corona-Leugner“ als übertrieben an, wie durch Abstimmungen und die dazugehörigen Diskussionen in Chatgruppen belegt werden kann.

Eine Beteiligung höchst unterschiedlicher Milieus und das öffentliche Zeigen von Friedenssymbolen und dem Grundgesetz erschien in der öffentlichen Diskussion zunächst vielen Beobachtern im Widerspruch zum Anteil von Aktivisten aus dem rechtsextremistischen Spektrum zu stehen. Im Verlauf der Proteste wurde jedoch schnell erkennbar, dass Verschwörungsmysmen, Antisemitismus sowie demokratiefeindliche Weltbilder und Forderungen einen erheblichen Einfluss auf Diskurse dieser Szene nahmen.

Allgemein ist festzustellen, dass die Aktivisten in dieser Bewegung sich immer stärker vernetzen. Das feststellbare Aggressionspotenzial ist in den vergangenen Monaten angestiegen. Einzelne Aktivisten nutzen beispielsweise die Veranstaltungen mittlerweile dazu, um aggressiv und gewaltsam gegen Sicherheitskräfte vorzugehen.



Andere verunglimpfen öffentlich Politiker, Wissenschaftler oder Medienvertreter. Medienvertreter werden auf Veranstaltungen zum Teil sogar gewaltsam angegangen.

Auch Rechtsextremisten versuchen fortwährend, die Prostete für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Bei der Bewertung der Stimmungslage in sozialen Netzwerken wird deutlich, dass sich die Ablehnung gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung in einigen Gruppen mehr und mehr zu einer grundlegend demokratiefeindlichen Haltung weiterentwickelt. Dies ist erkennbar an den Botschaften und Symbolen, die auf Demonstrationen und im Internet verbreitet werden.

Je mehr Teilnehmende bei Protesten mitwirken und in den sozialen Medien gegen Politiker und staatliche Maßnahmen agieren, desto stärker wird das verbindende Gefühl eines „wir sind viele“. Das vermittelt den Protestlern ein Machtgefühl gegen „die da oben“ und gibt neue Anreize zum Weitermachen. Die Wichtigkeit einer fortlaufenden Mobilisierung der Menschen und das Erscheinen im öffentlichen Raum werden bei einer Betrachtung der Diskurse dieser Gruppen in den sozialen Netzwerken sehr deutlich.

Der Verschwörungsmythos der Einführung einer „Corona-Diktatur“ – die Entmachtung des Volkes unter dem Vorwand der Pandemie – droht zunehmend auf Anklang zu stoßen, weil durch die Einschränkungen viele sonstige soziale Kontakte und damit Korrektive fehlen. Es kommt wie in einer Echokammer zur gegenseitigen und ungebremsten Verstärkung der Verschwörungsmystiker unter den Protestierenden. Einfache Erklärungsmuster sind durch das Überschwappen der Diskurse in den öffentlichen Raum und in die Medien auch breiteren Bevölkerungsschichten leicht zugänglich und werden dort aufgenommen. Sie bleiben bei einigen hängen, werden wiederholt und sorgen so für eine weitere Verbreitung in der Gesellschaft.



2.4 Typisierung, Mobilisierungsfähigkeit und Personenpotenzial

Aus einer analytischen Betrachtung heraus sind Aussagen zur Zusammensetzung des Milieus möglich. Auch Versuche einer Typisierung liegen bereits vor. Die Szene weist ein hohes Maß an Mobilisierungsfähigkeit auf. Das Personenpotenzial lässt sich durch die Betrachtung der sozialen Netzwerke eingrenzen. Aufgrund der Wandlungsfähigkeit können dies nur vorläufige Annäherungen an das Phänomen sein.

Typisierung

In einer Studie der Universität Basel⁴⁷ wird eine Typisierung des Spektrums der „Corona-Leugner“ vorgenommen. Es wurden fünf Prototypen für Protagonisten herausgearbeitet, die innerhalb der Szene jeweils bestimmte Rollen ausfüllen. Die Ergebnisse der Studie können als Annäherung an eine Beschreibung der Szene dienen.

Typ 1) „Alternative Medienschaffende“

Beschreibung: „Alternative“ Medienschaffende waren bereits im Vorfeld der Proteste im Internet aktiv, wo sie sich maßgeblich an der Verbreitung von Verschwörungsmmythen und Fake News beteiligten. Dadurch besitzen sie bereits etablierte Plattformen – zumeist in den Sozialen Medien – und eine große Reichweite. Ihre Beiträge repräsentieren zumeist Außenseiterpositionen jenseits faktenbasierter Debatten. Zahlreiche Proteste gegen die Corona-Politik wurden durch Live-Streams auf einer Vielzahl von Plattformen im Internet begleitet.

Typ 2) „Alternative Autoritäten“

Darunter sind Wissenschaftler, Ärzte oder Juristen zu verstehen, die in ihrer jeweiligen Disziplin Außenseiterpositionen vertreten und alternative Medien nutzen, um mit ihren Positionen öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Dabei treten Einzelpersonen ebenso wie themengeleitete Zusammenschlüsse und Vereine in Erscheinung. Wissenschaftliche Außenseiter können in den Sozialen Medien eine hohe Reichweite erzielen. In den Diskursen werden vermeintlich wissenschaftliche

⁴⁷ Politische Soziologie der Corona-Proteste - Universität Basel



Zweifel an den Corona-Maßnahmen mit fundamentaler Kritik am politischen System vermischt.

Typ 3) „Protestbeweger“

Dabei handelt es sich um Akteure, die dafür sorgen, dass die Empörung aus den Sozialen Medien heraus auf die Straße getragen wird. Die Akteure sind hier zum Beispiel die Anmelder und Organisatoren von Demonstrationen.

Typ 4) „Mitläufer“

Dieser Personentypus tritt in dem Moment auf den Plan, in dem sich eine zunehmende Beteiligung und öffentliche Resonanz einer Bewegung abzeichnet. Der „Mitläufer“ erkennt für sich ideologische Anknüpfungspunkte in der pauschalisierenden Kritik an zentralen gesellschaftlichen Institutionen, in Verschwörungsmmythen oder in dem Glauben an starke Autoritäten, die auf ihn erlösend wirken können. Mitläufer treten weder als Initiatoren, noch als Motor von Protesten in Erscheinung.

Typ 5) „Brandstifter“

Dieser Personentypus provoziert und polemisiert permanent – vorrangig im digitalen Raum. Die Grundstimmung in einer Bewegung ist dadurch fortlaufend gereizt und die Diskurse radikalieren sich. Dynamische Lagen und der irrationale Kontext bergen die Gefahr, dass Worte in der digitalen zu Handlungen in der realen Welt werden und es zur Begehung von Straftaten kommt.

Mobilisierungspotenzial

Die Proteste gegen die Pandemie-Schutzmaßnahmen besaßen bereits während des ersten „Lockdowns“ im Frühjahr 2020 eine erhebliche Mobilisierungskraft. Dabei sind bei der Entwicklung des Protests bislang vier Wellen erkennbar.

Die erste Protestwelle erreichte Mitte Mai 2020 ihren Höhepunkt und flaute Anfang Juni 2020 wieder ab. Beginnend mit der ersten Großdemonstration der „Querdenken“-Bewegung im Sommer 2020 setzte eine zweite Phase der Mobilisierung ein. Im Spätherbst 2020 löste der erneute „Lockdown“ die dritte Welle



an Protesten aus. Eine erneute Zunahme des Protestgeschehens, die „vierte Welle“, ist seit dem Frühjahr 2021 festzustellen.

Bereits in der ersten Welle wurde ein breites Personenspektrum mobilisiert. Auch in den folgenden Wellen war der Protest breiter aufgestellt als nur aus der „Querdenken“-Bewegung heraus erklärbar wäre. Dabei besaß der Protest der „Querdenken“-Bewegung offensichtlich die größte Mobilisierungskraft.

Während der ersten Welle gab es eine Vielzahl an öffentlichen Veranstaltungen. Die Mobilisierungskraft war jedoch durch die allgemeinen Kontaktsperrungen und die entsprechenden Auflagen begrenzt – besonders im Hinblick auf genehmigte Teilnehmerzahlen. Bemerkenswert ist daher die Entwicklung der Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen im weiteren Verlauf des Jahres 2020. Die Zahl nahm erheblich zu und wurde deutlich fünfstellig, zum Beispiel in Berlin am 29.08.2020 mit ca. 38.000 Teilnehmern oder in Leipzig am 07.11.2020 mit ca. 20.000 Teilnehmern. Dabei nahm „Querdenken“ als Veranstalter eine vorherrschende Rolle bei der Mobilisierung ein.

Die Grenzen des Mobilisierungspotentials wurden der Szene aber auch immer wieder deutlich aufgezeigt. Im Oktober 2020 hatte die „Querdenken“-Bewegung prominent zur Beteiligung an einer Menschenkette um den Bodensee herum aufgerufen. Die Teilnehmerzahl blieb hier weit hinter den Erwartungen zurück.

Personenpotenzial

Das Personenpotenzial in Nordrhein-Westfalen lässt sich nur näherungsweise schätzen. Ein Anhaltspunkt ist, die Reichweite ausgewählter Kanäle zu erfassen und abzugleichen. Als in Nordrhein-Westfalen besonders relevante Gruppen und Träger des Protests haben sich „Querdenken“ und die „Corona-Rebellen“ herausgestellt. Hier wird der Stand für Nordrhein-Westfalen zum 14. Mai 2021 wiedergegeben.

Die 25 Regionalgruppen von „Querdenken“ in Nordrhein-Westfalen haben auf Telegram insgesamt rund 9.300 Mitglieder. Bei Facebook sind rund 16.500 Abonnenten von entsprechenden Seiten feststellbar.



Die „Corona-Rebellen“ haben bei Telegram rund 8.200 Mitglieder in einem mehr oder weniger lose zusammenhängenden Verbund von ungefähr 20 Gruppen. Andere Kommunikationswege spielen eine eher untergeordnete Rolle. Laut Eigen-Aussage bei Facebook ist Telegram das bevorzugte Medium der Gruppe zur Vernetzung und Kommunikation.

Dazu kommt noch eine Vielzahl an Gruppen, die nicht weiter vernetzt sind. Sie vertreten ein breites thematisches Spektrum und sind regional weit verteilt. Die meisten dieser Gruppen weisen keine oder kaum verfassungsfeindliche Aktivitäten auf, sind aber dem Spektrum der „Corona-Leugner“ generell zuzuordnen. Insgesamt sind hier in Nordrhein-Westfalen rund 50 aktive Gruppen festzustellen, die eine gewisse Relevanz besitzen. Schätzungsweise 17.500 Nutzer können bei Telegram diesen Gruppen zugerechnet werden. Nicht berücksichtigt sind dabei mögliche doppelte Mitgliedschaften sowie die Kanäle einzelner Akteure, die zwar grundsätzlich aus Nordrhein-Westfalen heraus agieren, aber den Themenfokus auf bundesweite Themen legen.

Da nur in wenigen Einzelfällen eine Identifizierung der Benutzer erfolgte, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, wie viele dieser Abonnenten und Aktivisten in Internet-Gruppen auch tatsächlich in Nordrhein-Westfalen wohnen. Anzunehmen ist aus den Zahlen, dass sich die Größe der „Corona-Leugner“-Szene in Nordrhein-Westfalen in einem niedrigen fünfstelligen Bereich bewegen dürfte. Es handelt sich also um eine sehr lautstarke Minderheit.

Dieses Personenpotenzial ist **nur in Teilen als verfassungsfeindlich** einzustufen. Die konkreten Kriterien für die Bewertung der Verfassungsfeindlichkeit werden im Weiteren dargestellt.



2.5 Aktionsformen

Die Personen in der „Corona-Leugner“-Szene führen ein breites Spektrum an Aktivitäten durch. Sie sind um eine große Außenwirkung bemüht. Andere Menschen sollen überzeugt – im Sprachgebrauch der Szene „aufgeweckt“ – und für die Ideen und Visionen begeistert werden. Dies spricht insgesamt für einen missionarischen Charakter dieser Bewegung. Der öffentlichen Beobachtung ihrer Aktivitäten sind sich die „Corona-Leugner“ bewusst. Die verschiedenen Aktivitäten sind im Folgenden aufgeführt und werden kurz erklärt.

Demonstrationen – Kundgebungen – Mahnwachen

Seit dem Frühjahr 2020 werden in vielen Städten Deutschlands regelmäßig Protestkundgebungen gegen die staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen durchgeführt. Das öffentliche Auftreten hat eine große Bedeutung für die „Corona-Leugner“. Die öffentliche Bühne wird genutzt, um mit anderen Teilnehmern ins Gespräch zu kommen, zu vermitteln, zu vernetzen, zu rekrutieren, aber auch um für weiteren Aktionen zu werben.

Die Versammlungen können dabei verschiedenen thematischen Schwerpunkten zugeordnet werden.

- Ökonomie
- Familie, Bildung, Erziehung und Freizeit
- Medizin
- Spiritualität und Esoterik
- Systemkritik

Anzahl und Personenbeteiligung waren bei den Veranstaltungen stark schwankend und bewegten sich in der Vergangenheit zwischen einem einstelligen Bereich bis hin zu annähernd 5.000 Personen am 20. September 2020 in Düsseldorf. Düsseldorf hat sich als ein Zentrum der Proteste in Nordrhein-Westfalen herauskristallisiert.



Die Bewegungen, insbesondere „Querdenken“, verfügen über ausgeprägte Netzwerkstrukturen mit einer Vielzahl an Kooperationspartnern, um für Großveranstaltungen zu mobilisieren. Mit der Professionalisierung der Veranstaltungen zu Beginn war auch ein Anstieg der Teilnehmerzahlen zu verzeichnen. Ab September 2020 waren die Teilnehmerzahlen wieder rückläufig. Ab November 2020 nahm auch die Zahl der Veranstaltungen ab. Die Plattform „Querdenken 711“ hatte ab diesem Zeitpunkt eine „Winterpause“ angekündigt, die von vielen regionalen Gruppen mitgetragen wurde, so auch in Nordrhein-Westfalen. Die Pause wurde am 25. Januar 2021 für beendet erklärt.⁴⁸ Ab dem Frühjahr 2021 war in der Folge ein erneutes Ansteigen der Teilnehmerzahlen bei öffentlichen Veranstaltungen erkennbar.



49

⁴⁸ Entsprechend eigener Pressemitteilung von „Querdenken-711“

⁴⁹ Werbung für eine Veranstaltung in Düsseldorf, Quelle: Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 09.03.2021



50

Spaziergänge

Als Alternative zu Standkundgebungen, die mit verschiedenen behördlichen Auflagen versehen worden sind, wurde das Format eines gemeinsamen „Spaziergangs“ ins Leben gerufen.

Schweigemärsche

Schweigemärsche sind eine Alternative zu den teilweise untersagten Standkundgebungen. Vor allem in Berlin fand diese Form des Protests großen Zuspruch. Die Schweigemärsche verliefen überwiegend störungsfrei und die Auflagen wurden eingehalten.

Fahrradkorsos

Als Alternative zu Spaziergängen und Standkundgebungen wurde die Form des Fahrradkorsos genutzt, da für Radfahrer andere Bestimmungen hinsichtlich der Maskenpflicht gelten.

⁵⁰ Werbung für eine Veranstaltung in Kassel, Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 17.03.2021



Schilder-Aktionen

Aktionen mit Schildern fallen in den Bereich der Aktionskunst. Schilder mit Botschaften werden an verschiedenen, in der Regel gut einsehbaren Orten aufgestellt. Es gab auch Aktionen mit Stühlen in Innenstädten, als Zeichen der Solidarität mit der Gastronomie-Branche.

Autokorsos

Unter anderem als Reaktion auf die sich verändernde rechtliche Situation – bedingt durch das Infektionsschutzgesetz und damit verbundene Auflagen für Demonstrationen – hat sich der Autokorso als Aktionsform etabliert. Selbst bei einer relativ geringen Anzahl an Fahrzeugen kann mit einem Korso in einer Innenstadt eine große Außenwirkung erzielt werden. Einzelne Fahrzeuge fallen bei diesen Korsos in der Regel durch Banner, Fahnen, Lautsprecher oder Ähnlichem auf.

In Nordrhein-Westfalen fanden die Autokorsos zu Beginn in Düsseldorf statt und haben sich mittlerweile als regelmäßige Veranstaltungsform etabliert. Im Laufe des Frühjahrs 2021 wurden mehrere Autokorsos im gesamten Land angemeldet und mehr oder weniger regelmäßig durchgeführt. Dabei kam es vereinzelt zu Störungen durch Gegendemonstranten. Die Anzahl der teilnehmenden Fahrzeuge schwankte dabei zwischen einem unteren und einem oberen zweistelligen Bereich.

Bus-Touren

Zwei Szene-bekanntere Veranstalter meldeten bundesweit Versammlungen im Rahmen einer Bus-Tour an, um Bürger aufzuklären und die „richtigen Fragen“ zu stellen. Der Bus tourte im Oktober 2020 auch durch Nordrhein-Westfalen. Die Teilnehmerzahl bewegte sich durchschnittlich im unteren bis mittleren dreistelligen Bereich.

Versammlungen an Impfbetrieben

Seit ihrer Einrichtung sind Impfbetriebe von Demonstranten aus der „Corona-Leugner“-Szene aufgesucht worden. In Internet-Kanälen wird zur Teilnahme an Demonstrationen vor den Betrieben aufgerufen, um gegen Impfungen zu protestieren, die strikt abgelehnt werden. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen ist es dabei in Nordrhein-Westfalen noch nicht gekommen. Abstrakte Drohungen sind aus der „Corona-Leugner“-Szene aber bekannt.



Ich bring noch ein paar alte China Böller mit, damit können wir das
impfzentrum abfackeln

51

Öffentliches Abspielen von Musik

Bei dieser Aktionsform wird dazu aufgerufen, meist abends aus dem Fenster oder vom Balkon der Privatwohnung ein vorher vereinbartes Musikstück laut abzuspielen. Beliebt ist zum Beispiel Verdis „va pensiero“ vom Gefangenenchor „Nabucco“.

Candle-Light

Um die Weihnachtsfeiertage 2020 herum wurde in sozialen Netzwerken zum „Candle-light“ aufgerufen. Angesprochen werden sollten „Herzensmenschen“, „Friedensboten“ und „die ganze Menschheitsfamilie“. Entlang des Rheins wurden Abschnitte eingeteilt, koordiniert durch Telegram-Gruppen, an denen sich die Teilnehmer einfinden sollten, um gemeinsam Kerzen anzuzünden.

Maskenfrei einkaufen

Als Vorbild für das maskenfreie Einkaufen werden Aktionen aus dem europäischen Ausland genommen. In Deutschland sind bisher nur Einzelfälle bekannt geworden, anlässlich derer Personengruppen gemeinsam provokativ ohne Mund-Nasen-Schutz einkaufen gegangen sind.

Verbreitung von Flyern und weiterem Material

Auf verschiedenen Wegen und in verschiedenen Formen wird Material mit „Informationen“ und Kontaktmöglichkeiten unter der Bevölkerung verbreitet. Dazu gehören Poster, Banner, Aufkleber, Chips für Einkaufswagen, T-Shirts, Hoodies, Einkaufstaschen und vieles mehr. Mit Aussagen oder Werbung für Gruppen oder Organisationen versehen, soll dieses Informationsmaterial potenziell neue Anhänger ansprechen.

⁵¹ Quelle: Telegram-Kanal; gesichert am 13.04.2021



Erneut gingen unzählige Flugblätter an die Haushalte in #Dülmen.
✅ Wenn zwangsfinanzierte Mainstream Medien nicht über uns berichten, dann verschaffen wir uns selbst Gehör 📣 Der Widerstand wächst weiter und weiter 🙌

1025 17:37

52



Wer braucht Einkaufswagenchips, die man im Wagen "vergisst"? 🤔😅

53

Bannerflieger

⁵² Bilder einer Flyer-Verteil-Aktion, Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 09.03.2021

⁵³ Werbung für Einkaufswagen-Chips, Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 02.03.2021



Mit Spenden wurde in mindestens einem Fall ein Flugzeug angemietet, das ein Banner mit Werbung für ein „Corona-Leugner“-Netzwerk am Himmel präsentierte.

Blockaden von Infrastruktur

Unter dem Begriff D-Day 2.0 wurden bundesweit Blockademaßnahmen an zentralen Verkehrsknotenpunkten geplant. Dies fand im Besonderen im Telegram-Kanal der gleichlautenden Gruppe statt. Es wurden Blockadeaktionen im Bereich des Schienen- und Straßenverkehrs diskutiert. In Folge dessen kam es am 27. Januar 2021 auf der A7 tatsächlich zu kleineren Verkehrsbehinderungen. Ebenso gab es einen Vorfall mit einem ICE, der scheinbar in Zusammenhang mit dieser Aktion stand.

2.6 Mechanismen der Mobilisierung und Rekrutierung

Bei den „Corona-Leugnern“ handelt es sich um eine Bewegung, die auf Außenwirkung und Mobilisierung bedacht ist. Erklärtes Ziel ist es, die Menschen in Deutschland zu erreichen und von den eigenen Ideen zu überzeugen. Aufgrund des missionarischen Bewusstseins wird eine große Bandbreite an Foren zur Mobilisierung und Rekrutierung neuer Anhänger genutzt.

Ansprache bei Veranstaltungen

Im Frühjahr 2020 dauerte es nur einige Wochen, bis eine Bewegung entstand, die Menschen in vielen Regionen der Bundesrepublik Deutschland mobilisierte. Die Mobilisierung für Veranstaltungen bildete daher früh den Schwerpunkt der Aktivitäten der „Corona-Leugner“-Szene. Durch das Erscheinen im öffentlichen Raum – bei gleichzeitiger Abwesenheit eines Großteils der Menschen in der Öffentlichkeit aufgrund der Kontaktbeschränkungen – erreichten die „Corona-Leugner“ eine große mediale Aufmerksamkeit. Bestärkt wurde bei ihnen dadurch das Gefühl der Selbstwirksamkeit. Die Vernetzung im Vorfeld der Veranstaltungen fand – und findet – vorrangig über Telegram statt.



Nach innen stärken diese Veranstaltungen die Bewegung im Glauben daran, vermeintlich eine Mehrheit der Bevölkerung zu repräsentieren. Politisierte „Corona-Leugner“ sehen sich in einem fortlaufenden Kampf gegen den Staat, den sie als „Corona-Diktatur“ bezeichnen. Auch der Glaube an eine globale Bewegung, die weltweit auf die Straße geht, wird gepflegt und zur Selbstaufwertung herangezogen.

兼 mit Leuten sprechen. Immer wieder ansprechen ob sie mitkommen. Vernetzen. Bin in Berlin auf dem Pariser Platz von einem Passanten angesprochen worden. Er kam aus der Nähe von Stuttgart. Fragte vorsichtig wo denn die Grundrechte eingeschränkt seien. Ich erklärte es ihm.. eben so vorsichtig. Er war sehr aufgeschlossen. Er war Elektroingenieur. Sah das mit 5G und der Strahlung sehr problematisch. OK. Dann ging es sehr schnell .Telegram hatte er in 2 Minuten installiert. Und dann in ein paar wichtigen Kanälen 5 min später drin. (Wäre noch schneller gewesen wenn ich selbst gewusst hätte wie es geht.☐)

54

Mit Bannern, Transparenten, Flyern, T-Shirts und vielem mehr werden Botschaften transportiert. Gezielte Ansprachen finden statt, um über dieses öffentliche Forum neue „Gläubige“ für die Bewegung zu erreichen. Generell wird bei diesen Veranstaltungen viel Überzeugungsarbeit geleistet.

Internet

Im Internet können Menschen unmittelbar und schnell angesprochen werden. Durch Internetkontakte bilden sich ständig wechselnde Gruppierungen. Es werden verschiedene Anlaufstellen genutzt, die im Folgenden näher erläutert werden.

Webseiten

Viele Gruppen der „Corona-Leugner“-Szene erstellen nach wie vor klassische Internetauftritte, um Informationen bereitzustellen. In der Regel bieten diese Seiten nur statische Auftritte in Form von grundsätzlichen „Informationen“. Meistens wird auf andere Wege verwiesen, um Kontakt aufzunehmen oder sich zu vernetzen.

Videostreaming

⁵⁴ Quelle: Telegram-Kanal; gesichert am 13.04.2021



YouTube wird von vielen Akteuren als Plattform genutzt. Der Vorteil liegt an dem großen Marktanteil von YouTube und den attraktiven Möglichkeiten, sich dort über die Angebote und die Reichweite zu finanzieren. Ein Problem für die „Corona-Leugner“ sind bei YouTube und vergleichbaren großen Plattformen zunehmend die Einschränkungen durch die Betreiber, die konsequenter als früher gegen die Verbreitung von „Fake News“ vorgehen. Diese Einschränkungen reichen vom Entfernen einzelner Inhalte bis hin zur kompletten Sperrung ganzer Kanäle und User.

Aufgrund der Einschränkungen bei den größeren Betreibern wird auf kleinere Plattformen ausgewichen. Weniger bekannt ist in Deutschland die Video-Plattform Bitchute. Die dort eingestellten Videos erreichen Abrufzahlen zumeist in einem vierstelligen Bereich. Mit Bitchute haben viele User eine neue Plattform gefunden, auf der Inhalte bereitgestellt werden können, ohne Sanktionen der Betreiber zu fürchten. Die Reichweite ist allerdings eingeschränkt, die Nutzerzahlen sind erheblich geringer als zum Beispiel bei YouTube möglich wären. Eine ähnliche Plattform ist dlive.tv.

Zum Teil wird sogar versucht, selber Streaming-Plattformen einzurichten und zu etablieren, was allerdings mit einem hohen Aufwand und Kosten verbunden ist. Andere Akteure gehen dazu über, Videos unmittelbar in eigens für diesen Zweck eingerichteten Kanälen bei Telegram zu teilen.

Soziale Netzwerke

Größere Soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter haben die Löschung von „Fake News“ intensiviert. Dennoch spielen diese Netzwerke als Verbreitungs- und Rekrutierungsmedium immer noch eine wichtige Rolle für die „Corona-Leugner“-Szene. Die intensivierte Löschung von Inhalten hat aber eine Verlagerung auf alternative Netzwerke zur Folge, ähnlich wie bei den Streaming-Diensten. Nutzer von Facebook oder Twitter werden dazu aufgefordert, auf andere Portale zu wechseln.

In der Szene verbreitete alternative Dienste sind VK, Gab oder Parler. Bei diesen Diensten existieren bis auf die Gesetze des Herkunftslandes keine weiteren Inhaltseinschränkungen, weshalb sie bei Nutzern, die auf anderen Plattformen wegen „Hasspostings“ blockiert wurden, sehr beliebt sind. Die meisten dieser alternativen Dienste eint aber die geringe Nutzerbasis, im Besonderen aus



Deutschland. So hat sich bisher keine große einheitliche Bewegung hin zu einer bestimmten Plattform herauskristallisiert.

Messenger-Dienste

Messenger-Dienste dienen vorrangig der engeren Vernetzung. Interessierte potenzielle Mitglieder werden in geschlossene Gruppen eingeladen. Die Chaträume ermöglichen den Nutzern, weitestgehend anonym zu bleiben. Die Verschlüsselung der Kommunikation erschwert das Aufspüren solcher Räume. Mit seiner dualen Struktur durch Gruppen und Kanäle hat Telegram eine Sonderrolle inne.

Das dominierende Netzwerk der „Corona-Leugner“-Szene ist von Beginn an „Telegram“ gewesen. Telegram ist ein kostenloser Instant-Messaging-Dienst zur Nutzung auf Smartphones, Tablets, Smartwatches und PCs, der aus Russland stammt. Benutzer von Telegram können Textnachrichten, Sprachnachrichten, Fotos, Videos und Dokumente austauschen sowie Sprach- und Videotelefonie mit anderen Telegram-Nutzern aufnehmen. Telegram hat in Deutschland rund 8 Millionen aktive Nutzer pro Tag (Stand: Statista 2019). Da es sich um einen „Cloud“-basierten Messenger handelt, kann von verschiedenen Geräten aus uneingeschränkt auf Chatnachrichten und Kanäle zugegriffen werden. Im Vergleich dazu erreicht WhatsApp in Deutschland täglich über 60 Millionen Nutzer (Stand: Statista 2019).

Zudem sind Messenger-Dienste einfach zu bedienen und auf Mobiltelefonen abrufbar. Sie unterliegen keinen Algorithmen, so dass Nachrichten ungefiltert und ohne Umwege den jeweiligen „Feed“ („Nachrichten-Strom“) bestimmen. Die unmittelbare Kommunikation vermittelt eine enge Verbundenheit mit anderen Mitgliedern innerhalb der gemeinsamen Kanäle und Gruppen. Die Szene rückt dadurch enger zusammen und baut ihr Netzwerk aus.

Die Nutzer fühlen sich auf Telegram nicht nur ungestört, sondern übernehmen auch volle Kontrolle über Inhalte und Empfänger. Geteilte Inhalte erreichen die Empfänger zielgerichtet. Messenger spielen damit einhergehend eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von „Fake News“. Anders als bei den bekannten, großen sozialen Netzwerken gibt es kaum Eingriffe des Medienanbieters, der problematische Inhalte aussortieren würde. Innerhalb der medialen Filterblase, die Soziale Medien ohnehin in der Regel sind, bilden sich somit noch weitere, abgekapselte Filterblasen, die eine virtuelle Parallelwelt ohne äußere Einflussnahme ermöglichen.



2.7 Proteste gegen Anti-Corona-Maßnahmen im polizeilichen Fokus

Seit Beginn der Pandemie beschäftigt sich die Polizei in Nordrhein-Westfalen mit den Protesten gegen die Anti-Corona-Maßnahmen. Eine besondere Herausforderung stellen dabei Aktionen dar, die aus dem Spektrum der „Corona-Leugner“ stammen. Eine besondere Relevanz für die Polizei hat dabei die allgemeine Gefahreinschätzung. Dieser Abschnitt beruht auf den Erkenntnissen des LKA Nordrhein-Westfalen.

Demonstratives Geschehen

Der Großteil der in Nordrhein-Westfalen angemeldeten Versammlungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verlief in der Vergangenheit grundsätzlich friedlich und ohne größere Vorkommnisse. Vereinzelt kam es zu Verstößen gegen die Corona-Schutzverordnung.

Generell lässt sich beschreiben, dass die Teilnehmer, die sich im Versammlungsgeschehen zusammenfinden, zu Beginn der Proteste im Frühjahr 2020 überwiegend eine bürgerliche und eher gemäßigte Prägung hatten. Die Großdemonstration am 29. August 2020 in Berlin, die mit der Besetzung der Treppe vor dem Reichstag in einem Eklat endete, stellte allerdings eine Zäsur dar. Seitdem werden eindeutig ideologische Inhalte auf vielen Veranstaltungen offener und selbstbewusster kommuniziert als vor diesem Ereignis. In der „Corona-Leugner“-Szene lassen sich Radikalisierungstendenzen feststellen.

Auch in Nordrhein-Westfalen haben größere Veranstaltungen stattgefunden. So wurde beispielsweise bei einer Demonstration am 20. September 2020 in Düsseldorf eine Teilnehmerzahl von 5.000 erreicht, in Dortmund protestierten am 18. Oktober 2020 1.100 Personen. Ende des Jahres 2020 fanden in Bielefeld, Münster, Remscheid, Heinsberg, Dortmund, Duisburg, Köln, Siegen und Aachen Versammlungen einer „Corona-Info-Tour“ statt, die dem Netzwerk „Querdenken“ zuzuschreiben sind. Die Teilnehmerzahl bewegte sich hier im mittleren dreistelligen Bereich.

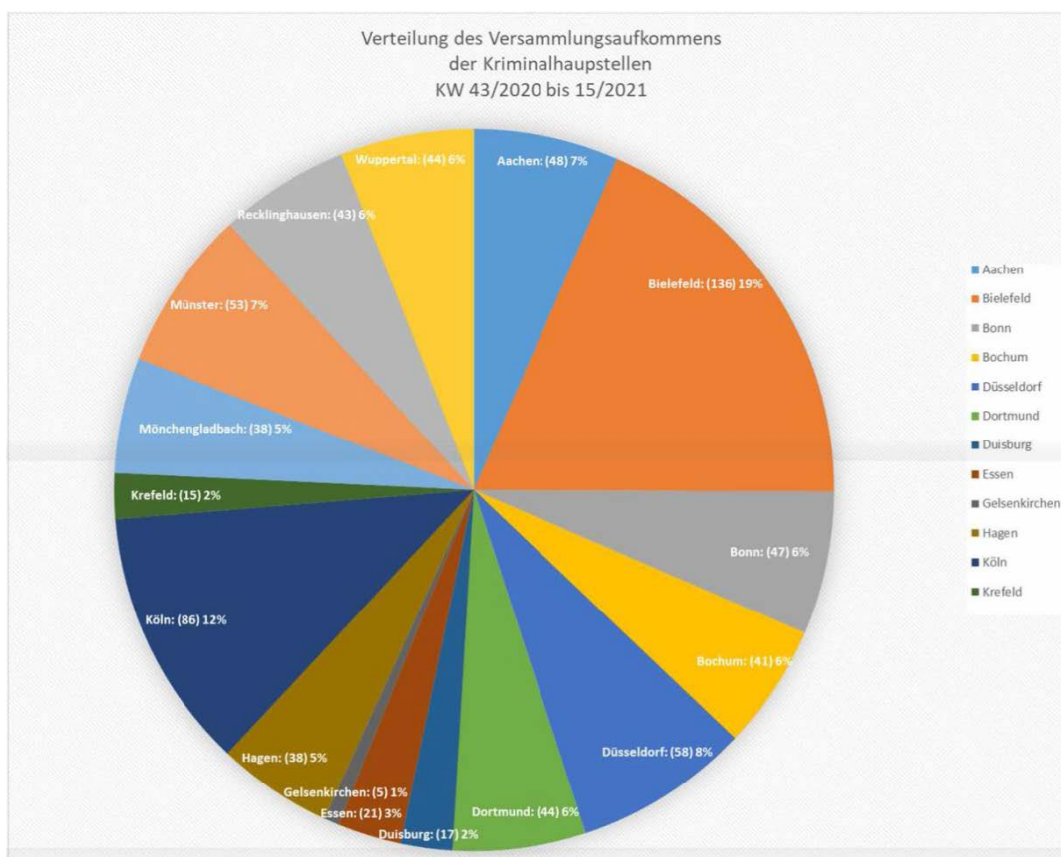
Vor dem Hintergrund der aktuellen „dritten Welle“ der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden staatlichen Beschränkungen zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen ein erneuter Anstieg des Veranstaltungs- und Versammlungsaufkommens ab. Am 17.04.2021 fand in Düsseldorf eine Veranstaltung unter dem Motto „Es reicht“



mit 3.000 Teilnehmern statt. Für die polizeiliche Arbeit führt dies insgesamt zu einem deutlich erhöhten Einsatzaufkommen, um beispielsweise das Demonstrationsgeschehen zu begleiten und bei Bedarf Kommunen bei der Überprüfung von Auflagen im Rahmen des Infektionsschutzes zu unterstützen.

Es ist ein erhöhtes Maß an Verstößen festzustellen, wenn sich Personen aus dem Spektrum der „Querdenken“-Szene an Demonstrationen beteiligen oder diese initiieren. So missachtet insbesondere dieses Personenspektrum regelmäßig Auflagen, wie z.B. das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes und die Einhaltung von Abstandsregeln. Dieses Verhalten ist grundsätzlich geeignet, der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nachhaltigen Schaden zuzufügen.

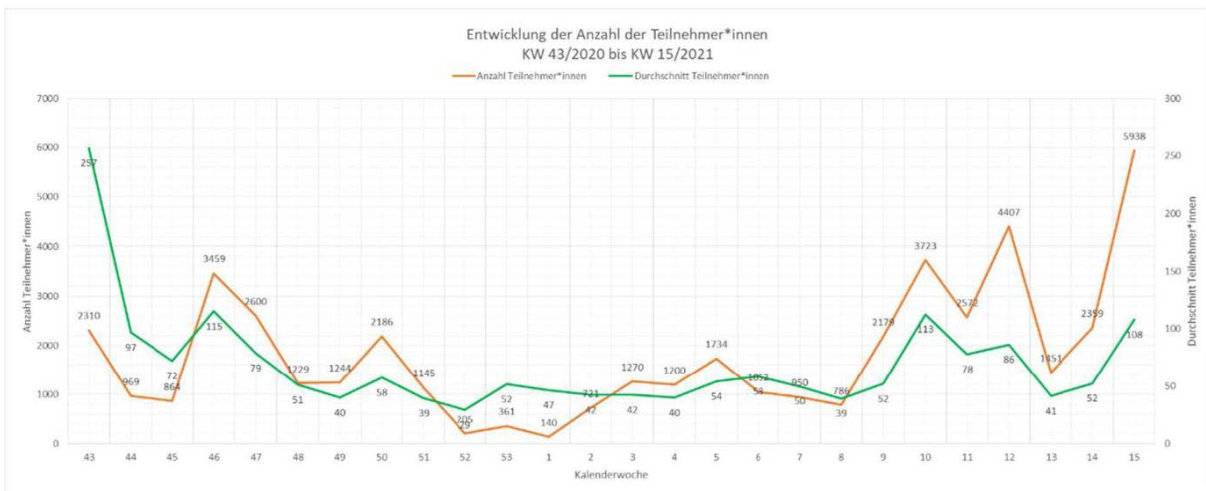
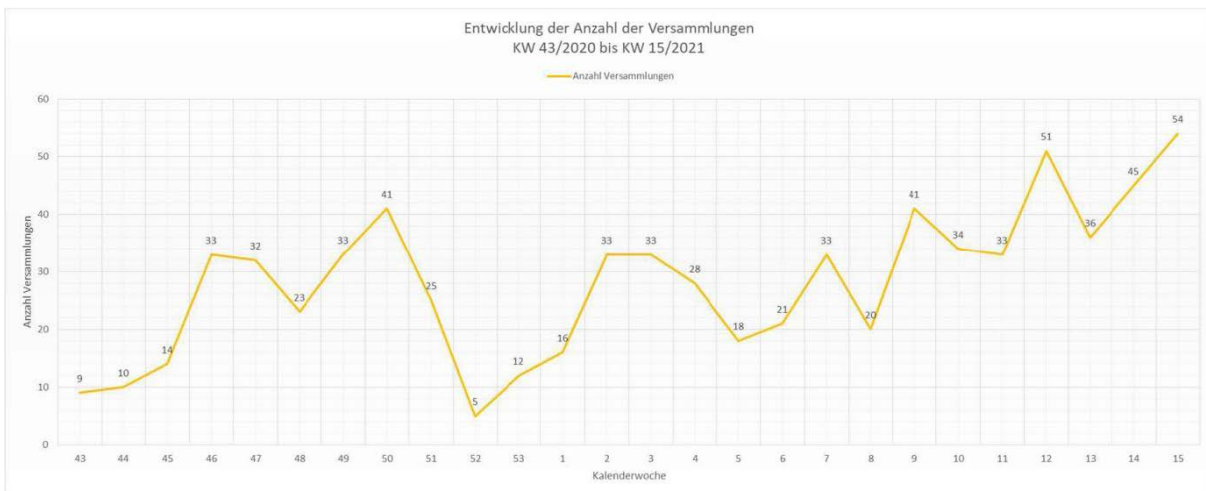
Durch die bundesweite Vernetzung weisen auch Demonstrationen in anderen Bundesländern Bezüge nach Nordrhein-Westfalen auf. So fand am 20. März 2021 in Kassel (Hessen) eine Versammlung zu dem Thema „Frühlingserwachen – Die Welt/ Deutschland/ Kassel steht auf“ mit 20.000 Teilnehmer/innen statt. Die Teilnehmenden setzten sich überwiegend aus bürgerlichen Kreisen sowie vereinzelt der Reichsbürgerbewegung und rechtsextremistischen Gruppierungen zusammen. Unter ihnen befand sich auch die Gruppierung „Corona-Rebellen Düsseldorf“.





Den regionalen Schwerpunkt von Versammlungen in Nordrhein-Westfalen bildet der Zuständigkeitsbereich der Kriminalhauptstelle Bielefeld (zuständig für die gesamte Region Ost-Westfalen), gefolgt von Köln und Düsseldorf.

Veranstaltungen in Düsseldorf sind durch die Funktion als Landeshauptstadt und den Sitz des Landtages sowie der Landesregierung und der Landesministerien erklärbar.



Bei Betrachtung der erfassten Teilnehmerzahlen wird deutlich, dass ein Hoch an Teilnehmern im Herbst 2020 und dann erneut mit Beginn des Frühjahres 2021 erreicht wurde. Dies korreliert mit den Wellenbewegungen der Corona-Pandemie. Eine weitere Erklärung für diese Schwankung ist die Wetterlage, die demonstratives Geschehen im Winter eher unattraktiv macht und vermutlich vorübergehend zu einer rückläufigen Mobilisierungsfähigkeit geführt hat.



Blockade-Aktionen

Eine Form des Protests stellen Blockaden von Verkehrswegen dar. Sie sind ein schwerwiegender und gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr und in aller Regel illegal. Im schlimmsten Fall können sie zu schweren oder gar tödlichen Unfällen führen. Gleichzeitig führen sie zu einem hohen Maß an Aufmerksamkeit– dies macht sie zu potenziell attraktiven Aktionsformen für Protestbewegungen.

Die fortlaufende Ankündigung bzw. der Versuch des Anstiftens zu solchen Aktionen ist dennoch unter dem Aspekt der polizeilichen Gefahrenabwehr zu betrachten.

Öffentliches Propagieren eigener Themen

Einer missionarischen und auf Außenwirkung bedachten Bewegung wie den „Corona-Leugnern“ ist das Verbreiten der eigenen Ansichten wichtig. Hierbei werden bereits etablierte Methoden angewendet und sind im polizeilichen Meldeverkehr entsprechend bekannt geworden.

Eine Außenwirkung wird ebenfalls durch das Anbringen von Aufklebern in Innenstädten (z.B. an Ampeln und Verkehrsschildern) oder das Anbringen von Sprüchen mittels Graffiti im Straßenbild versucht zu erreichen. Farbschmierereien werden strafrechtlich als Sachbeschädigung behandelt und stellen demzufolge eine Straftat dar.

Ein sehr sensibler Aspekt ist der Versuch des Beeinflussens von Kindern. So werden nicht nur Schulleitungen und Lehrer/ innen regelmäßig Ziel von Einflussnahme durch „Corona-Leugner“. Auch Schüler/ innen stehen im Zielspektrum. In Düsseldorf wurden zum Beispiel Regenbezüge mit Werbung für eine bestimmte Homepage mit Bezug zu den „Corona-Leugnern“ auf Satteln der Fahrräder der Schülerinnen und Schüler vor einer Schule befestigt. Der Inhalt dieser Homepage „informierte“ darüber, dass die mediale Berichterstattung im Hinblick auf die Corona-Pandemie falsch und gelogen sei. Kinder wurden suggestiv zum „Widerstand“ gegen Corona-Schutz-Maßnahmen aufgefordert. Die Aktion wurde der Polizei gemeldet.

Test- und Impfzentren

Seit Beginn der Corona-Impfungen zum Jahreswechsel 2020/21 sind Einrichtungen zum Testen und Impfen ins Zielspektrum von „Corona-Leugnern“ gerückt.



Verschiedene Maßnahmen und Aktionen wurden diskutiert, da Massen-Impfungen im verschwörungstheoretischen Denken dieser Personen als „Gefahr“ und „repressive Maßnahme“ des Staates angesehen werden.

Zu größeren Straftaten ist es in Nordrhein-Westfalen bislang nicht gekommen. In den benachbarten Niederlanden wurde im März 2021 ein Sprengstoff-Attentat auf ein Corona-Testzentrum verübt, zum Glück ohne Personenschaden. Dies ist ein Hinweis auf das enorme Radikalisierungspotenzial, das Teilen der „Corona-Leugner“-Szene europaweit mittlerweile innewohnt.

„Outing“ von vermeintlichen Gegnern und Erstellung von „Feindeslisten“

Seit Beginn des Jahres 2021 konnte auf Internetplattformen – insbesondere in Telegram-Gruppen der Initiative „Querdenken“ – die Veröffentlichung mehrerer sogenannter „Outing“-Listen mit Namen und Daten unter anderem von Amts- und Mandatsträger/ innen, Journalist/ innen, Ärzten/ innen und Virologen/ innen festgestellt werden.

In Einzelfällen kam es zu Angriffen auf Privatanschriften oder Autos von Betroffenen – auch in Nordrhein-Westfalen. Ob dies eine unmittelbare Folge des Veröffentlichens gewesen ist, kann im Einzelnen in der Regel nicht bewiesen werden. Dass solche Listen aber motivierend wirken können, darf als sicher gelten. Die Betroffenen sind darüber hinaus fortwährend abstrakten massiven Drohungen in sozialen Netzwerken ausgesetzt oder werden sogar persönlich bedroht, wenn entsprechende Kontaktmöglichkeiten in virtuellen Foren bekannt gegeben werden.

Das Erstellen solcher „Outing“- bzw. „Feindes“-Listen ist ein perfides Mittel des Kampfes gegen politische Gegner und kann strafbares Handeln darstellen. Durch das Erstellen solcher Listen wird suggestiv oder sogar offen zum Handeln aufgefordert. Folge des „Outings“ in Nordrhein-Westfalen waren unter anderem psychisch belastende Drohungen und Sachbeschädigungen.

Das Beobachten und ggfls. strafrechtliche Verfolgen von Personen in Netzwerken, die solche Listen erstellen, führen und weiterverbreiten ist ein grundsätzlicher Aspekt der polizeilichen Gefahrenabwehr.



Sonderaspekt: Polizeibeamtinnen und -beamte im Fokus von „Corona-Leugnern“

Ein besonderer Aspekt ist der Versuch aus der „Corona-Leugner“-Szene heraus, auf die Exekutive des Staates Einfluss zu nehmen, darunter auch gezielt auf Polizeibeamtinnen und -beamte. Hierfür haben sich im Internet mittlerweile eigene Netzwerke und Foren etabliert. Auf diesen wird die Legitimität des derzeitigen Regierungshandelns in Zweifel gezogen. In der Folge werden Polizeibeamtinnen und -beamte zur Verweigerung des Befolgens von Dienstanweisungen („Befehlsverweigerung“) aufgerufen.

Die Form der hier betriebenen Unterwanderungsstrategie ist für die Funktionsweise des Rechtsstaates in höchstem Maße gefährlich, wenn neben dem „Anregen zum Nachdenken“ Verschwörungsideologien innerdienstlich weiterverbreitet werden und der Staat dabei als illegitim dargestellt wird – da er durch die „Eliten“ „unterwandert“ bzw. „ausgehöhlt“ sei.

Die Verbreitung entsprechender Propaganda in dienstlichen Kreisen kann ein Dienstvergehen darstellen, so dass jeder Einzelfall geprüft wird.

Abschließende Einschätzung der Herausforderungen und Gefahren

Es werden zunehmend neue Formen des Protests beobachtet, die darauf abzielen, eine erhebliche Tragweite des öffentlichen Kundtuns der Ideologie zu etablieren. Begleitend ist der Trend zu verzeichnen, das Protestgeschehen durch Versammlungen voranzutreiben, die im Vorhinein nicht mehr angemeldet werden. Das Durchführen unangemeldeter Demonstrationen entspricht dabei dem Duktus der „Selbstermächtigung“, der in Teilen der „Corona-Leugner“-Szene gepflegt wird. Staatliche und rechtliche Vorgaben werden nicht anerkannt und gezielt umgangen.

Dazu kommen Konflikte mit anderen politischen Lagern, die zum Teil in Gewalt münden. Personen aus dem linksextremistischen Spektrum, die sich Versammlungen der „Corona-Leugner“ entgegenstellen, treten mit mehr Bereitschaft zur Konfrontation auf. So kam es im Rahmen des Versammlungsgeschehens wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen beiden Lagern. Es ist dabei zu beobachten, dass Störungen und körperliche Auseinandersetzungen aktiv herbeigeführt und gesucht werden. Auf diese Weise wird das Demonstrationsgeschehen auch zum Austragungsort entgegenstehender politischer



Ansichten. Von Teilen des linksextremistischen Spektrums werden im Speziellen die Versammlungen in Form von Autokorsos angegangen, häufig auf Fahrrädern und mit der Zielrichtung, Blockadeaktionen durchzuführen.

Bei den verschiedenen Aktionen von „Corona-Leugnern“ wird eine Häufung von Bezugnahmen auf die Zeit des Nationalsozialismus wahrgenommen. Dies geschieht in Form von Redebeiträgen auf Kundgebungen, im Internet auf sozialen Plattformen oder durch entsprechende Texte auf Schildern/ Plakaten sowie durch Graffiti. Nationalsozialistische Symbole wie der „Hitler-Gruß“, das Hakenkreuz oder auch der Judenstern finden Anwendung, um eine politische Meinung zu den Maßnahmen der Pandemie-Bekämpfung zu verdeutlichen. Auch der Begriff der „Lügenpresse“, der ideologisch dem rechtsextremistischen Spektrum zuzuordnen ist, wird dazu verwendet, aus Sicht der „Corona-Leugner“ Medienvertreter und Presseorgane zu diffamieren. Am Beispiel solcher Vergleiche zeigt sich der Versuch, die Maßnahmen der Regierung als Produkt eines vermeintlich „faschistischen“ und menschenfeindlichen Systems darzustellen. Mit dieser gezielten Stimmungsmache soll das weitere Umfeld auf einfache und direkte Weise angesprochen und auf den Weg des Protests gebracht werden.

Durch die Zuspitzung der Diskurse und des Handelns von „Corona-Leugnern“ auf Versammlungen ergibt sich ein abstraktes Gefahrenpotenzial, das von polizeilicher Seite im Blick behalten werden muss. Insgesamt ist der Umgang mit dem Protest-Geschehen in Verbindung mit der Radikalisierung eines Teils der „Corona-Leugner“-Szene eine wichtige Aufgabe für die Polizei Nordrhein-Westfalen.



2.8 Herausragende Organisationen und Plattformen

Feste Organisationsformen haben sich in der „Corona-Leugner“-Szene bislang wenig etabliert. Den höchsten Organisationsgrad erreichen in Nordrhein-Westfalen die Netzwerke „Querdenken“ und „Corona-Rebellen“. Die wesentliche Kommunikation findet über Messenger-Dienste statt. Zur Beschreibung der Meinungen und ideologischen Wegmarken in der sehr diffusen Szene ist die Methode einer Diskurs-Analyse zielführend.

Organisationen der „Corona-Leugner“-Szene

Zwei Organisationen sind im Laufe des Jahres 2020 entstanden, die auch in Nordrhein-Westfalen eine größere Bedeutung erlangten und Konsistenz in ihrer Handlungsweise aufwiesen. Dabei handelt es sich um „Querdenken“ und die „Corona-Rebellen“.

Die Gruppierung "Querdenken" wurde unter Bezeichnung „Querdenken - 711 - Stuttgart" eben dort im April 2020 gegründet. „Querdenken“ verfügt über zahlreiche Ableger, die jeweils mit der telefonischen Vorwahl der jeweiligen Stadt gekennzeichnet sind. In Nordrhein-Westfalen gibt es 25 solcher Ableger⁵⁵. Die Bewegung „Querdenken“ ist kein Verein und keine Partei, auch wenn sie mit politischen Forderungen und Demonstrationen die politische Bühne betritt. Sie selbst sagt von sich, sie sei eine "friedliche, überparteiliche Bewegung", eine "Freiheitsbewegung", die aus „über 100.000“ Menschen bestehe.

Die „Corona-Rebellen“ mit Schwerpunkt in Düsseldorf haben sich als eine treibende Kraft in der „Corona-Leugner“-Szene in Nordrhein-Westfalen herauskristallisiert. Die „Corona-Rebellen“ initiieren und organisieren Proteste und dokumentieren die Ereignisse. Bilder, wie die von wehenden Flaggen auf der Treppe vor dem Reichstag im August 2020 oder auf der Tonhalle in Düsseldorf, sind eindrucksvoll und schaffen ein Gefühl der Verbundenheit. Es wird ein Event-Charakter entwickelt. Die Menschen sollen inspiriert und mitgerissen werden.

Die „Corona-Rebellen“ besitzen dabei allerdings nicht den Grad der Bekanntheit einer überregionalen Organisation wie „Querdenken“. Neben den „Corona-Rebellen

⁵⁵ Stand 01. Mai 2021



Düsseldorf“ existieren noch die „Corona-Rebellen Recklinghausen“ mit nennenswerter Aktivität in Nordrhein-Westfalen. Es gibt dazu ein Netzwerk lose verbundener Kanäle im Internet. Diese werden aber nur unregelmäßig gepflegt. Bei Szene-Veranstaltungen machen Anhänger Werbung für die „Corona-Rebellen“. Erwähnenswert ist die hierbei die Aktivität der Corona-Rebellen bei Veranstaltungen in ganz Deutschland. Bei großen Veranstaltungen in Berlin, Leipzig und Kassel waren sie vertreten und durch ihr Logo gut erkennbar. Ferner sorgen öffentlich bekannte Unterstützer für mediale Aufmerksamkeit.

Informationskanäle in sozialen Medien

Im Vergleich zu anderen Anbietern in sozialen Netzwerken bietet Telegram als dominierendes Netzwerk der „Corona-Leugner“-Szene dabei zahlreiche Vorzüge. Zum einen existieren Gruppen, in denen diskutiert werden kann. In die Diskussionen wird durch die Administratoren unterschiedlich stark eingegriffen. Es existieren häufig verschiedene Gruppen von ein und derselben Gruppierung. Diese erfüllen unterschiedliche Zwecke. So werden zum Beispiel in einer Gruppe Informationen zu Veranstaltungen verbreitet, in anderen werden Video- und Bildmaterial ausgetauscht, Fahrgemeinschaften organisiert und in nicht-öffentlichen Gruppen für ausgewählte Personen konspirativ kommuniziert. Über solche Gruppen werden auch gemeinsame Aktionen geplant und organisiert.

Bei Telegram können Gruppen bis zu 200.000 Mitglieder haben. Bei WhatsApp gibt es eine solche Kanalfunktion nicht, das Weiterleiten von Nachrichten und der Versand von Newslettern wurden hier zuletzt sogar deutlich eingeschränkt. Gruppen können bei WhatsApp auch nicht mehr als 256 Mitglieder haben. Nachrichten allgemein, aber eben auch Verschwörungsmymen, Hass und Hetze lassen sich bei Telegram folglich ungehinderter und schneller an eine Vielzahl von Nutzern verbreiten.

Zum anderen gibt es aber auch eine halb-öffentliche Sphäre ähnlich wie bei Facebook. Sogenannte Kanäle können unbegrenzt viele Follower haben und von jedem Teilnehmer anonym abonniert oder betrieben werden. Kanäle dienen als Einbahnstraßen in der Kommunikation. Die geteilten Informationen werden konsumiert und gegebenenfalls in anderen Kanälen weiterverbreitet. Auf diese Weise



werden Anhänger dauerhaft in einem nicht abreienden Strom mit Inhalten versorgt. ber die Kanäle wird Werbung für Veranstaltungen gemacht und mobilisiert.

Auf Telegram versammeln sich nicht nur diejenigen, die auf großen Plattformen wie Facebook, Twitter oder YouTube gesperrt worden sind, sondern auch alle, die einer respektvollen Kommunikation im Sinne eines Diskurses misstrauen. Telegram setzt der freien Meinungsäußerung keinerlei Grenzen. Das betont das Unternehmen auf seiner Website:

"Das bedeutet nicht, dass dies im Zusammenhang mit den lokalen Beschränkungen der Redefreiheit geschieht. Wenn zum Beispiel Kritik an der Regierung in irgendeinem Land verboten ist, ist **Telegram keinesfalls ein Teil solcher politisch motivierten Zensur**. Dies verstößt gegen die Grundsätze unserer Gründer. Während wir terroristische (z.B. ISIS-bezogene) Bots und Kanäle blockieren, werden wir keinesfalls Nutzer daran hindern, **auf friedliche Weise alternative Meinungen zum Ausdruck zu bringen**."⁵⁶

Das bedeutet auch, dass die in Deutschland strafrechtlich verfolgte Leugnung des Holocaust bei Telegram geduldet wird. Dass Telegram hier nicht eingreift, nutzen die Verbreiter von Verschwörungsmythen, Hass und Hetze. Lange war Telegram vor allem bei der Terrororganisation „IS“ sehr populär. Hier griff Telegram jedoch ein: „IS“-Kanäle können gemeldet werden und werden auch de facto mittlerweile konsequent gelöscht. Andere extremistische Gruppen können Telegram allerdings weiterhin uneingeschränkt zum Teilen von Propaganda und „Fake News“ nutzen.

Entsprechende Akteure werden auf Telegram zumindest passiv geduldet, auch wenn sie die öffentliche Ordnung in Deutschland mittlerweile in einem erheblichen Maße durch ihre Propaganda-Tätigkeiten beeinflussen.

⁵⁶ Quelle: <https://telegram.org/faq/de>



2.9 Begründung der Verfassungsfeindlichkeit

Grundlage für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist das Handeln einer Partei, Organisation oder eines Personenzusammenschlusses gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Der Wille, die Demokratie in Deutschland in ihrer jetzigen Form ganz oder auch nur in Teilen abschaffen zu wollen, muss erkennbar sein. Einer intensivierten Beobachtung werden solche Organisationen unterzogen, die Gewalt als politisches Mittel rechtfertigen oder sogar zu ihr aufrufen.

Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist rechtlich definiert. Zu ihr zählen, wie bereits in Kapitel 1.2 dargelegt:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Daneben sind

- Einschüchterungsversuche von politischen Gegnern,
- die Relativierung der NS-Zeit und speziell des Holocaust,
- der aggressive Umgang mit Medienvertretern,
- Verstöße gegen den Gedanken der Völkerverständigung,
- die Verbreitung von insbesondere anti-semitisch geprägten Verschwörungsmysen,
- Aufrufe zur Ausübung von Gewalt gegen Andersdenkende,
- das Verhältnis zum deutschen Rechtsstaat und seinen Vertretern generell

wichtige Kriterien für eine Analyse.

Vor diesem Hintergrund hat der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen die Diskurse in den Netzwerken der „Corona-Leugner“ in den Blick genommen und im Folgenden bewertet. Für diese Nordrhein-Westfalen spezifische Diskurs-Analyse



wurden einzelne Kanäle und Akteure über einen längeren Zeitraum durch offene Recherche ausgewertet. Ein Schwerpunkt wurde dabei auf die Kommunikation der Netzwerke „Querdenken“ und „Corona-Rebellen“ bei Telegram gelegt.

Die getroffenen Bewertungen sind daher NICHT für die „Corona-Leugner“-Szene in ihrer ganzen Bandbreite repräsentativ. Sie decken aber einen meinungsstarken und aktiven Teil der Bewegung ab. Aufrufe und Meinungen werden auch in anderen Gruppen geteilt und können dort Aufnahmebereitschaft finden. Die Reichweite der hier ausgewerteten Kanäle ist deshalb nicht auf diese beschränkt. Auch wenn es sich bei der Betrachtung der beiden genannten Bewegungen um einen radikalisierten Kern der „Corona-Leugner“-Szene handelt, nehmen viele Teilnehmer der Diskurse die geäußerten Meinungen unkritisch und unwidersprochen auf und tragen diese weiter.

Im Folgenden werden die einzelnen Merkmale zur Prüfung einer Verfassungsfeindlichkeit anhand von Beispielen exemplarisch untersucht.

Das Wahlrecht

Das Wahlrecht ist eine der maßgeblichen Säulen der repräsentativen Demokratie. Durch das Wahlrecht wird gewährleistet, dass die Volkssouveränität gewahrt bleibt. Es umfasst das Recht zu wählen und gewählt zu werden.

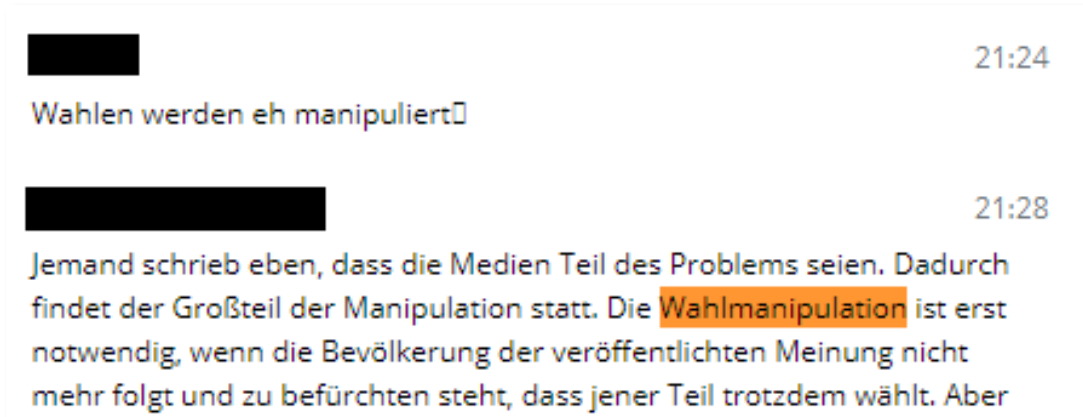
Bei der Diskursanalyse sind keine Aufrufe zur grundsätzlichen Abschaffung des Wahlrechts erkennbar gewesen. Das Wahlrecht an sich wird nicht in Frage gestellt.

Sehr wohl sind in den Diskursen aber Zweifel am Wahlsystem erkennbar. Zum Teil werden diese in Verbindung mit Verschwörungsmythen ausgedrückt. Grundtenor des Diskurses ist dabei, dass unter den gegebenen Umständen keine echten Wahlen möglich seien.

Wir leben im digitalen Zeitalter und benutzen Zettel zur Wahl, mit nicht unabhängigen Wahlhelfern und kaum Wahlbeobachtern. Wer da nicht böses denken könnte, wie schnell man eben mal ungeliebte Wahlstimmen, ungültig machen und auf nem gewissen Stapel entsorgen kann.... Dazu

57

⁵⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



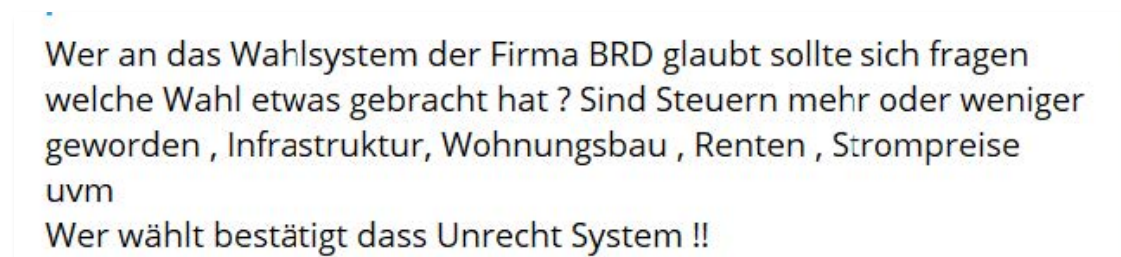
58

Verbunden werden diese Aussagen mit Verschwörungsmithen. So wird zum Beispiel Bezug genommen auf das „Bilderberg-Treffen“, das symbolisch für eine Elitenverschwörung steht.



59

Der Begriff „Firma BRD“ ist dem Sprachgebrauch der Reichsbürger entlehnt. Durch ihn wird die Existenz der Bundesrepublik als Staat grundsätzlich in Zweifel gezogen. Auch dabei handelt es sich um einen Verschwörungsmithos.



60

Szene-intern werden dabei die Positionen der sogenannten Reichsbürger aber durchaus kritisch diskutiert. Hier scheint es Friktionen innerhalb der „Corona-Leugner“-Szene zu geben, wobei diese hier eher in der Frage nach dem richtigen taktischen Vorgehen liegen.

⁵⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁵⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁶⁰ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



(Zersetzung)? Dasselbe bei manchen Reichsbürgern (gegen die ich sonst nichts habe), wenn sie einen dazu auffordern, sich gegenüber der BRD zu "erklären" bzw. eine Staatsangehörigkeitsbescheinigung anzufordern. Wie dämlich ist das, sich gegenüber den Behörden als Dissident mit Name und Anschrift zu erkennen zu geben? Also wer und was könnte wirklich

61

Häufig taucht auch ein Vergleich mit der DDR auf. Es wird unterstellt, dass die Wahlergebnisse im derzeitigen „System“ systematisch gefälscht werden.

Daddy glaubst du noch an Korrekte Wahlen hier in der DDR 2.0 ☐☐ Es wird sich zurechtgeschustert im Vorfeld wer mit wem und dann so gemacht .

62

Sind doch eh alles Schein **Wahlen** ...wie schon Honecker sagte der Anschein von Demokratie muß gewerleistet sein

63

Der linksextremistischen Szene, namentlich der Antifa, wird ebenfalls unterstellt, aktiv in Wahlergebnisse einzugreifen und diese zu manipulieren.

kleingeschrieben. Gerade in extrem linken Bezirken und Briefwahlzentren ist Wahlbeobachtung dringend zu empfehlen, um Betrug vorzubeugen. Tips und Anleitungen hier https://t.me/ein_prozent

64

reinkommt. Aber auch mit Wahlbetrug durch das System oder Antifa-Wahlhelfer. Den Umfragen und Medien kann man nicht trauen. Von daher:

65

Dies wird verbunden mit Aufforderungen, als Wahlhelfer oder Wahlbeobachter tätig werden.

⁶¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁶² Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁶³ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁶⁴ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁶⁵ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Und noch besser ist es sich rechtzeitig selbst als Wahlhelfer zu melden. Die Kontrolle ist besser und es gibt Aufwandsentschädigung. Warum ständig nur von Wahlbeobachtung gesprochen wird, verstehe ich nicht. Wahlhelfer und Beobachter kann jeder mit deutschem Pass werden. Hilfen hierzu bei einprozent.de

66

Zu hinterfragen ist dabei, ob mit den Aufrufen zum Engagement als Wahlhelfer auch noch andere Intentionen verfolgt werden. So ist zumindest theoretisch die Absicht denkbar, dass „Corona-Leugner“ durch einen Unterwanderungsversuch von Wahl-Teams selber versuchen könnten, Wahlergebnisse zu manipulieren und ihnen nicht genehmen Parteien dadurch zu schaden.

Eine konsensuale Einigung auf eine Partei ist bei den „Corona-Leugnern“ generell nicht erkennbar, da sie die etablierten Parteien verachten und ablehnen. In der Szene ist aber eine gewisse Präferenz für die AfD erkennbar.

Ich wähle **AFD**, auch wenn Parteiensystem kacke
Früher wars die Linke.
CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne = eine Agenda, und zwar gegen das Volk

67

Prinzip der Gesetzesbindung

Mit diesem Prinzip ist die Bindung der Gesetzgebung (Legislative) an die verfassungsmäßige Ordnung sowie die Bindung der vollziehenden Gewalt (Exekutive) und der Rechtsprechung (Judikative) an Gesetz und Recht gemeint. Mit diesem Prinzip soll ausgeschlossen werden, dass der Staat willkürlich gegenüber seinen Bürgern handelt.

In der Diskursanalyse wurde deutlich, dass viele Akteure in der „Corona-Leugner“-Szene das jetzige „System“ grundsätzlich ablehnen. Auffällig ist, dass dem jetzigen „System“ unterstellt wird, sich nicht an seine eigenen Prinzipien und die Gesetzesbindung zu halten. Dem Staat wird die Eigenschaft abgesprochen, ein Rechtsstaat zu sein.

⁶⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁶⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



spielen, ob das Attest echt ist. Leider muß man in diesem Lumpenstaat taktieren. Hier wird vom System ein Verdacht bzw. eine Unterstellung vorgeschoben. Niemand müßte in einem Rechtsstaat seine Unschuld

68

Unter dem Stichwort „Ermächtigungsgesetz“ werden Vergleiche zur Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 gezogen. Deutschland wird als „Unrechtsstaat“ bezeichnet.

Ein System das sich nicht an seine eigenen Regel halt zZ
vergleichbar mit ein Ermächtigungsgesetz
Wie soll man gegen dieses System gewinnen wenn das System nach
Belieben die Spielregel ändertund die Justiz beherrscht
Ein Unrechtstaat

69

Besonders kritisch sehen die „Corona-Leugner“ offensichtlich den Justiz-Bereich. Der Begriff „Firma“ weist hier wiederum auf einen Ursprung des Diskurses im Reichsbürger-Milieu hin.

Da die BRD nur eine Firma ist gibt es natürlich auch keine staatlichen Gerichte .

70

Die Vorstellungen dazu, wie ein alternativer Staat aussehen müsste, sind wenig ausgeprägt. Das Unbehagen und der Hass auf das jetzige „System“ sind also nicht verbunden mit einer klaren und konsensfähigen Vorstellung dazu, wie sich die Funktionsweise eines neuen Systems im Einzelnen vom alten unterscheiden würde, darunter auch beim Prinzip der Gesetzesbindung.

Recht auf Opposition

Mit dem Recht auf Opposition ist das Recht auf die Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition gemeint. Aufgrund der zuvor beschriebenen

⁶⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁶⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁷⁰ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



mangelnden Ausprägung der Diskurse in der „Corona-Leugner“-Szene zu einem alternativen Staats-Modell sind auch hier nur wenige konkrete Aussagen zu finden.

Grundsätzlich sprechen „Corona-Leugner“ den etablierten Parteien ihr Existenzrecht ab. Verbunden ist dies mit zum Teil geradezu anarchistischen Forderungen nach pauschaler Abschaffung von Herrschaftsformen.

Richtig was du sagst. Fakt ist, BRD ist ein Verwaltungskonstrukt und dafür muss ich nicht merkel 2.0 wählen! Fakt ist kein Mensch sollte über einen anderen Herrschen dürfen! Also wenn es mir wichtig ist was zu verändern

71

Die Szene wähnt sich selber in der absoluten Oppositionsrolle und spricht anderen Kräften in der Regel das Recht ab, auch eine Opposition zu sein. „Corona-Leugner“ sehen sich selbst nicht in der Rolle einer „normalen“ Opposition, sondern als außerhalb des „Systems“ stehend an. Dies spricht für eine mangelnde Anerkennung der Grundregeln eines demokratischen Staatssystems.

Ablösbarkeit der Regierung

Die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung ist ein zentrales Grundprinzip des demokratischen Staates. Sie garantiert die Möglichkeit des friedlichen Machtwechsels und die Wirkungsmacht der Volksvertretung (Parlament).

Auch hier sind die Aussagen der „Corona-Leugner“-Szene eher diffus. Konsens besteht darin, dass die jetzigen Parteien abgelöst werden müssen und ihnen danach grundsätzlich die Möglichkeit genommen werden soll, erneut an die Regierung zu kommen.

Was Du sagst, wurde auch in Kassel angesprochen. Wir brauchen ein NEUES SYSTEM! Angenommen WIR gewinnen, dann wird das alte System, das Corona "erfunden" hat 1. aus seinen Fehlern lernen und 2. es wieder versuchen uns fertig zu machen. Gestern kam wieder mal ein guter

72

⁷¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁷² Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Parteien haben uns doch erst dieses Dilemma eingebracht!!! Wer immer noch an ein Parteiensystem glaubt hat in meinen Augen absolut nix verstanden!!!

17:23

73

entgegenzusetzen dann wird es Zeit, diesen korrupten Parteienstaat im Orkus der Geschichte zu entsorgen. Corona ist nur der letzte Sargnagel

74

Solche Aussagen sprechen eindeutig für ein mangelndes Demokratie-Verständnis. Die Folge einer solchen Umwälzung wäre die Abschaffung der Opposition. Die neue Regierung wäre nicht mehr ablösbar. Ein solcher Weg würde in eine Diktatur führen.

Unabhängigkeit der Gerichte

Durch die Unabhängigkeit der Gerichte werden die Funktion des Rechtsstaats und seine Kontrolle gewährleistet.

Durch Gerichte sind in der Vergangenheit zahlreiche staatliche Schutzmaßnahmen zur Pandemiebekämpfung kritisch überprüft und eingeschränkt worden. „Corona-Leugner“ hätten daher allen Grund dazu, von einer Unabhängigkeit der Gerichte in Deutschland auszugehen.

Tatsächlich wird in den Diskursen aber fortlaufend unterstellt, dass das aktuelle Justiz-System staatlich kontrolliert und damit korrupt sei.

Dissidenten aus dem Video schon haben werden die Schergen der politisch gelenkten Staatsanwälte ihm einen politischen Prozeß machen und Söder wird schon persönlich dafür sorgen, daß ein gleichgeschalteter Richter Unrecht spricht. Wobei Beleidigung ja

75

Der Justiz wird unterstellt, die „Corona-Diktatur“ zu unterstützen. Nebenbei wird die Verhängung von Todesstrafen für Politiker eingefordert.

⁷³ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁷⁴ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁷⁵ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Justiz strafvereitelt. Man kann auch die Gegenprobe machen: Hätten wir eine nicht korrupte, rechtsstaatliche Justiz hätte es diesen Corona-Staatsstreich nie gegeben und Merkel säße im Knast oder besser: Hinge am Galgen. Und die Masse will es offenbar so: Mal sehen, was nächsten

76

Durch solche Diskurse wird die Justiz delegitimiert. Allgemein macht die Analyse der Diskurse deutlich, dass „Corona-Leugner“ das jetzige Justiz-System grundsätzlich nicht anerkennen, da es auf Seiten der Regierung stehe. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass sich „Corona-Leugner“ ein anderes Justiz-System herbeiwünschen, in dem Urteile, die ihren eigenen Ansichten widersprechen, nicht möglich wären. Dies wäre dann aber der Weg in ein willkürliches und undemokratisches Staatssystem.

Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft

Der Grundsatz des Ausschlusses jeder Gewalt- und Willkürherrschaft ist ein zentraler verfassungsgemäßer Grundsatz. Er soll den einzelnen Bürger vor einer Willkür des Staates schützen und gewährleistet die Möglichkeit politischer Minderheitsmeinungen. Durch dieses Prinzip wird auch die Meinungsfreiheit von „Corona-Leugnern“ geschützt.

„Corona-Leugner“ unterstellen dem jetzigen „System“, eine Willkür-Herrschaft errichtet zu haben, häufig als „Corona-Diktatur“ bezeichnet. Es wird zur Abschaffung dieser vermeintlichen Diktatur aufgerufen, also sinngemäß zu einem Staatsumsturz. Besorgniserregend ist dabei die Beschreibung der erwünschten Aktionen des neuen Staates. So kursiert in den ausgewerteten Diskursen die Idee, dass die derzeitige „Staats-Elite“ nach einem Umsturz unbedingt eliminiert werden müsse.

Der Begriff „Nürnberg“ bezieht sich in dem Diskurs auf die Nürnberger Prozesse, in deren Rahmen Verbrecher des NS-Regimes und Verantwortliche für den Holocaust verurteilt wurden. Dabei wurden auch Todesstrafen verhängt.

Ja, nicht zuende gedacht. Am Ende wird sich diese "Elite" selbst kannibalisieren. Und wenn sie verlieren wird jeder auf den anderen zeigen. Am Ende werden sie alle hängen. Wie in Nürnberg. CRD sind einige von

77

⁷⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁷⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Es werden dabei auch positive Anspielungen auf die NS-Zeit vorgenommen, so zum Beispiel auf das symbolträchtige Bild von Fackelmärschen.

WIR sind leider über die ganze BRD verstreut. Gäbe es von UNS ca. 10.000 IN EINER STADT, dann gingen wir mit brennenden Fackeln durch die Straßen. □□□□Was soll ich ALLEINE jetzt durch Düsseldorf gehen? So lange,

78

Auch ein Militärputsch als legitimes Mittel zum Umsturz wird in Betracht gezogen.

Duckmäuser und Blockwarte sind zu eigenem Denken nicht fähig. Bei einem Militärputsch kommt es vor allem auf eines an: Unbedingte Entschlossenheit. Die Befehlshaber des Merkelismus müssen überall unschädlich gemacht werden und zwar blitzartig. Den bekanntesten

79

Im Rahmen eines solchen Putsches sollen wichtige Funktionsträger des Staates sofort beseitigt werden. Der Begriff „Ceausescu“ bezieht sich hier auf die Revolution gegen das kommunistische Regime in Rumänien im Jahr 1989, der mit dem Tod von Ceausescu endete.

unschädlich gemacht werden und zwar blitzartig. Den bekanntesten Gestalten aus verschiedenen Bereichen muß sofort wie bei Ceausescu der Prozeß gemacht werden, nicht nur in der Politik, sondern auch Medienhitzer wie Restle, Polizeischergen wie Slowik in Berlin und Merkels Gesundheitsentourage (Schmierkopf und Tierarzt) u.v.a.m. müssen zu den Verurteilten der ersten Stunde gehören.

80

Als Legitimation für solche und ähnliche Ideen wird in der „Corona-Leugner“-Szene häufig der Artikel 20, Absatz 4 aus dem Grundgesetz herangezogen.

Es geht nicht um willkürliches Abknallen, es geht um Artikel 20 Absatz 4!

81

Dieser Artikel spricht den Bürgern grundsätzlich ein Widerstandsrecht gegenüber einer rechtswidrig ausgeübten Staatsgewalt mit dem Ziel der Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung zu. „Corona-Leugner“ unterstellen dabei, dass die Pandemie-Schutzmaßnahmen des Staates die Widerstandshandlungen der Bürger rechtfertigen würden.

⁷⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁷⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁸⁰ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁸¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Vieh endgültig die Axt an das Grundgesetz und aktiviert damit unmittelbar Artikel 20 Absatz 4, der die Unschädlichmachung der Despotin nach Urteil aller maßgeblichen Staatsrechtler legitimiert. Und spätestens dann muß

82

Eine zentrale Hassfigur ist dabei die Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Der Verfassungsartikel 20, Absatz 4 wird im Diskurs in Einzelfällen sogar zur Legitimierung von politischem Mord herangezogen, hier beschönigend als „Tyrannenmord“ bezeichnet.

im Zweifel mit dem finalen Rettungsschuß. Dafür haben wir den Artikel 20 Absatz 4, um einen Staatsstreich abzuwenden sehen namhafte Staatsrechtler auch einen Tyrannen- und Tyranninnenmord als legitim an.

83

Auch wenn das Wunsch-Modell eines zukünftigen Staates in der „Corona-Leugner“-Szene grundsätzlich diffus bleibt, ist doch deutlich zu erkennen, dass die Vorstellungen in einer Willkür-Herrschaft münden würden, in der politische Gegner im Zweifel ermordet werden. Diskurse wie die hier ausgewerteten sind daher grundsätzlich ein Anzeichen für eine verfassungsfeindliche Gesinnung und bieten Ansätze für die weitere Radikalisierung ihrer Anhänger.

⁸² Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁸³ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Die allgemeinen Menschenrechte

Die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte beinhaltet – neben vielen anderen Punkten – in Artikel 2, Absatz 2 den Grundsatz:

„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“

Deshalb existiert die Todesstrafe in Deutschland nicht. In der „Corona-Leugner“-Szene lassen sich jedoch Stimmen finden, die als Reaktion auf die „Corona-Diktatur“ die Wiedereinführung und Anwendung der Todesstrafe fordern.

TODESSTRAFE

Das ganze Regime und seine Speichellecker (Drosten und der Tierarzt, die GEZ-Hetzer) vor ein Volksgericht (nicht die teilweise gekauften BRD-Richter mit Parteibüchern von SPD, Grünen und der Merkelpartei wie Habarth) bestehend aus rechtschaffenen Bürgern, die auf Zeit (max. 2 Jahre) dafür abgestellt werden.

84

Die Todesstrafe soll zielgerichtet auf die Repräsentanten des jetzigen Staates und seine „Unterstützer“ angewendet werden. Hiermit sind nicht nur Politiker gemeint, sondern auch Personen, die in der „Leugner“-Szene generell als Hassfiguren gelten, da sie mit den Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung in Verbindung gebracht werden.

und vergessen werden, sondern die Täter müssen zur Verantwortung gezogen werden und zwar mit drakonischen Strafen (denn wenn nicht kommen die in 10 Jahren wieder mit einem Staatsstreich um die Ecke). Ich persönlich halte die Todesstrafe für angemessen. Und wer jetzt sagt, das

85

Die Forderung nach einer Einführung der Todesstrafe mit dem Ziel, sie als politisches Instrument einzusetzen, deutet auf ein mangelndes Verständnis für Menschenrechte hin. Sie ist in diesem Zusammenhang als Anzeichen für eine Verfassungsfeindlichkeit zu bewerten.

⁸⁴ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁸⁵ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Verstöße gegen den Gedanken zur Völkerverständigung

Der Gedanke der Völkerverständigung stellt insbesondere auf die Wahrung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland ab.

Antisemitisch-geprägte Diskurse, zum Beispiel im Rahmen von Verschwörungsmythen, können auf eine Delegitimierung des Staates Israel abzielen. Auch das Diffamieren anderer Staatsbürger kann dem Gedanken der Völkerverständigung widersprechen.

So gibt es ausländische Staatsbürger, die häufig in den Diskursen der „Corona-Leugner“ auftauchen und als absolute Feindbilder gelten. Sie repräsentieren für „Corona-Leugner“ als Einzelpersonen die vermeintliche Weltverschwörung, die hinter der Corona-Pandemie stecken soll. Als Personen werden regelmäßig Bill Gates und George Soros genannt.

Menschen aus Afrika und Zentralasien, ebenso wie aus muslimisch-geprägten Ländern, tauchen in den Diskursen ebenfalls als potenzielle Gefahr in Erscheinung. Auch sie werden als Teil der Weltverschwörung angesehen, wenn auch nicht selber handelnd, sondern als Instrument. Gerade an diesem Punkt bieten sich Anknüpfungspunkte an rechtsextremistische Diskurse an.

Sie planen, die Weltbevölkerung mit dem Impfgift von 7 auf 0,5 Mrd zu reduzieren. Es soll also laut Gates & Co. nur jeder 14. überleben. Und die sollen dann nichts besitzen laut Schwab. Und glücklich sein, den Weltholocaust von Gates überstanden zu haben, war wohl so gemeint von Schwab? In Deutschland würden knapp 6 Mio. von 82 übrigbleiben. Und "dank" Migrationspakt soll dann mit Afrikanern und Afghanen aufgefüllt

86

In den Diskursen der „Corona-Leugner“ war aber keine eindeutige Positionierung zu Muslimen erkennbar. Wie bereits zuvor werden sie von einigen als grundsätzliche Gefahr wahrgenommen. Der Islam wird als Religion strikt abgelehnt.

Also ich kann mit dem Islam nix anfangen. In deren Büchern steht u.a., dass so Leute wie ich getötet werden sollen, wenn sie den Islam nicht annehmen. Für mich ist diese "Religion" ganz klar gefährlich und ganz weit davon entfernt, was man unter verfassungskonform bezeichnet.

12:40

87

⁸⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁸⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Andererseits gibt es aber auch die Stimmen im Diskurs, die sich gegen eine pauschale Islam-Feindschaft aussprechen.

Lass es bitte. Rechte Hetze, Ausländerfeindlichkeit und religionhass hat ihr keinen Platz. Wir sind für Frieden Freiheit und Demokratie für alle Menschen. Ohne Hass und Ausgrenzung

13:00

88

An diesem Punkt ist das Bild über die Diskurse der Szene nicht einheitlich.

Verbreitung von Verschwörungsideologien

Der Glaube an im Kern verfassungsfeindlich ausgerichtete Narrative ist für die Bewertung der Diskurse von großer Relevanz.

Durch die Überzeugung, eine verborgene Wirklichkeit aufgedeckt zu haben, besteht die Gefahr, eine Toleranz für politisch motivierte kriminelle Handlungen zu erzeugen. Ein typischer Mythos ist dabei der Glaube an den „Great Reset“.

beendet sind und nen Jahr später was anderes kommt ? Ist wirklich corona das Problem ? Oder ist es nur ein Symptom eines größeren Plans (Great reset z.b.?)

89

Diejenigen Verschwörungsmythen, die in der Pandemie nur einen Vorwand zur Aufhebung der Grundrechte sehen, die Legitimität der Verfassungsorgane bestreiten, hieraus ein Widerstandsrecht ableiten und eine verfassungsgebende Versammlung einberufen wollen, zielen eindeutig auf die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab.

In letzter Konsequenz ergibt sich daraus ein Gefährdungspotential für den Bestand der Verfassungsordnung und ihrer Institutionen. Dabei handelt es sich auch nicht um eine abstrakte Gefahr, wie das versuchte Eindringen von Demonstranten in das Reichstagsgebäude im September 2020 gezeigt hat. Auch die Kooperationssondierungen von Vertretern der „Querdenken“-Bewegung mit Vertretern der Bewegung „Königreich Deutschland“ – eine Bewegung der Reichsbürger – zeigen dies deutlich auf.

Der Rückgriff auf antisemitische Stereotypen ist zudem explizit gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet. Dies ist der Fall beim Narrativ, dass der Ausbruch der Corona-Pandemie im Interesse von George Soros sei – wobei auf

⁸⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁸⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

seinen jüdischen Hintergrund angespielt wird. Das gilt zudem für alle Verschwörungsmymen, in denen bestimmte Ethnien als Profiteure respektive Verursacher einer Pandemie und den damit verbundenen Folgen negativ charakterisiert werden.

Neben den reinen Anspielungen gibt es aber auch eindeutig antisemitische und volksverhetzende Propaganda in „Corona-Leugner“-Netzwerken. Die unten stehende grafische Hetz-Propaganda ist dabei eindeutig in ihrer Sprache.



90

⁹⁰ Quelle: WhatsApp-Gruppe, gesichert am 12.04.2021

Auch Verweise auf „Rothschild“ sind ein eindeutiger Beleg für antisemitische Stereotype, neben den weiteren volksverhetzenden Aussagen über Juden allgemein.

Einfach mal darüber nachdenken....

BRD ist nicht Deutschland! Die BRD ist eine Judenrepublik, gegründet von Rothschild mit dem Ziel das Deutsche Volk zu belügen, auszurauben, zu vermischen und jetzt mit Giftspritzen nach Kaufman-Plan zu vernichten! Jeder BRD-Politiker mit Einfluss auf deutschem Boden ist ein Jude! Sie sind die besten Schauspieler und Lügner, dabei sieht man sehr offen, zu welchem Gott sie beten! Die Lügenpandemie soll ihre Jewish World Order (NWO) einleiten! Der Jude ist der Feind aller freien Völker, nicht nur der Feind der Deutschen!

91

Die Ablichtung eines Flyers deutet ebenfalls auf antisemitische Verschwörungsmmythen hin, die hinter der Corona-Pandemie gesehen werden.



92

⁹¹ Quelle: WhatsApp-Gruppe, gesichert am 12.04.2021

⁹² Quelle: Twitter, gesichert am 10.02.2021

Die Kommentare im folgenden Diskurs beziehen sich auf den Fortgang der Impfkampagne in Israel. Das nicht ausgeschriebene Wort „Ju...“ meint in diesem Kontext eindeutig „Juden“.



93

In diesem Kontext kommt es auch zu Rückgriffen auf Verschwörungsnarrative, die in den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie den Beginn einer Diktatur wähen und insbesondere eine Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus vornehmen.

Naja... ich finde den Begriff "nationalsozialistisch" schon passender weil wir es zumindest auf dem Papier mit einer konservativen-sozialistischen Regierung zu tun haben die Andersdenkende sowie Minderheiten (Menschen die aus gesundheitlichen Gründen keine Maske tragen dürfen) als Verweigerer ihrer Maßnahmen/Befehle gezielt ausgrenzt, bekämpft, verfolgt, mit Propaganda verunglimpft, zensiert, ihre Werke "verbrennen" lässt (um Geschichte und Wissen zu verfälschen und zu manipulieren und die Wahrheit zu verbergen) und die Bevölkerung gegen diese Menschen aufhetzt. Das hat deutliche Züge der NS-Zeit.

94

Insbesondere Verschwörungsmmythen finden in den Diskursen der „Corona-Leugner“-Szene eine weite Verbreitung. Hierbei werden nicht nur abstrus wirkende Mythen weitergetragen – wie zum Beispiel die Annahme, dass das Corona-Virus durch 5G-

⁹³ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 23.02.2021

⁹⁴ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Mobilfunkmasten verbreitet wird. Auch antisemitische und volksverhetzende Verschwörungsmenchen gehören zum Szene-Repertoire.

Versuch der Einflussnahme auf Staatsbedienstete

Vertreter des Staates – hier Staatsbedienstete in verschiedenen Funktionen – werden von „Corona-Leugnern“ aus verschiedenen Winkeln in den Blick genommen.

Einerseits geht es in den Diskursen um allgemeine Einschüchterungsversuche. Diese können sehr abstrakt sein, indem bestimmte Gruppen generell beleidigt werden. Zielgruppe sind mittlerweile häufig Polizeibeamte.

haben sie eskaliert, auch in Dresden und in Stuttgart. Diese Polizei ist zum Schädling geworden, bei Araberclans pissen und kacken die sich die Uniform voll und bei deutschen Bürgern, die die Diktatur beenden wollen, pfeffern und kesseln sie. Wobei die in Stuttgart nur normale Hüte getragen

95

und. Diese Polizei ist nicht reformierbar, das ist eine hirn- und herzlose Knüppeltruppe wie die Vopos und wie die SS. Die befolgen jeden Befehl.

96

Ein funktionierender Staat braucht zwar eine Polizei, aber eine rechtsstaatliche. Diese SS-Banditen, die auf Befehl alles tun, braucht kein Schwein. Raus mit diesem Abschaum. Und den "Staatsschutz" (Politische

97

Daneben gibt es aber auch die Benennung von Einzelpersonen, die als konkretes Drohsignal an die jeweils namentlich genannte Person verstanden werden kann.

eröffnet wird. Und in Düsseldorf geht es diesem Polizeihauptkommissar [REDACTED] an den Kragen. Und mit dieser Richterin [REDACTED] werden wir auch noch fertig. Und wir wissen genau, daß die

98

Ein vollkommen anderer Aspekt sind Versuche, bestimmte Gruppen einzubinden und zu umwerben. So wird in den Diskursen der „Corona-Leugner“ grundsätzlich die Notwendigkeit eines Militärputsches in Erwägung gezogen.

⁹⁵ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁹⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁹⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

⁹⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

ausgesetzt ist.. das Heer ansprechen das Volk und die Ordnung zu verteidigen und einen Militärischen Putsch ansterben.

12:06

99

Hierbei wird propagandiert, dass dazu Unterstützer in der Bundeswehr nötig wären, so dass Soldaten als potenzielle Anhänger angesprochen werden. Dies geschieht einerseits unter dem vermeintlichen Schutzaspekt. Die Bundeswehr soll die Bürger vor den Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen des Staates schützen.



100

In anderen Diskursen geht es jedoch direkt um Gewalt und den Sturz des bestehenden Systems.

Deutschland muß leben und Merkels BRD verrecken! Reservisten, Ihr habt geschworen, das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen und der letzte Teil des Eides ist der entscheidende. Beseitigen wir diesen Unrechtsstaat, diesen Stasistaat, diesen Polizeistaat BRD!

101

In den Diskursen der „Corona-Leugner“ lassen sich mittlerweile Personen feststellen, die zumindest behaupten, ehemalige Soldaten zu sein und nunmehr auf der „richtigen“ Seite zu stehen.

Als ehemalige Stabsunteroffizier der Bundeswehr habe ich im Seminar Menschenführung gelernt, das jeder Befehl der gegen die Menschenwürde verstößt rechtswidrig ist! Ich stehe noch heute zu meinem Eid, die Heimat gegen den Feind zu verteidigen! Und der Feind heisst Merkel und Schergen, die gegen unser Grundgesetz

102

Bei einem Netzwerk mit dem Namen „Polizisten für Aufklärung“ wird auf den Verschwörungsmythos des „Great Reset“ Bezug genommen. Die Polizei soll außerdem auf dem „Weg aus dem totalitären Regime“ begleitet werden.

⁹⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹⁰⁰ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 28.04.2021

¹⁰¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹⁰² Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 06.05.2021



103

Dies ist sinngemäß ein Aufruf, seinen Amtseid auf die Verfassung zu brechen und zu den „Corona-Leugnern“ überzulaufen. Folge wäre das Entstehen eines bewaffneten, revolutionären Potenzials.

Als Feind der „Corona-Leugner“ ist in den Diskursen mittlerweile auch der Verfassungsschutz präsent. Ihm wird mit der „Zeit des Schwertes“ gedroht, was vermutlich als Kampf oder Bestrafung zu interpretieren ist.

An alle Verfassungsschützer, die hier mitlesen: Ihr seid nicht ma...
Die machen sich zu Komplizen von Verbrechern (Staatsstreich, mehrfacher Grundgesetzbruch, Verfolgung Unschuldiger) und sind somit selbst Verbrecher, die gemäß Artikel 20 Absatz 4 mit allen Mitteln bekämpft werden müssen. Die Zeit der Appelle ist vorbei, die Zeit des Schwertes bricht nun an. Seid gewiß, der Feind wird in

104

Sowohl die Bedrohung von Staatsbediensteten als auch die Umwerbungsversuche sind eine Bedrohung für die Funktionsfähigkeit des Staates. Sie zeigen, dass es den „Corona-Leugnern“ nicht allein um die Verbreitung ihrer Botschaften geht, sondern dass konkrete Handlungen gegen das „verhasste System“ in Betracht gezogen werden.

¹⁰³ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 28.04.2021

¹⁰⁴ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 06.05.2021



Die Bedrohung von Personen stellt dabei ein perfides Mittel der Einflussnahme dar. Versuche, in Polizei und Bundeswehr gezielt Unterstützer zu werben, können als staatszersetzend bezeichnet werden, da sie die Funktionsfähigkeit des Staates untergraben sollen. Überlegungen zur Durchführung eines Militärputsches sind staatsumstürzlerisch und eindeutig verfassungsfeindlich.

Versuch der Beeinflussung bzw. Einschüchterung von Mandatsträgern

Ganz gezielt wird in den Diskursen der „Corona-Leugner“ auf politische Mandatsträger abgehoben. Bei den von dieser Szene so bezeichneten „Alt-Parteien“ werden keine Werbungsversuche unternommen – es geht um reine Einschüchterung. Ein Mittel dazu ist das Präsenzzeigen vor Privat-Adressen von Politikern.

Vor allem müssen die Demonstrationen vor den Wohnungen der Bundestagsabgeordneten stattfinden! Diese sind zu großen Teilen bekannt.

105

Wir werden denen den Wahlkampf zur Hölle machen. Die Spahn-Tour letztes Jahr oder die legendäre Austreibung des Teufels Maas am 1. Mai 2016 in Zwickau werden sich vieltausendfach wiederholen. Übrigens was

106

System ja, aber diesen Schergen nicht den Hauch einer Chance bieten. Ich halte es für am sinnvollsten, als Warnung (gelbe Karte) Versammlungen vor Politikerwohnungen durchzuführen und ihnen wieder Demut vor dem Volk einzuflößen. Nutzen sie ihre Chance nicht und lassen die Versammlungen

107

Der Informationsaustausch zu Adressen ist daher offensichtlich Teil des Szenediskurses.

Man muß es privat regeln, aber noch nicht jetzt sondern wenn das System erodiert. Und in dieser Situation sind Adressen und Fotos eine Währung so wertvoll wie Gold. (Wenn das nicht so wäre warum hat sich "unser"

108

Darüber hinaus werden Politiker als „Feinde“ betrachtet und abstrakt mit dem Tod bedroht.

¹⁰⁵ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹⁰⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹⁰⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹⁰⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Wer aber eine Krise und Tote provoziert oder eine gegebene Krise verschärft und damit Tote produziert, um eine unkontrollierbare EU- oder Weltherrschaft der Oligarchen aus Big Tech, Big Pharma und Big Banking zu installieren der hat nach Artikel 20 Absatz 4 sein Lebensrecht verwirkt.

109

In der "Corona-Leugner"-Szene ist insgesamt ein stark verrohter Diskurs festzustellen, der bis hin zu dem Wunsch der Auslöschung des politischen Gegners reichen kann. Wer eine solche Position vertritt, ist für eine zivilisierte politische Auseinandersetzung verloren und mit hoher Wahrscheinlichkeit in einem fortgeschrittenem Stadium der Radikalisierung. In jedem Fall ist eine Verfassungsfeindlichkeit festzustellen.

Umgang mit Medienvertretern

Medienvertreter sind generell Ziel von Anfeindungen aus der "Corona-Leugner"-Szene. Sie werden als "Handlanger" des "Systems" angesehen. Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in der "Corona-Leugner"-Szene verhasst. Seine komplette Abschaffung wird häufig gefordert.

Warum wundert es mich kein bißchen, daß jede Sau, die durch die Lumpenmedien dieses Siffstaates Merkel-BRD gejagt wird, von Inkompetenz und Propaganda nur so strotzt und der Wahrheitsgehalt eben dieser Lumpenpresse nicht erst seit Hitler-Tagesbüchern im Stern (1983) Relotius (beim Spiegel) auf dem absoluten Nullpunkt angekommen ist? Jeder, der das noch unterstützt, sei es durch den Kauf oder das Abo einer Zeitung oder durch die Zahlung der GEZ-Gebühr, macht sich mitschuldig an diesen Propagandaverbrechen. (Und nein, man kommt nicht in den

110

Verbunden werden die Anfeindungen gegenüber den Medien mit dem Kampfbegriff "Lügenpresse". Ihre Vertreter werden als "Feinde" angesehen.

¹⁰⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹¹⁰ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

Und diesem erklärten Feind Lügenpresse gefallen wollen? Nein. Wenn die Wirtschaftskatastrophe kommt (die Frage ist nicht ob, sondern wann) und jede 4. Firma pleite geht (manche vermuten noch mehr) und auch die Banken und die Währungen crashen, die Arbeitslosenzahlen so hoch werden, daß die Arbeitslosenversicherung das nicht mehr bezahlen kann, der Staat dann nicht gedecktes Geld in den Markt wirft, dann wird das wie 1929 und 1933 werden. Und dann (leider erst dann) wird das Volk merken, von wem es jahrelang belogen wurde und dann werden die Pressehitzer zur Verantwortung gezogen.

111

Letztlich wird dadurch Gewalt gegen Medienvertreter gerechtfertigt.

Es ist auf Demonstrationen von „Corona-Leugnern“ bereits zu körperlichen Angriffen auf Medienvertreter gekommen, so dass diese Diskurse nicht im luftleeren Raum stehen. Sie entfalten in der Realität Wirkung und stacheln andere Menschen an.

Der Angriff auf die Freiheit der Medien ist ein Merkmal für Verfassungsfeindlichkeit.

Relativierung der NS-Zeit und des Holocaust

Sehr bedenklich sind fortlaufende Versuche der „Corona-Leugner“, die eigene Situation mit der Verfolgung von Juden in der Zeit des Nationalsozialismus gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung wird sowohl in den Diskursen, als auch in der Bildsprache deutlich.

Ein weit verbreitetes Symbol ist dabei der gelbe „Judenstern“, der auf die Corona-Pandemie umgedeutet wird.



112



113

Dem Rechtsstaat wird unterstellt, in einer direkten Tradition zur NS-Zeit zu stehen.

¹¹¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹¹² Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹¹³ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

.Die 13.000.000 NS Anhänger der SS, SA, GeStaPo etc, Richter und Minister sind durch eine Hintertür im Gesetz wieder an die Macht gekommen. Die dazugehörigen NAZI's (Nationale Zionisten) auch! Hätte man es 1945 richtig gemacht anstatt noch Millionen deutsche

114

Die diversen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie werden dabei mit den „Ermächtigungsgesetzen“ aus dem Jahr 1933 gleichgesetzt, die zur Machtübernahme der Nationalsozialisten führten.



115

In einigen Diskursen werden die Pandemie-Schutzmaßnahmen sinngemäß mit dem Holocaust gleichgesetzt. So werden Impfungen als „Vernichtungskrieg“ bezeichnet.

Gen-Impfstoff. Warum "geheime Orte"? Weil die Impfungen Waffen sind und sie einen Vernichtungskrieg gegen euch vollenden wollen!

116

Die Gleichsetzung des deutschen Rechtsstaats mit dem NS-Regime dient der De-Legitimierung des Staates. Die Gleichsetzung der eigenen Situation mit der Zeit der Juden-Verfolgung ist noch bedenklicher, da die Verbrechen der NS-Zeit dadurch relativiert werden. Es entsteht ein sehr verqueres Geschichtsbild, das Ansätze für diverse Verschwörungsmymen und verfassungsfeindliche Botschaften bietet.

¹¹⁴ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹¹⁵ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹¹⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Legitimierung von Gewalt

Während die Vorstellungen von einem alternativen Staatsmodell in den Diskursen der „Corona-Leugner“ sehr diffus und vage bleiben, sind die Überlegungen zur Ausübung von Gewalt äußerst konkret. Sie nehmen einen breiten Raum in den Diskursen ein und zeigen in eindrücklicher Art und Weise die Sympathie für politisch-motivierte Gewalt, die von Teilen dieser Szene propagandiert wird. Da Diskurse handlungsvorbereitend sind, ist dem Thema Gewalt in verfassungsfeindlichen Szenen immer ein ganz besonderes Augenmerk zu widmen. Ausgangspunkt für die Legitimierung von Gewalt ist die De-Legitimierung des derzeitigen demokratischen Staatssystems. Ein diskursives Mittel dabei ist die Gleichsetzung der staatlichen Institutionen mit den Institutionen der DDR.

Bundesregierung->Politbüro, Bundeskanzlerin->Staatsratsvorsitzende, Polizist->Vopo, politische Bildung->Staatsbürgerkunde usw. usf.

117

Sie wollen einen neuen 17. Juni 1953. Und vergessen, daß sie diesmal keine Sowjetkommunisten rausbauen werden. Damals brannten die Parteibüros der herrschenden Partei SED.

118

Dazu noch das im Frühjahr erlassene Ermächtigungsgesetz, "Corona-Verordnung" genannt, um den letzten Freiheitswillen des Deutschen Volkes zu brechen.
Willkommen in der DDR 4.0

119

In Teilen geht es abstrakt um Gewalt, die legitimiert wird, dabei aber noch nicht in physischer Vernichtung des Gegners enden muss.

Keine Ahnung, ob Querdenken "kollaboriert." Aber der nächste Schritt wäre ja Gewalt. Vor allen völlig unorganisiert! 棍 Man müsste mal Straßen, Autobahnen ect. zustellen. Oder einfach mal den ARSCH HOCHHEBEN und

120

Bewaffneter Widerstand, ab in den Untergrund, den Eullen sämtliche Reifen aufschlitzen Tag für Tag

121

¹¹⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹¹⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹¹⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹²⁰ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹²¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Daneben gibt es in den Diskursen aber auch zahlreiche Beispiele von Überlegungen, die sehr konkret auf körperliche Gewalt abzielen. Das Spektrum der Personen, gegen die Gewalt angewendet werden soll, ist dabei sehr weit gefächert.

Da den „Corona-Leugnern“ die derzeitige Ordnung ein Dorn im Auge ist, wird die Polizei beleidigt und delegitimiert. Mit „GG“ ist hier das Grundgesetz gemeint.

Diese ""Polizei"" hat in ihren Wohnungen sicher viele verbotene Symbole, die sie anbeten. Und mit den Artikeln des GG's wischen sie sich DEN ARSCH AB.

122

Explizit wird Polizeibeamten auch der Tod gewünscht bzw. abstrakt angedroht. Grund hierfür ist die Schutzfunktion der Polizei für die öffentliche Ordnung.

Ja, aber es gibt auch solche. Und wenn die Einsicht nicht hilft, hilft Prügel. Wegen der Paranoia dieser Spinner nicht mehr frei atmen zu dürfen ist unerträglich. Und diese feigen Ratten würden sich niemals so aufspielen wenn die Polizei sich nicht zum verlängerten Arm der Diktatur mißbrauchen lassen würde.

123

heute bedauerlicherweise kein Mitleid, "liebe" hier mitlesenden Polizisten. Wer sich gegen das eigene Volk wendet, hat alle Rechte verwirkt.

124

Als Alternative zur Polizei wird die Gründung von Bürgerwehren in Erwägung gezogen.

Sollten die Bürger in NRW eine Bürgerwehr zum Schutz der Demonstrationen der Rechte auf Freiheit und der Demonstranten gründen?

← 1 12:02

125

Die Rache wird grausam sein, denn sie muß es. Der Souverän, das Volk, muß härteste Strafen verhängen, will es seine Unterdrückung beenden muß es seine Unterdrücker in Ketten legen. Wir brauchen eine neue Polizei aus dem Volk. Nur Bürgerwehren aus dem Volk haben noch Legitimation, die kadavergehorsamen Schergen des Merkelstaates und der Globalisten müssen für ihren Verrat am Volk zur Rechenschaft gezogen werden.

11:55

126

¹²² Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹²³ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹²⁴ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹²⁵ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹²⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

Aber bewaffnete Bürgerwehr. Nicht nur mit Worten reagieren.

07:13

127

Auch Denunzianten („Verrätern“) wird Gewalt angedroht.

Solche Typen (alle Denunzianten) müssen grün und blau geschlagen aus der Bahn geworfen werden. Verbündete suchen, Kameras abdecken und druff!

128

Perfides Mittel des politischen Kampfes ist die Erstellung sogenannter „Feindeslisten“. Mittels solcher Listen sollen politische Gegner geoutet und für „vogelfrei“ erklärt werden. Implizit ist mit der Veröffentlichung solcher Listen der Wunsch verbunden, dass den genannten Personen Schaden zugefügt wird. In letzter Konsequenz wird der Tod der genannten Personen billigend in Kauf genommen.



129

Sehr ausgeprägt sind Gewaltaufrufe gegen Politiker, die mit den Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie öffentlich besonders in Verbindung gebracht werden. Ein Feindbild ist dabei Bundeskanzlerin Angela Merkel, aber auch Bundesgesundheitsminister Spahn wird häufig mit abstrakten Todesdrohungen bedacht. Mit „Stauffenberg“ ist das missglückte Attentat auf Adolf Hitler im Jahr 1944 gemeint. Sinngemäß wird nach einem Attentäter aus der Bundeswehr gesucht, der Angela Merkel umbringen soll.

¹²⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹²⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹²⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 28.04.2021



Mistkröte hält uns jetzt seit 4 1/2 Monaten eingeschlossen. Gibt es keine Stauffenbergs mehr bei Militär und Polizei, die diese mörderische Merkelplandemie mit einem beherzten Hieb beenden könnten? Stattdessen wird die Diktatur immer weiter verstetigt und vertieft. Macht endlich Schluß mit dieser Drecksmerkel und verhaftet die Bestie!

130

Auch Ideen und Pläne zur Bewaffnung kursieren in der „Corona-Leugner“-Szene und erhöhen damit das allgemeine Gefahrenpotenzial.

Also demnächst nur noch mit Reizgas und Schusswaffe nach draußen gehen

← 1 bearbeitet 06:39

131

Hier ist zu berücksichtigen, dass Diskurse das Handeln vorbereiten. Die Diskurse zur Gewalt in der Szene tragen in besonderem Maße zur weiteren Radikalisierung bei. Sie können bei Einzelpersonen tatanleitend wirken. Mittel- bis langfristig können gewaltlegitimierende Diskurse zur Gründung terroristischer Strukturen führen, insbesondere dann, wenn radikale Anhänger einer Szene den Eindruck gewinnen, mit den bisherigen Mitteln des politischen Widerstands keinen Erfolg zu haben.

Gewalt-Diskurse sind daher in einem hohen Maße relevante Kriterien für die verfassungsschutzrechtliche Bewertung einer Szene und ein konkreter Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen.

Ablösung des Staates

Sehr konkret ist in einigen Diskursen der „Corona-Leugner“-Szene der Wunsch nach einer Abschaffung des Staates in seiner jetzigen Form verbreitet. Der deutsche Rechtsstaat wird hierbei häufig nur als „System“ bezeichnet. Damit ist nicht nur die aktuelle Regierung gemeint, sondern die Staatsordnung generell und damit sinngemäß auch das Grundgesetz.

Die Einforderung eines „Friedensvertrages“ entstammt dem Diskurs der „Reichsbürger“. Diese gehen davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht existiert und eine Erfindung der westlichen Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen ist.

¹³⁰ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹³¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Guten Morgen ihr Lieben,

am Samstag fahren viele von uns nach Berlin um für unser Freiheit und unser Recht zu demonstrieren.

Es ist sehr wichtig, dass ihr euch alle Plakate macht auf dem unsere Forderungen stehen.

Jeder kann sein Plakat so gestalten wie er es für richtig hält.

Ich habe ein paar Beispiele für euch:

- Wir sind der Souverän!
- Wir wollen einen Friedensvertrag!
- Wir wollen keine Neuwahlen!
- Wir brauchen eine gerechte Justiz!
- Sofortiges Ende der Maskenpflicht!
- Rücktritt aller Parteien!

Und wichtig ist, dass wir zu den Botschaften gehen und einen Friedensvertrag fordern und dann zum Reichstag um eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Wir sind der Souverän!

132

Die tatsächliche Intention der „Corona-Leugner“ wird oftmals hinter einer sehr positiv formulierten Botschaft versteckt. In den Diskursen ist häufig nicht von einer Abschaffung des jetzigen Systems, sondern von einer Wiederherstellung des Grundgesetzes und einer Abschaffung der („Corona“-) Diktatur die Rede. Die „Wiederherstellung der Souveränität“ ist ebenfalls dem Sprachgebrauch der Reichsbürger entlehnt.

¹³² Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Moin, [REDACTED]. Die Gründe warum ich auf die Straße gehe, kann man in kurzfristige und langfristige Ziele gliedern:

kurzfristige Ziele

- 1.) Aufhebung aller Corona-Schutzmaßnahmen,
- 2.) Verurteilung der verantwortlichen Politiker, Medienangehörigen und Wirtschaftsvertretern,
- 3.) Entschädigung der betroffenen Menschen sowie des Mittelstands für die entstandenen Schäden,
- 4.) Wiederherstellung der rechtstaatlichen Ordnung gem. Grundgesetz.

langfristige Ziele

- 5.) Direkte Demokratie und Ausweitung des Föderalismus selbst auf Städte-Ebene.
- 6.) Überwachungsinstanzen etablieren um Verbindungen zwischen Regierung, Wirtschaft und Medien zu verhindern.
- 7.) Souveränität Deutschlands wiederherstellen (kein Zentralismus mehr!)

133

Als Alternative wird in der Szene häufig von Russland geredet. China dagegen wird eher negativ dargestellt. Insbesondere das Systems der sozialen Überwachung, das China auch zur Eindämmung der Corona-Pandemie genutzt hat, fürchten die „Corona-Leugner“.

Ich weiß schon, warum ich mit den Behörden der BRD genausoviel zu tun haben möchte wie mit dem Islamischen Staat... Da finde ich Putin und Rußland erheblich vertrauenswürdiger!

134

Das zeigt anschaulich, wie in der Szene der Schwenk vom Thema Corona hin zur Staatsordnung bewusst vollzogen wird. Die Aussage, dass Politiker alle zurücktreten und die „Machtzentrale für das Volk“ freigeben sollen, ist letztendlich die Forderung nach einem Umsturz des Staates in seiner jetzigen Verfasstheit.

¹³³ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹³⁴ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Land". Wir sagen, es geht schon lange nicht mehr nur um das C-Thema. Die Fronten hierzu sind klar, wer sich bis jetzt noch immer hinter seiner Angst versteckt, wird wohl auch so schnell nicht hervorkommen. Aber was uns (fast) alle eint, ist der Frust gegen diese Politik, gegen die Politiker und gegen das System. Wärt ihr bereit, zusammen in eine neue Ära der Demonstrationen einzutreten? Weg vom C-Thema und hin zur Forderung, dass unsere Politiker zurücktreten und die Machtzentrale für das Volk freizugeben? Ich denke, die Zeit ist reif und es ist auch notwendig.

135

Daneben sind auch zahllose Belege in den Diskursen zu finden, die in sehr einfachen und eindrücklichen Worten die Bekämpfung oder sogar Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates fordern und nicht mit versteckten Formulierungen arbeiten.

Genickbruch dem Merkelregime!

136

an: Wir lieben dieses Land, aber wir hassen diesen Staat!

137

entscheidende, der auf unser Volk und dessen Recht und Freiheit) - Weg mit der undeutschen BRD!

138

Was Du sagst, wurde auch in Kassel angesprochen. Wir brauchen ein NEUES SYSTEM! Angenommen WIR gewinnen, dann wird das alte System,

139

Bürgerwehr klingt auch gut...das Gewaltmonopol müssen wir einseitig aufkündigen und Widerstand per Nadelstichtaktik anwenden, Stosstangentaktik dann erst wenn wir personell

140

Gewalt darf nie an erster Stelle stehen. Aber was ist, wenn die bereits bestehende Diktatur nicht anders aufzuhalten ist? Art. 20. GG. POLIZEI Führung und die Führung der Bundeswehr ist gefragt und sollten sich schnellstens an ihren Eid erinnern.

← 1 09:00

141

Restriktionen in den Vordergrund zu stellen. Konzepte für eine Neuanfang nach dem Sturz des herrschenden Verbrecher-Regimes können dann immer noch erarbeitet werden. Ein Schritt nach dem anderen.

142

¹³⁵ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 17.03.2021

¹³⁶ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹³⁷ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹³⁸ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹³⁹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021

¹⁴⁰ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Hetze gegen den deutschen Staat und seine Regierung, Aufrufe zum gewaltsamen Sturz der Regierung oder zur Abschaffung der Staatsordnung können grundsätzlich nicht mit der Verfassung in Einklang gebracht werden. Entsprechende Aufforderungen sind per se verfassungsfeindlich und ein Kernelement politisch extremistischer Diskurse. An solchen Stellen liegen konkrete Anhaltspunkte für Bestrebungen vor, die der Verfassungsschutz als Hüter des demokratischen Rechtsstaates beobachten muss.

Bewertung

Bei den „Corona-Leugnern“ handelt es sich um eine diffuse Szene, die sich vor allem in sozialen Netzwerken im Internet organisiert und austauscht. Die dort beobachteten Diskurse deuten eindeutig daraufhin, dass Teile dieser Szene verfassungsfeindliche Diskurse verbreiten und eine Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates anstreben. Dazu wird von ihnen grundsätzlich auch das Mittel der politisch-motivierten Gewalt gegen Andersdenkende in Betracht gezogen. Untermuert wird dieser Wunsch durch die weit verbreiteten Verschwörungsmymen, die als Legitimation zur Bekämpfung des „Systems“ herangezogen werden.

Unklar sind in der „Corona-Leugner“-Szene die Vorstellungen von einem alternativen Staatsmodell. Oftmals ist die Rede davon, den Staat wiederherzustellen. Dies suggeriert allerdings, dass der Rechtsstaat derzeit nicht existieren würde. Daneben sind Diskurse festzustellen, die eindeutig auf einen Staatsumsturz und die Eliminierung der „Eliten“ abzielen. Was danach folgen soll, bleibt vage.

Während in der „Corona-Leugner“-Szene somit kein vollständig strukturiertes extremistisches Weltbild vorliegt, sind in Teilbereichen verfassungsfeindliche Aussagen eindeutig belegbar. Diese sind nicht repräsentativ für alle „Corona-Leugner“, aber unbestreitbar Teil des Diskurses. Bestrebungen, die sich diesen ideologischen Diskursen anschließen oder diese gar befördern, müssen vom Verfassungsschutz betrachtet und in Teilen beobachtet werden.

Insbesondere dort, wo gezielt Gewalt legitimiert oder dazu aufgerufen wird, ist ein Fortschreiten von Radikalisierungsprozessen zu vermuten, die in die Ausübung von

¹⁴¹ Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 06.05.2021

¹⁴² Quelle: Telegram-Kanal, gesichert am 13.04.2021



Gewalt münden können. In diesen Bereichen ist eine intensivierete Beobachtung erforderlich, die bei Strafbarkeit auch polizeiliches Handeln erforderlich macht.



3. Bezüge der „Corona-Leugner“ zu extremistischen Organisationen

Einleitung

Im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags beobachtet der Verfassungsschutz Vereine, Netzwerke, Organisationen und Parteien aus dem gesamten Spektrum des politischen Extremismus. Viele dieser Organisationen verbreiten ebenso wie die „Corona-Leugner“ Verschwörungsmymen zur Untermauerung der eigenen Ideologie. Dies bewirkt eine Anschlussfähigkeit zwischen den Phänomenbereichen, insbesondere zu Organisationen im Rechtsextremismus. Im linksextremistischen Spektrum ist dagegen ein erhebliches Konfrontationspotenzial mit den „Corona-Leugnern“ festzustellen. Dazu kommen ausländische Staaten als Akteure in der Corona-Pandemie, die vor allem als Produzenten und Unterstützer von gefälschten / verfälschten Nachrichten (sog. „Fake News“) in Erscheinung treten und die Stimmungslage in den Zielländern zu ihren Gunsten beeinflussen wollen. In der Summe ergibt sich dadurch eine diffuse Lage, die in einem hohen Maße der Aufklärung bedarf.

3.1 Rechtsextremismus

Einleitung

Organisationen aus dem rechtsextremistischen Spektrum hatten in den vergangenen zwölf Monaten häufig Bezüge in die Szene der „Corona-Leugner“ hinein. So versuchten verschiedene rechtsextremistische Organisationen, das Thema Corona für sich zu besetzen. Demonstrationen und andere Aktionen der „Corona-Leugner“ wurden von Rechtsextremisten besucht und beeinflusst. Die Distanzierungs-Bemühungen aus der „Corona-Leugner“-Szene heraus blieben oft vage und unglaubwürdig.

Verbindendes Element ist die Staatsskepsis bzw. die Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates in Verbindung mit einer hohen Affinität für Verschwörungsmymen. Insbesondere antisemitische Topoi finden sich direkt oder indirekt in vielen Verschwörungsmymen wieder, die sowohl im Rechtsextremismus, als auch in der „Corona-Leugner“-Szene im Umlauf sind.



In der Summe ergibt sich dadurch ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit zwischen beiden Phänomenbereichen. Im Vergleich aller vom Verfassungsschutz beobachteten Extremismusbereiche ist die Anschlussfähigkeit der „Corona-Leugner“ zum Rechtsextremismus am größten.

Rechtsextremisten lehnen die freiheitlich-demokratische Grundordnung ab. Teile wollen ein autoritäres oder totalitäres staatliches System errichten, befürworten für diesen Zweck die Anwendung von Gewalt und fordern diese zum Teil sogar offen ein. In ihrem Systemverständnis soll nationalistisches und rassistisches Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden. Das rechtsextreme Weltbild ist gekennzeichnet durch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, völkische Ideologie, Antisemitismus, verbunden mit der Verherrlichung des NS-Regimes und der Relativierung bis zur Leugnung des Holocaust. Vorherrschend ist die Vorstellung, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum haben muss. Die Rechte des Einzelnen sind diesem größeren Wert unterzuordnen. Ein ideologisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen des Rechtsextremismus ist der Antisemitismus. Dieser kommt entweder durch offene Propaganda zum Ausdruck oder wird verklausuliert in die Diskurse eingefügt.

Die folgenden Organisationen und Parteien werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Spektrum des Rechtsextremismus zugerechnet. Im Einzelnen wird dargestellt, ob Corona-Leugnung bei ihnen eine Rolle spielt.

NPD

Kurzbeschreibung

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands („NPD““ ist die älteste aktive rechtsextremistische Partei. Sie kooperiert mit anderen rechtsextremistischen Parteien und Neonazis. Neben der Parteipolitik beteiligt sich die Partei auch an rechtsextremistischer Brauchtumpflege und versucht erlebnisorientierte Angebote für die Szene zu machen. Innerhalb der Partei existieren unterschiedliche



Strömungen, die sich unter anderem im Grad der radikalen Selbstdarstellung unterscheiden.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die „NPD“ hat ein breites Spektrum an Verschwörungsmythen in ihrer Ideologie und ihrer Propaganda. In wesentlichen Teilen handelt es sich hierbei um Verschwörungen, die antisemitische und geschichtsrevisionsistische Topoi beinhalten.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Zunächst befürwortete die „NPD“ die staatlichen Anti-Corona-Maßnahmen und sagte eigene Veranstaltungen ab. Im Laufe des Jahres 2020 änderte sie ihre Strategie in Bezug auf die Corona-Pandemie. In Nordrhein-Westfalen ging sie zunehmend auf die Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen zu.

Auch virtuell versuchte die „NPD“, die Pandemie zu instrumentalisieren. Mit einer Onlineaktion am 26. April 2021 unter dem Titel "#SystemExit jetzt!" wollte die Partei öffentliche Aufmerksamkeit erzielen. Sie beabsichtigt die durch die Pandemie ausgelösten Probleme zu nutzen, um Skepsis und Gegnerschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verstärken.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Über Verschwörungsmythen und Kritik am demokratischen Rechtsstaat bestehen grundsätzlich Überschneidungen zwischen Themen der „Corona-Leugner“-Szene und der „NPD“. Allerdings wirken die extremen politischen Ansichten und der offen völkische Charakter auf einen Großteil der „Corona-Leugner“ eher abschreckend. Auch die seit langem bestehende öffentliche Stigmatisierung der „NPD“ im politischen Raum hat einen Abschreckungs-Effekt. Eine direkte und unmittelbare Kooperation ist daher eher unwahrscheinlich. Es wird jedoch weitere Versuche der „NPD“ geben, die „Corona-Leugner“-Szene zu infiltrieren und für die eigenen politischen Zwecke zu instrumentalisieren.



Aufbruch Leverkusen

Kurzbeschreibung

Bei der Gruppierung „Aufbruch Leverkusen e.V.“ handelt es sich um eine lokal agierende Nachfolgeorganisation von „Pro NRW“, deren Akteure sich aus der aufgelösten Partei rekrutieren. Thematisch werden die fremden- und islamfeindlichen Kampagnen von „Pro NRW“ fortgeführt. Weiterhin sucht „Aufbruch Leverkusen e.V.“ die Zusammenarbeit mit der Gruppierung „Aufbruch Deutschland 2020“ und zu Kleinstgruppierungen aus dem Umfeld der rechtsextremistisch geprägten Mischszene. Ca. 30 Personen werden ihr in NRW zugerechnet.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsideologien

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

„Aufbruch Leverkusen“ führt seit Beginn der Pandemie in regelmäßigen Abständen in Leverkusen Veranstaltungen durch, die sich mit dem Thema „Ja zum Grundgesetz / Rückkehr zur Normalität / Wiederherstellung aller Grundrechte / Lockdown beenden / Freiheit statt Dauer-Lockdown“ befassen.

Es werden „die völlig überzogenen Maßnahmen und Beschränkungen“ einschließlich „massiver Grundrechtseinschränkungen“ kritisiert.

Auch kritisiert „Aufbruch Leverkusen“ „die schleppende Auszahlung der Corona-Hilfen“; wenn „Gastwirte in Leverkusen noch Ende Februar 2021 auf ihre Novemberhilfen 2020 warteten, könne man diese Politik nur als absolutes Desaster bezeichnen“.

„Aufbruch Leverkusen“ sieht sich als Gruppierung, die „außerparlamentarisch gegen die Corona-Politik Widerstand leistet und Ansprechpartner für viele Bürger ist, die unter der aktuellen Situation leiden“.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Da „Aufbruch Leverkusen“ bereits mit anderen Organisationen und Szenen kooperiert, ist eine grundsätzliche Anschlussfähigkeit gegeben. „Aufbruch Leverkusen“ unterstützt Veranstaltungen der „Querdenker“-Szene in Leverkusen.



Der Flügel

Kurzbeschreibung

„Der Flügel“ ist eine offiziell aufgelöste, jedoch weiterhin agierende Sammlungsbewegung innerhalb der Partei Alternative für Deutschland (AfD). Sie ist der Personenzusammenschluss mit der größten Wirkungsmacht im parlamentsorientierten Rechtsextremismus. Die ideologische Ausrichtung fokussiert sich im Wesentlichen auf das völkische Konzept des sogenannten Ethnopluralismus. Damit knüpft „Der Flügel“ unmittelbar an den Entwurf einer ethnisch homogenen Gemeinschaft an, den die rechtsextremistische „Neue Rechte“ vertritt. Diese Zielsetzung versucht „Der Flügel“ zu verschleiern und stellt sich selbst als vermeintliches Sprachrohr einer bürgerlichen Mitte dar.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmithen

Unter den Mitgliedern bzw. Anhängern „des Flügels“ finden sich völkische Narrative wie „Der große Austausch“ und die korrespondierende Idee einer vermeintlich global gesteuerten „islamischen Expansion“ mittels „Landnahme“ durch Migranten. Die Zuordnung extremistischer Ideologieelemente aus der „Neuen Rechten“ ist eine Folge der Genese der Gruppierung seit dem Jahr 2015. Die ideologische Schnittmenge insbesondere zur „Identitären Bewegung“ wurde bereits in der Gründungsphase „des Flügels“ deutlich. Inzwischen finden sich Ansätze von Identifikationsmustern aller gängigen Verschwörungsmithen bis hin zu Anlehnungen an die staatsfeindlichen Theorien der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“. Der seit der Corona-Krise gleichsam als „Überschwörungserzählung“ fungierende Mythos vom „Great Reset“ (dem „großen Neustart“) als vermeintlich globales Elitenprojekt fand nicht zuletzt auf Betreiben von Flügel-Anhängern Eingang in den Entwurf des Wahlprogramms der AfD, das im April 2021 auf dem Bundesparteitag in Dresden beschlossen aber – Stand Mai 2021 – noch nicht veröffentlicht wurde. Dort heißt es beispielsweise im Antragsbuch zu dem Sachantrag „Euro und EU sind gescheitert“:

„Angesichts von Konzepten wie dem „Great Reset“ besteht zumindest der Verdacht, dass die Corona-Politik gezielt genutzt wird, um die Agenden der herrschenden Politik weiter voranzubringen...“



Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Anders als die gesamte AfD, die eine offene Positionierung im Wesentlichen vor dem Hintergrund angestrebter wahltaktischer Erfolge vermeidet, verbindet „der Flügel“ seine demokratiefeindliche Grundhaltung und die daraus resultierende Feindschaft gegenüber den Regierungsparteien auf Bundes- und Länderebene mit einer ideologischen Fundamentalopposition zu den im Rahmen der Pandemie ergriffenen öffentlichen Maßnahmen. Diese reaktive Abwehrhaltung nimmt zum Teil sektiererische Formen an und überlagert mitunter die oben genannten traditionellen Deutungsmuster innerhalb der Gruppierung. Der Dissens zum öffentlichen Meinungsbild speist sich dabei aus einschlägigen pseudowissenschaftlichen Behauptungen, die das Spektrum einer bloßen Verharmlosung bis der Negation einer pathologischen Relevanz des Corona-Virus umfasst. Hierbei reichert sich die einseitige Argumentationskette zunehmend an, so dass inzwischen ein objektiver Diskurs innerhalb des Flügels zum Themenfeld Corona nicht mehr möglich erscheint. Insofern bildet die Pandemie heute das primäre Vehikel zur Verächtlichmachung demokratischer Positionen in den sozialen Netzwerken.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Rein inhaltlich besteht eine große Anschlussfähigkeit durch „die Flügel“-Positionierung an die „Corona-Leugner“-Szene. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Flügel in hohem Maße auf die originäre Zielgruppe der bürgerlichen Mitte fokussiert ist und insofern einen entsprechenden Habitus pflegt. Die optisch erkennbare Diversität der „Corona-Leugner“-Szene dürfte eine nachhaltige Kooperation abseits temporärer Aktionsbündnisse ausschließen. Dies ist vor allem zu betrachten vor dem Hintergrund der einschlägigen Erfahrungswerte durch das Scheitern der regionalen „PEGIDA“-Derivate nach deren Übernahme durch Randgruppen.



Der III. Weg

Kurzbeschreibung

Die Partei-Gründung erfolgte zunächst unter Beteiligung einzelner ehemaliger „NPD“-Mitglieder und Neonazis aus Rheinland-Pfalz und Hessen. Als sich 2014 in Bayern ein Verbot des Neonazi-Netzwerks „Freies Netz Süd“ abzeichnete, trat ein Teil der betroffenen Neonazis in die Partei „Der III. Weg“ ein und sah die Partei als Auffangstruktur, um staatlichen Exekutiv- und Verbotsmaßnahmen zu entgehen. Die Aktivisten nutzen somit den Schutzmantel des Parteienprivilegs, um ihre neonazistischen Aktivitäten fortzusetzen.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmethoden

„Der III. Weg“ vertritt ein ideologisch gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild, das verschiedene Verschwörungsmethoden beinhaltet, die sich zum Teil ergänzen. Dazu zählen vor allem antisemitische und geschichtsrevisionistische Topoi. Vor dem Hintergrund des völkischen Nationalismus ist auch die „Erzählung“ von der „Umvolkung“ beziehungsweise dem „Großen Austausch“ vorhanden.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie und die durch die Bundes- und die Landesregierungen getroffenen Schutzmaßnahmen sind auch für diese Rechtsextremisten ein zentrales Thema. Ein Grundsatzbeitrag vom 3. April 2020 auf der Webseite der Partei „Der III. Weg“ hatte den Titel: „Das System ist am Ende“. Darin sprach sich die Partei für „revolutionäre Veränderungen“ aus. Außerdem wurden Migranten, insbesondere Flüchtlinge, zu Sündenböcken erklärt. Im Verlauf der Pandemie rief die Partei dazu auf, sich an den Protesten gegen staatliche Maßnahmen vor Ort zu beteiligen. So nahmen auch Mitglieder von „Der III. Weg“ an einer Versammlung am 6. Dezember 2020 in Düsseldorf teil. Eine Gruppe von Parteiaktivisten aus Nordrhein-Westfalen nahm an der vom „III. Weg“ am 3. Oktober 2020 in Berlin durchgeführten Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil. Im September 2021 will die rechtsextremistische Partei auch bei der Bundestagswahl antreten. Nach bisheriger Planung soll der Wahlkampf unter dem Motto „Freiheit statt Corona-Diktatur“ stattfinden.



Zum Jahreswechsel am 1. Januar 2021 startete die Partei „Der III. Weg“ ihre neue bundesweite Kampagne „Freiheit statt Corona-Impfzwang“. Im Rahmen dessen wurden erneut die verfassungsfeindliche Haltung sowie die umfassende Ablehnung der Impfstrategie des Bundes deutlich. Die Berichterstattung auf der Homepage der Partei fokussiert weiterhin auf die Thematik „Corona“ und verschmilzt regelmäßig zur allgemeinen Delegitimation der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Führungskader sehen in der Corona-Pandemie ein gesamtgesellschaftliches Konfliktfeld, von dem „Der III. Weg“ als extremistische Bewegung profitieren will.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Die Partei versucht an die öffentliche Diskussion um das Regierungshandeln während der Corona-Pandemie anzuknüpfen und „populäre“ regierungskritische Positionen zu besetzen. Allerdings ist sie nicht bereit, die offenkundig rechtsextremistische Ideologie rhetorisch zu verharmlosen, um eine größere Anschlussfähigkeit zu erzielen. So finden sich nur wenige ideologische Übereinstimmungen mit der heterogenen „Corona-Leugner-Szene“. Eine Anschlussfähigkeit ist daher nur bedingt gegeben.

Die Rechte

Kurzbeschreibung

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei „Die Rechte“ ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften in Dortmund, Hamm und Aachen stammen. Der Aufbau von neuen Kreisverbänden hat jedoch auch neues Personenpotenzial an die Partei herangeführt. Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des Parteienprivilegs zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Politische Schwerpunkte der Partei sind Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Des Weiteren stellt sich die Partei mit dem Bekenntnis zur „Volksgemeinschaft“ offen in eine nationalsozialistische Tradition. Die in diesem Zusammenhang propagierten



Inhalte knüpfen partiell an Verschwörungsmmythen an, werden jedoch nicht von diesen bestimmt. Eine Ausnahme stellt der explizite Antisemitismus der Partei dar. Dieser beruht per se auf dem Verschwörungsmmythos einer „Jüdischen Weltverschwörung“.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 erklärte „Die Rechte“ in Dortmund, auf öffentliche Aktivitäten verzichten zu wollen, um nicht ungewollt das Corona-Virus weiter zu verbreiten. Ebenso sahen die Rechtsextremisten den Sinn von Corona-Schutzmaßnahmen prinzipiell ein. Im Mai 2020 änderten die Rechtsextremisten ihre Position und begannen nun, die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu unterstützen. Der Bundesverband der Partei rief am 06. Mai 2020 seine Mitglieder dazu auf, Einfluss auf die Protestversammlungen zu nehmen: „Mittendrin statt nur dabei – die Corona-Proteste aktiv mitgestalten!“

In Nordrhein-Westfalen nahmen Parteimitglieder immer wieder an größeren Veranstaltungen teil, die sich gegen die Corona-Schutzmaßnahmen richteten. Bei einer Protest-Versammlung am 06. Dezember 2020 in Düsseldorf gehörten einige Parteiaktivisten zu einer Personengruppe, die im Laufschrift auf Gegenprotestler außerhalb der Versammlungsfläche zulief. Auch an größeren Versammlungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in anderen Bundesländern beteiligten sich Mitglieder der Partei „Die Rechte“, wie zum Beispiel am 29. August und 18. November 2020 in Berlin und am 07. und 21. November 2020 in Leipzig. Auch im Jahr 2021 waren vereinzelt Teilnahmen von Parteimitgliedern an Corona-Protesten festzustellen. Eine strukturelle Zusammenarbeit ist hingegen bisher nicht erkennbar. Auch eine erfolgreiche Einflussnahme auf die Proteste blieb bisher aus.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

In einem Aufruf zu einer Demonstration der „NPD“ am 01. Mai 2021 in Essen äußert die Partei Kritik an den Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die Existenz des Virus oder die Pandemie als solche werden in dem Beitrag jedoch nicht infrage gestellt. Darin heißt es:

„2021 – Deutschland befindet sich seit über einem Jahr im Ausnahmezustand. Vor der Kulisse einer weltweiten Pandemie ist das öffentliche Leben durch



diverse konzeptlos wirkende Maßnahmenpakete der Systemparteien nahezu komplett zum Erliegen gekommen.

[...] Die Probleme, vor denen wir heute stehen, sind nicht die Folge einer Pandemie, sondern die Folge einer konzeptlosen und falschen Politik, die die Pandemie nur geschickt nutzt, um ihr Versagen zu überdecken. Die Ergebnisse dieser Politik nach nur einem Jahr sind eine stark angeschlagene Wirtschaft, im Eiltempo abgebaute Bürgerrechte und eine kommende Zweiklassengesellschaft, die über die Haltung zu einer Impfung definiert werden soll.“

Die Partei versucht insoweit unter den Umständen der Corona-Pandemie „populäre“ regierungskritische Positionen zu besetzen. Daneben finden sich nur wenige inhaltliche Übereinstimmungen mit der „Corona-Leugner“-Szene. Eine Anschlussfähigkeit ist daher nur bedingt gegeben.

Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Kurzbeschreibung

Ideologisch greift die „IBD“ die von der sogenannten „Neuen Rechten“ entwickelte Idee des Ethnopluralismus auf. Dabei handelt es sich um eine modernisierte Variante der völkischen Ideologie, die mit kulturellen Argumenten verbunden wird. Die Anhänger dieser Idee behaupten, dass der Einzelne nur in einer ethnisch homogenen Umgebung seine kulturelle Identität finden und erhalten könne. Eine Vermischung von Ethnien wird abgelehnt, stattdessen werden ethnisch homogene Nationen gefordert.

Die „IBD“ setzt darauf, mit mediengerecht inszenierten Aktionen an symbolischen Orten öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Dabei adaptiert sie öffentliche Aktionsformen, wie sie aus dem Bereich des Umweltprotestes bekannt sind.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die Ideologie der „IBD“ ist u.a. geprägt von dem Verschwörungsmythos des „großen Austausches“, nach dem die deutsche Bevölkerung durch Migration und Globalisierung schleichend ausgetauscht werde und dadurch die „deutsche Identität“ verloren gehe. Damit zeigt sich eine allgemeine Aufgeschlossenheit gegenüber



Verschwörungsmmythen. Im März 2021 erweiterte die „IBD“ die Welt der Verschwörungsmmythen mit einer neuen Kampagne namens „Gedankenverbrecher“. Die Kampagne greift vornehmlich den vom Weltwirtschaftsforum (WEF) geforderten „Great Reset“ auf. Das WEF beabsichtigt mit seiner Initiative, die Corona-Pandemie und die damit einhergehende soziale und wirtschaftliche Krise zu nutzen, um eine Neugestaltung der weltweiten Wirtschafts- und Sozialsysteme einzuleiten – beispielsweise in Bezug auf Nachhaltigkeit. Die „IBD“ interpretiert die Vorschläge des WEF als Wegbereiter für eine globalisierte Welt mit totaler Überwachung und nutzt den Begriff des „Great Reset“, um den Verschwörungsmmythos des „großen Austauschs“ zu verbreiten und vor einer „globalen Gleichheit“ zu warnen. Dabei wird indirekt das verschwörungsmmythische Narrativ der alles lenkenden „Eliten“, die weltweit die Fäden in der Hand haben, fortgesetzt.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie wird von der „IBD“ nicht direkt thematisiert. Sie nutzt fast ausschließlich die eigens dafür ins Leben gerufene Kampagne „Gedankenverbrecher“. Mit der Kampagne sollen „die Verantwortlichen der absurden Corona-Maßnahmen und des Great Resets direkt konfrontiert“ werden. Die Aktionen suggerieren, dass die Pandemie-Maßnahmen der Bundesregierung ausschließlich dazu da seien, um der Bevölkerung Angst zu machen und sie letztlich „zu versklaven“ und zu manipulieren. Mit Bannern und vermommt unter Guy-Fawkes-Masken nahmen „IBD“-Aktivisten an einigen Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil, so z.B. in Düsseldorf am 13.03.2021 oder am 17.04.2021.

Bevor die zuvor genannte Kampagne ins Leben gerufen wurde, nahmen einzelne Aktivisten der „IBD“ an Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil – jedoch größtenteils nicht unter dem Logo der „IBD“.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Das Interesse der „IBD“ an den Veranstaltungen der „Corona-Leugner“-Szene ist nach wie vor ungebrochen, wie die Teilnahme an den Demonstrationen im März und April 2021 zeigt. Auf ihrer Website verweist die Kampagne „Gedankenverbrecher“ auf die Telegram-Kanäle von „Querdenken 711“ und eines „Corona-Leugners“.



Neonazis

Kurzbeschreibung

Der Neonazismus stellt sich in die ideologische Tradition des historischen Nationalsozialismus. Die Anhänger organisieren sich regional in Kleingruppen, sogenannten „Kameradschaften“. Diese werden oftmals von einer Person nach dem „Führerprinzip“ geleitet. Die Szene ist überregional vernetzt und findet sich bei Veranstaltungen wie Demonstrationen, Rechtsrock-Konzerten oder rechtsextremistischen Kampfsportevents zusammen. Die Mehrzahl der Neonazis sind in Nordrhein-Westfalen in den Parteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ organisiert. Der Rest der Szene in Nordrhein-Westfalen besteht aus kleineren, nur lose organisierten Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich gelegentlich an Veranstaltungen der Partei Die Rechte beteiligen.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmmythen

Der im Neonazismus virulente Antisemitismus wird insbesondere durch antisemitische Verschwörungsmmythen verbreitet.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Die derzeitigen Corona-Regelungen werden als „Diktatur“ und Versuch des Staates gewertet, „unbeliebte“ Meinungen unterdrücken zu können und seine Macht auszuweiten. Insofern greift die Szene auf die Erzählung zurück, dass das Volk und insbesondere die „Nationalisten“ das Opfer der Elite seien.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Bislang konnte kein nennenswerter Einfluss der Neonazi-Szene auf die „Corona-Leugner“-Szene festgestellt werden. Gleichwohl distanzieren sich „Corona-Leugner“ häufig nicht deutlich genug von Neonazis.

Subkulturell geprägter Rechtsextremismus

Kurzbeschreibung

Der subkulturell geprägte Rechtsextremismus definiert sich hauptsächlich über eine spezifische Musik und dem damit zusammenhängenden Lebensstil. Es geht darum,



eine Erlebniswelt mit gemeinsamen Freizeitaktivitäten wie Musikveranstaltungen zu schaffen, in der die Ideologie nur eine nachrangige Rolle spielt. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen. Zudem befürworten sie rassistische Gewalt.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Innerhalb des subkulturellen Rechtsextremismus lässt sich keine einheitliche Haltung zu Verschwörungsmythen erkennen. Ein Beispiel für eine skeptische Haltung zu Verschwörungsmythen ist der Betreiber des bundesweit agierenden „FSN-Versand“ Patrick Schröder. In einem Interview mit dem aus Nordrhein-Westfalen stammenden Rechtsrock-Magazin „Rock Hate“ (Nr. 1/2021) sagte er in Bezug auf die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen:

„Einige driften leider zu weit in Richtung Verschwörungstheorien ab. Ich war selbst auch auf Querdenker-Demos und muss leider sagen, dass da natürlich ein erheblicher Personenanteil einen geistigen Totalschaden aufweist. Aber an die normalen Leute die dort rumlaufen, muss man natürlich rankommen.“

Gleichwohl verbreiten etliche Musikbands in ihren Liedern antisemitische und revisionistische Verschwörungsmythen. Ein klassisches Beispiel für die Bedeutung der „antisemitischen Weltverschwörung“ in der subkulturellen Szene ist das 1997 veröffentlichte Lied „So ist er“ von der Band „Zillertaler Türkenjäger“. Darin heißt es:

„Ehrlich arbeiten kennt er nicht, er missbraucht die ganze Welt. Und er will nur das eine und das ist unser Geld. Er sitzt in der Wallstreet, das Kapital in der Hand und die Palästinenser, schmeißt er aus ihrem Land. [...] Ihm gehört ganz Hollywood und schöne Filme macht er auch. Dabei hetzt er gegen Deutschland. Das ist beim Jud so Brauch. Schindlers Liste war sein Meisterstück, so soll das Deutschland sein. Jeder Deutsche ein Verbrecher und ein Nazischwein. [Refrain] So ist er, der Jud ...“

Es handelt sich hierbei ganz eindeutig um antisemitische Inhalte.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Vereinzelt nehmen Akteure der Szene an Protestveranstaltungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil. So nahm z.B. der Sänger der rechtsextremen Band



Kategorie „C“ aus Bremen am 06.12.2020 an einer Querdenken-Demonstration in Düsseldorf teil. Auch Robin Schmiemann, ein ehemaliger Protagonist der inzwischen verbotenen Organisation „Combat 18 Deutschland“, nahm an dieser Veranstaltung teil. Außerdem beteiligte er sich am 24.04.2020 an einer Mahnwache der Partei „Die Rechte“ in Bremerhaven, die unter dem Titel „Grundrechte auch in der Corona-Zeit schützen“ angemeldet wurde.

Ebenso wie im Jahr 2020 fanden im Frühjahr 2021 kaum Konzerte oder andere Musikveranstaltungen statt. Auf musikalische Großveranstaltungen oder Festivals wurde aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen gänzlich verzichtet. Eine allgemeine Ablehnung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen ist innerhalb der subkulturellen Szene jedoch nicht zu beobachten.

Der rechtsextremistische Musiker, Youtuber und Versandhändler Frank Krämer aus Nordrhein-Westfalen verbreitet auf seinem Videokanal „Der dritte Blickwinkel“ die Kampagne „Impfrebell“. Darin wird die Wirksamkeit von Corona-Schutzmaßnahmen bestritten und das Regierungshandeln als gezieltes Agieren der Eliten zur Unterdrückung des Volkes dargestellt.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Obwohl einzelne Akteure aus dem subkulturellen Rechtsextremismus an Demonstrationen teilnehmen, ist ein genereller Anschluss des subkulturellen Rechtsextremismus an die „Corona-Leugner“-Szene bislang nicht festzustellen.

Reichsbürger

Kurzbeschreibung

Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist organisatorisch und ideologisch äußerst heterogen. Ihr verbindendes Element, der ideologische Kern des Phänomenbereiches, besteht in dem (Verschwörungs-)Mythos der fehlenden völkerrechtlichen Legitimität und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland sowie in der Propaganda für ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“. Dabei beziehen sich Szeneangehörige auf unterschiedliche historische und völkerrechtliche Zustände in Deutschland.



Inhaltlicher Konsens der „Reichsbürgerszene“ sind Behauptungen, dass erstens das Deutsche Reich in den Grenzen des Kaiserreichs von 1871 beziehungsweise der 1930er Jahre weiterhin existiere und dass zweitens der Bundesrepublik Deutschland die rechtliche Legitimation fehle. Die Bundesrepublik sei eine „GmbH“ und die Behörden deshalb nur „Scheinbehörden“. Zum Teil behaupten „Reichsbürger“ auch, dass eine von ihnen geführte kommissarische Reichsregierung die Staatsgewalt ausübe. Daraus leiten sie für sich hoheitliche Befugnisse ab. Selbstverwalter knüpfen dagegen in ihrer Argumentation nicht an eine staatliche Autorität an. Sie berufen sich auf ein selbst definiertes Naturrecht, wonach sie als Individuen eigene Hoheitsrechte besäßen.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ziehen angesichts der Verpflichtungen und Abhängigkeiten, die ein Staat natürlicherweise durch die Einbindung in internationale Verträge eingeht, häufig den Fehlschluss, dass ein derartiger Staat grundsätzlich nicht als souverän bezeichnet werden könne. Vor diesem Hintergrund wird in der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ gerne die Behauptung aufgestellt, dass die Alliierten der Bundesrepublik Deutschland niemals die volle Souveränität gewährt, sondern stets ihre Vormachtstellung als Besatzungsmächte beibehalten hätten.

Sie sprechen demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab und begehen Verstöße gegen die Rechtsordnung. Die Anhänger sind überzeugt, nach einem von ihnen erklärten Austritt aus der angeblichen „GmbH“ nicht weiter an bestehende Gesetze gebunden zu sein.

Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ lässt sich in drei Motivgruppen unterteilen: Erstens Rechtsextremisten, zweitens Verschwörungsmystiker und drittens Personen, die sich finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entziehen möchten. Im Einzelfall können sich die Motivlagen mischen.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Es lässt sich beobachten, dass in der „Reichsbürger“-Bewegung Verschwörungsmythen nicht nur einzeln verbreitet, sondern verschiedene verschwörungsmythische Versatzstücke miteinander verknüpft werden. So entsteht ein auf diesen Versatzstücken beruhendes Weltbild, das sich nicht nur auf einzelne Aspekte bezieht, sondern eine umfassende Weltanschauung erzeugt.



Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Seit Beginn der Proteste gegen die Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie nehmen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ an Veranstaltungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen teil, weil sie hoffen, dort auch ihre eigene Ideologie verbreiten zu können. Zudem fühlen sie sich durch die dort verbreiteten Verschwörungsmysmen angezogen.

Für den 29. August 2020 waren mehrere Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Berlin angemeldet. Dazu zählte auch eine Versammlung der „Reichsbürger“-Gruppierung „staatenlos.info e.V.“, die auf der Wiese am Reichstag stattfand. Eine „Reichsbürgerin“ aus der Städtereion Aachen hielt dort eine Rede und rief die Zuhörer dazu auf, die Reichstagstreppe zu stürmen. Anschließend gelang es 300 bis 400 Personen die Absperrgitter vor dem Reichstag zu überwinden und die Treppe des Reichstags für einige Minuten zu besetzen. Dazu zählten mehrere Reichsbürger. Dies war insofern bezeichnend, als dass sich bei größeren Protestversammlungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen immer wieder „Reichsbürger“ beteiligten. Trotz des Zeigens ihrer schwarz-weißen-roten Fahnen wurden sie von den Veranstaltern nicht ausgeschlossen.

An der Besetzung der Reichstagstreppe beteiligten sich auch die Corona-Rebellen Düsseldorf. Diese Gruppierung führte in Düsseldorf eine Vielzahl von Protestversammlungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen durch. Zu dem Organisationsteam gehört ein Reichsbürger, der bei den Versammlungen auch die Gelegenheit nutzte, „Reichsbürgerthesen“ zu verbreiten.

In der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ wird die Pandemie zur Verbreitung von Propaganda und Desinformation im Internet genutzt.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Nach wie vor versuchen „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ die Corona-Pandemie für ihre Zwecke zu nutzen. Von diesem Spektrum gehen jedoch derzeit im Demonstrationsgeschehen keine eigenen Impulse aus.



Rechtsextremistisch geprägte Mischszene

Kurzbeschreibung

Seit 2017 tritt in Nordrhein-Westfalen vermehrt eine rechtsextremistisch geprägte Mischszene auf, die an „HoGeSa“ und „PEGIDA“ anknüpft. Sie setzt sich aus organisierten Rechtsextremisten, Angehörigen der Hooligan- und Rockerszene sowie sogenannten „Wutbürgern“ zusammen und agiert gemeinsam im öffentlichen Raum bei Versammlungen. Das verbindende Element bilden dabei Fremden- und Islamfeindlichkeit sowie das behauptete Versagen des Staates gegenüber der vermeintlichen Kriminalität von Migranten. In den vergangenen Jahren haben sich in Nordrhein-Westfalen mehrere Gruppierungen herausgebildet, die miteinander vernetzt sind und sich gegenseitig unterstützen. Die jeweiligen Gruppierungen treten in der Öffentlichkeit oftmals mit einem einheitlichen Erscheinungsbild durch gleichartige Kleidung auf. Die wichtigsten Gruppierungen sind „First Class Crew – Steeler Jungs“ (Essen), die „Bruderschaft Deutschland“ (Düsseldorf) und „Mönchengladbach steht auf“. Weiterhin zählen die Kleinstgruppierungen wie „PEGIDA NRW“, „NRW stellt sich quer“, „Defensive West“, „Die Sippe NRW“ und „Hooligans Europe United“ dazu.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmmythen

Verschwörungsmmythen sind ein Element, das in der Szene zunehmend an Bedeutung gewinnt. Sie sollen als einfache Erklärungsmodelle mit einem klarem Freund-Feind-Schema zur Stärkung des Zusammenhalts innerhalb der Szene dienen: „Wir“ gegen „die“. Zu diesem Zweck werden Verschwörungsmmythen mit rechtsextremistischen Motiven verwoben. Als „die“, also die zu bekämpfenden Feindbilder, werden regelmäßig Eliten aus Politik und Staat, Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens oder allgemein jene identifiziert, deren Lebensmodell nicht dem eigenen entspricht. Über soziale Medien und die Präsenz bei Veranstaltungen der „Corona-Leugner“-Szene wird die Verbreitung von Verschwörungsmmythen unterstützt und aktiv vorangetrieben. Der beschworene Kampf gegen „Fake-News“ und eine angeblich inszenierte Pandemie legitimiert für die rechtsextremistische Mischszene die Anwendung von Gewalt gegenüber dem Staat und der Zivilgesellschaft.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie



Die Corona-Pandemie wirkte sich stark auf diese aktionsorientierte Szene aus. Inhaltlich wurde das Thema Corona aufgegriffen, indem man die Pandemie leugnete und Verschwörungsmysmen sowie „Fake-News“ verbreitete. Beispielsweise verbreitete „NRW stellt sich quer“ anlässlich der Diskussion um geplante Corona-Schutzimpfungen im November 2020 ein Bild mit dem Text „Ich bin keine Laborratte für die Impfindustrie“. Dadurch versuchte man anschlussfähig für andere Protestgruppierungen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu werden.

Zunächst versuchte die rechtsextremistisch geprägte Mischszene eigene Versammlungen durchzuführen, die aber wenig Zustrom erfuhren. Später versuchte man, Veranstaltungen von anderen Protestgruppen zu vereinnahmen oder eigene Aktionen in unmittelbarer räumlicher und zeitlicher Nähe anzumelden. Insbesondere an Versammlungen der Gruppierung „Corona-Rebellen Düsseldorf“ beteiligten sich wiederkehrend Angehörige der rechtsextremistisch geprägten Mischszene.

Ferner nahm die rechtsextremistisch geprägte Mischszene aus Nordrhein-Westfalen auch an bundesweiten Veranstaltungen teil. So reisten Anhänger nach Berlin, um sich am 29. August 2020 am dortigen Protestgeschehen zu beteiligen. Ebenso waren Angehörige der „Bruderschaft Deutschland“ bei der Protestversammlung am 07. November 2020 in Leipzig.

Stark mobilisierte die rechtsextremistisch geprägte Mischszene für eine Protestveranstaltung, die die Initiative „Querdenken“ am 06. Dezember 2020 in Düsseldorf veranstaltete. Dabei stand der Szene die Veranstaltung am 07. November 2020 in Leipzig vor Augen, als Rechtsextremisten und Hooligans sich Auseinandersetzungen mit der Polizei und mit politisch Andersdenkenden lieferten. Dem Aufruf nach Düsseldorf folgten schätzungsweise 300 bis 400 Rechtsextremisten, darunter rund 150 Angehörige der rechtsextremistisch geprägten Mischszene, unter anderem von der „Bruderschaft Deutschland“ und den „Steeler Jungs“.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

An Teile der heterogenen „Corona-Leugner“-Szene ist die Anschlussfähigkeit der rechtsextremistischen Mischszene hoch. Regelmäßig sind beispielsweise Mitglieder der „Bruderschaft Deutschland“ bei Standkundgebungen der „Corona-Leugner“-Szene oder Autokorsos anzutreffen.



Auch in den sozialen Medien sind Angehörige der rechtsextremistisch geprägten Mischszene in den Chats und Foren der „Corona-Leugner“-Szene vertreten und teilen, liken und kommentieren entsprechende Inhalte.

Die „Corona-Leugner“-Szene scheint vor diesem Hintergrund eine Quelle für die Rekrutierung neuer Anhänger der rechtsextremistischen Mischszene zu sein. Die Corona-Pandemie dient als thematischer Einstieg, auf dessen Basis anschließend die Vermittlung der eigenen, rechtsextremistischen Ideologie beginnt.

Allgemeine Bewertung

Die Verbindungsmöglichkeiten zwischen der „Corona-Leugner“-Szene und einigen rechtsextremistischen Organisationen sind besonders ausgeprägt. Zu nennen sind hier insbesondere die „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sowie die rechtsextremistische Mischszene.

Verbindendes Element sind die zahlreichen Verschwörungsmymen auch mit antisemitischen Inhalten, eine Elitenfeindlichkeit und der Hass auf den bestehenden demokratischen Rechtsstaat, das „System“. Rechtsextremistische Gruppierungen und Einzelpersonen aus dem Spektrum der Neuen Rechten versuchen über die Corona-Proteste, Anschluss an regierungskritische Bürger herzustellen und diese langfristig an sich zu binden.

Insgesamt geht dadurch ein großes Maß an Gefährdung für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland aus.



3.2 Linksextremismus

Das Thema „Corona-Leugnung“ spielt bei den Parteien und Organisationen im Bereich des Linksextremismus bislang keine Rolle. Die Existenz des Corona-Virus und die grundsätzliche Notwendigkeit von Maßnahmen gegen seine Verbreitung werden nicht in Frage gestellt. Kritisch gesehen wird vielmehr der Umgang des Staates mit der Pandemie. Das Handeln des Staates wird als Ausdruck kapitalistischer Auswüchse gesehen, die es zu überwinden gilt. Teile innerhalb des Linksextremismus stellen sich mittlerweile offen gegen „Corona-Leugner“, da sie bei ihnen rechtsextremistische Einflüsse vermuten. Auch langfristig ist eher nicht zu erwarten, dass das Phänomen der „Corona-Leugnung“ im Bereich des Linksextremismus anschlussfähig wird.

Einleitung

Linksextremismus ist ein Sammelbegriff für verschiedene politische Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen. Teilweise unter Einsatz von Gewalt wollen Linksextremisten die parlamentarische Demokratie mit ihrer Gewaltenteilung zu Gunsten von kommunistischen oder anarchistischen Gesellschaftsformen überwinden. Damit beschreibt Linksextremismus eine gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtete, verfassungsfeindliche Zielsetzung.

Die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen führten ab März 2020 zur Absage fast aller für die linksextremistische Szene bedeutsamen Ereignisse und Veranstaltungen. Innerhalb des Linksextremismus war keine eigenständige Auseinandersetzung mit der Corona-Pandemie zu beobachten, die in ihrer Dynamik sowie in ihrer Anschluss- und Mobilisierungsfähigkeit mit den Entwicklungen im Rechtsextremismus vergleichbar gewesen wären. Die linksextremistische Agitation war reaktiv und orientierte sich an der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der schnell in den Trägern der "Anti-Corona-Proteste" gesehen wurde. So kam es im Umfeld von Demonstrationen gegen Corona-Schutzmaßnahmen immer wieder zu Angriffen gewaltbereiter Linksextremisten auf als „Faschisten“ ausgemachte Teilnehmer.



In post-autonomen Zusammenschlüssen wurde diese Situation kritisch reflektiert und die Forderung aufgestellt, die Pandemie "politisch" zu diskutieren. In diesem Zusammenhang schlossen sich post-autonome Gruppen der Kampagne "Zero Covid" an. Um den Inzidenzwert bei den Neuinfektionen auf "Null" zu senken, fordert diese Kampagne mit antikapitalistischer Stoßrichtung eine globale Freigabe von Impfstoffpatenten und Vermögensabgaben, mit denen eine komplette Schließung der Wirtschaft finanziert werden soll.

Stellungnahmen von verschiedenen Gruppen aus dem Bereich des Linksextremismus zeigen jedoch, dass die Szene auch über „Zero Covid“ gespalten ist. Während post-autonome Zusammenschlüsse und Akteure aus dem Bereich des orthodoxen Marxismus in "Zero Covid" ein taktisches Instrument erkennen, um die Thematisierung von sozialer Gleichheit in der Krisenpolitik auf die Agenda zu bringen, lehnen weite Teile des autonomen Linksextremismus sowie die Anarchisten die Kampagne wegen der tragenden Rolle des Staates in diesem Konzept ab. Für sie bedeutet auch ein antikapitalistisch agierender Staat nur eine Ausweitung autoritärer Politik.

Erst die Einführung von Ausgangssperren durch das Bundes-Infektionsschutzgesetz hat zu verstärkten Aktivitäten von Linksextremisten geführt. Diese werden angesichts des hohen symbolischen Stellenwertes auch als Signal an die Szene genutzt, die Situation nicht einfach hinzunehmen, sondern proaktiv mit der Pandemie umzugehen. Dabei werden gemeinsame Aktionen möglich, die aufgrund der Kontaktbeschränkungen bisher nur in Reaktion auf das Agieren des politischen Gegners durchgeführt wurden. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang Ankündigungen verschiedener Gruppen, Ausgangssperren kollektiv zu übertreten.

Die folgenden Organisationen und Parteien werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Spektrum des Linksextremismus zugerechnet. Im Einzelnen wird dargestellt, ob Corona-Leugnung bei ihnen eine Rolle spielt.



Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE: Kommunistische Plattform, Sozialistische Linke, Antikapitalistische Linke und linksjugend [‘solid]

Kurzbeschreibung

Die „Kommunistische Plattform“ bekennt sich zur marxistisch-leninistischen Tradition der ehemaligen DDR und strebt den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft an. Die „Sozialistische Linke“ will den gegenwärtigen, von ihr als „Kapitalismus“ bezeichneten, demokratischen Verfassungsstaat durch einen „demokratischen und ökologischen Sozialismus“ ersetzen.

Die „Antikapitalistische Linke“ vertritt eine revolutionäre Position: „Nicht den Kapitalismus reformieren, sondern ihn überkommen!“. Der Landesverband der „linksjugend [‘solid]“ in NRW versteht sich als „radikaler, sozialistischer und antikapitalistischer Jugendverband“ im Kampf gegen das „neoliberale und prokapitalistische Parteienkartell“. „Linksjugend [‘solid] NRW“ sieht sich als Teil einer revolutionären Bewegung zur Überwindung des von ihnen so „kapitalistischen Systems“.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmethoden

Verschwörungsmethoden werden abgelehnt. Maßnahmen der Regierung, insbesondere die Impfkampagne, Hygiene- und Abstandsmaßnahmen werden nicht grundsätzlich durch die beobachteten Zusammenschlüsse in der Partei in Frage gestellt.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Keine der hier genannten Zusammenschlüsse ist bislang durch ein Agieren im Spektrum der „Corona-Leugnung“ aufgefallen. Kritisiert wird vielmehr der Umgang des „kapitalistischen“ Staates mit den Folgen der Corona-Krise. Beklagt wird im Wesentlichen, dass die Pandemie die schwierige Lage der Arbeiterklasse bzw. sowieso schon marginalisierter oder prekärer Bevölkerungsgruppen weiter verschärfe. Dem Staat wird vorgeworfen, diese Menschen nicht ausreichend zu schützen beziehungsweise zu entlasten. Zudem wird in Teilen gegen Ausgangssperren argumentiert, insbesondere mit dem Argument, dass die Wirtschaft ohne oder nur mit geringen Auflagen weiterlaufen dürfe.



Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Es ist keine Anschlussfähigkeit gegeben, die „Corona-Leugner“-Szene wird als politischer Gegner aufgefasst.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Kurzbeschreibung

Die „DKP“ versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)“. Sie bekennt sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die „DKP“ hat sich gegen Corona-Verschwörungsmythen positioniert und erklärt, Hygiene- und Abstandsregeln bei ihren Aktivitäten einzuhalten. Ihre Kritik richtet sich im Wesentlichen gegen Mängel im Gesundheitssystem und einen vermeintlichen Vorrang ökonomischer Interessen gegenüber der Pandemiebekämpfung.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Auch bei der „DKP“ spielt das Thema „Corona-Leugnung“ keine Rolle. Corona und der vermeintlich mangelhafte Umgang mit den Folgen wird als Symptom einer kranken kapitalistischen Gesellschaft gesehen, die es zu überwinden gilt.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene“

Die DKP betrachtet die „Corona-Leugner“-Szene als ihren politischen Gegner.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Kurzbeschreibung

Die 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD)“ hervorgegangene „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)“ versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in



Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz des „Monopolkapitals“ und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die „MLPD“ sieht in Verschwörungsmythen eine „faschistische Taktik“, die prinzipiell abgelehnt werden müsse.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Durch die Pandemie erkennt die „MLPD“ einen weiteren Anlass zur Ausbeutung und Unterdrückung des herrschenden Systems gegenüber der Arbeiterklasse und forciert ihre Werbung für den „echten“ Sozialismus. Sie wirft der Regierung ein chaotisches Krisenmanagement vor und fordert u.a. eine „planvolle Impfkampagne“ und kostenfreie FFP2 Masken für alle.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Auch die „MLPD“ ist in keiner Form im Bereich der „Corona-Leugnung“ zu verorten. Sie versteht die „Corona-Leugner“ und insbesondere die Querdenken-Bewegung als rechtsextrem und hat zu „Null-Toleranz gegenüber der faschistischen „Querfront“-Strategie“ aufgerufen.

Autonome Linksextremisten

Kurzbeschreibung

Die autonome Szene als Subkultur im Linksextremismus definiert ihre Ziele vorrangig durch Gegenproteste, wohingegen eine gemeinsame Zielsetzung – abgesehen von der Eroberung sogenannter Freiräume – kaum festzustellen ist. Staatliche Strukturen, insbesondere Hierarchien und das staatliche Gewaltmonopol, werden zugunsten eines „selbstbestimmten Lebens“ abgelehnt. Gleichzeitig wenden Autonome zur Durchsetzung ihrer Auffassungen zunehmend enthemmte Gewalt gegen Meinungsgegner an. Sie versuchen diese einzuschüchtern und gesellschaftliche Diskurse nach ihren Vorstellungen zu steuern.



Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmmythen

Die in der „Corona-Leugner“-Szene propagierten Verschwörungsmmythen spielen im autonomen Linksextremismus keine bestimmende Rolle und sind dort nicht anschlussfähig. Autonome Linksextremisten erklären einen Zustand, ein Ereignis oder eine Entwicklung nicht mit einer dafür angeblich verantwortlichen „Verschwörung“. Vielmehr fokussiert sich ihre politische Analyse auf die gesellschaftlichen Zustände innerhalb des kapitalistischen Systems beziehungsweise des bürgerlichen Staates. Diese sollen perspektivisch revolutionär überwunden werden. In diesem Sinne kann auch im autonomen Linksextremismus von einer – in Teilen – unterkomplexen Interpretation politischer, sozialer oder ökonomischer Zusammenhänge gesprochen werden, etwa wenn monokausal „das Kapital“, „die herrschende Klasse“ oder „der militärisch-industrielle Komplex“ als Feindbilder bzw. allein Verantwortliche für Missstände identifiziert werden. Solche ideologischen Einordnungen gehen aber nicht einher mit gezielten Falschmeldungen oder Desinformationskampagnen.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie war im April und Mai 2020 ein Anstieg von Veröffentlichungen der postautonomen „Interventionistischen Linken“ auch in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Dabei wurden die typischen Politikfelder autonomer Linksextremisten – Antikapitalismus, Antirassismus, Antirepression, Antigentrifizierung – mit den Themen Klimaschutz und Corona-Pandemie verknüpft.

Nach Ansicht der „Interventionistischen Linken“ wird die Pandemiesituation von Regierung und Verwaltungsbehörden zum permanenten Ausnahmezustand umgedeutet und sei ein willkommenes Argument für die einseitige finanzielle Unterstützung marktwirtschaftlicher Interessen durch den Staat. Nach dieser Auffassung dienten die getroffenen Maßnahmen weniger dem persönlichen Schutzbedürfnis der Menschen, sondern sollten in erster Linie das Funktionieren der Bevölkerung als Wirtschaftsfaktor, als Produktivkraft und Konsument von Gütern und Dienstleistungen absichern.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene



Die Versammlungen von „Corona-Leugnern“ waren der Anlass für die Beteiligung an Gegenkundgebungen, weil mit Protagonisten des rechten Spektrums direkte politische Gegner an den Demonstrationen gegen die im Rahmen der Corona-Bekämpfung verhängten Maßnahmen teilnahmen. Daneben reagierten Antifa-Gruppen der autonomen Szene auf die vom rechten Spektrum und den Tagesgeschehnissen gesetzten Aktionen und Sachverhalte mit zum Teil gewalttätigen Gegenaktionen. Eine Teilnahme an den Demonstrationen der „Querdenken-Bewegung“ kommt für autonome Linksextremisten grundsätzlich nicht in Frage, da ihr diese als rechtsextremistisch unterwandert und ein Teil der Teilnehmer als „Faschisten“ gelten. Tatsächlich führen Linksextremisten regelmäßig Gegenveranstaltungen zu „Corona-Protesten“ durch.

Insofern finden sich auch bei den Autonomen Linksextremisten keine inhaltlichen Überschneidungen zum Phänomen der „Corona-Leugnung“.

3.3 Auslandsbezogener Extremismus

Das Thema „Corona-Leugnung“ spielte bislang bei den Parteien und Organisationen im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus keine Rolle. Die Existenz des Corona-Virus und die grundsätzliche Notwendigkeit von Maßnahmen gegen seine Verbreitung werden nicht in Frage gestellt. Die angeordneten Hygiene-Maßnahmen wurden durch die beobachteten Organisationen inhaltlich nicht in Frage gestellt, obwohl die Organisationsfähigkeit durch sie erheblich beeinträchtigt wird. Auch langfristig ist nicht zu erwarten, dass das Phänomen der „Corona-Leugnung“ im Bereich des auslandsbezogenen Extremismus anschlussfähig wird.

Einleitung

Im nichtislamistischen auslandsbezogenen Extremismus beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten oder durch Anwendung von Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden. Extremistische Organisationen im Ausland beziehen



von ihren hier lebenden Anhängern vor allem finanzielle und logistische Unterstützung für den politischen Kampf in den Heimatländern.

Die folgenden Organisationen und Parteien werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Spektrum des auslandsbezogenen Extremismus zugerechnet. Im Einzelnen wird dargestellt, ob Corona-Leugnung bei ihnen eine Rolle spielt.

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)

Kurzbeschreibung

Die heterogene türkisch-rechtsextremistische „Ülkücü-Bewegung“ zeichnet sich durch ihr turanistisches Weltbild aus: Die politische und geschichtliche Bedeutung des Osmanischen Reiches ist Grundlage für die Überzeugung von einer natürlichen Überlegenheit der türkischen Nation. Zentrales Merkmal der Bewegung ist die Idealisierung der eigenen türkischen Identität bei gleichzeitiger Herabwürdigung anderer Volksgruppen und politischer Gegner. Abgezielt wird dabei auf eine Bewahrung des Türkentums als vermeintlich allen anderen „Rassen“ überlegene Ethnie.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmysmen

Aktuelle Ereignisse werden von nicht verbandlich organisierten Anhängern der „Ülkücü-Bewegung“ zum Teil als systematische Benachteiligung türkischer Bürgerinnen und Bürger umgedeutet. Zum Beispiel wurde die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie angeordnete Reisewarnung bezüglich der Türkei stark kritisiert und teilweise als Diskriminierung der türkischen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen interpretiert. Daneben wird seitens der Community auch die Berichterstattung der Medien über den Islam generell als herabwürdigend und diskriminierend bewertet.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie tangierte die „Ülkücü-Bewegung“ insofern, als dass sie das Vereinsleben ihrer Mitglieder fast vollständig zum Erliegen brachte. Die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung verordneten Maßnahmen wurden



größtenteils umgesetzt und es konnte beobachtet werden, dass die vereinsgebundene Anhängerschaft Nachbarschaftshilfe angeboten hat.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Bezüge zur „Corona-Leugner“-Szene konnten nicht ausgemacht werden und erscheinen auch zukünftig eher unwahrscheinlich.

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)

Kurzbeschreibung

Die in der Türkei und in Deutschland verbotene „Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front“ (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C) verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System in der Türkei zu errichten.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmmythen

Die Organisation sieht sich seit ihrem Bestehen in einem permanenten Kampf gegen den vermeintlich „faschistischen“ türkischen Staat und einen weltweit alles dominierenden „US-Imperialismus“. Aufgrund der festen Verwurzelung im Marxismus-Leninismus lässt sich eine gewisse Anfälligkeit für Verschwörungsmmythen seitens der „DHKP-C“ und deren Anhänger konstatieren. Hinweise auf Bezüge der „DHKP-C“ hinsichtlich Verschwörungsmmythen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie lassen sich dagegen nicht beobachten.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Organisation seit April 2020 keine größeren Veranstaltungen planen und durchführen. Dennoch ist seitens der „DHKP-C“ bislang keine Agitation gegen die staatlichen Maßnahmen festzustellen und auch zukünftig nicht zu erwarten.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner-Szene“

Bezüge zur „Corona-Leugner“-Szene konnten nicht ausgemacht werden und erscheinen auch zukünftig eher unwahrscheinlich.



Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL) und unterstützende Organisationen

Kurzbeschreibung

Die PKK, die heute unter der Bezeichnung „KONGRA-GEL“ agiert, strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nordirak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte. Obwohl seitens der „PKK“ immer wieder betont wird, man habe die früheren separatistischen Ziele aufgegeben, bemüht sie sich weiterhin um einen länderübergreifenden Verbund aller Kurden im Nahen Osten.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die Ideologie der „PKK“ ist seit ihrer Gründung von marxistisch-leninistischen Grundsätzen geprägt. Im Laufe der Zeit grenzte sich die „PKK“ jedoch von der Rhetorik des dogmatischen Marxismus und der Forderung nach Klassenkampf ab. Im Rahmen des nationalen Befreiungskampfes war und ist der türkische Staat der Hauptgegner der „PKK“.

Hinweise auf Bezüge der „PKK“ zu Verschwörungsmythen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie lassen sich nicht beobachten.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Die staatlichen Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie veranlassten die „PKK“ ab März 2020 zu starken Einschränkungen ihrer Aktivitäten. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten fielen deutlich geringer aus als in der Vergangenheit und örtliche Vereine wurden zwischenzeitlich geschlossen. Bei der Durchführung von Veranstaltungen wurden vereinzelt Verstöße gegen die Abstandsregeln festgestellt.

In der Gesamtschau konnte eine grundlegende Akzeptanz der angeordneten staatlichen Maßnahmen beobachtet werden, da die Dach-Organisation die staatlichen Entscheidungen zum Schutz der Bevölkerung als unumgänglich ansah. In diesem Rahmen wandte sich „FED-MED e.V.“, der Dachverband der kurdischen Vereine in Nordrhein-Westfalen, im Sommer 2020 an nordrhein-westfälische



politische Entscheidungsträger, um sich als vermeintlich verlässlicher Ansprechpartner zu positionieren und so insgesamt eine Aufwertung der Organisation zu erreichen. „FED-MED e.V.“ bot seine gesamten Strukturen samt den dazugehörigen Räumlichkeiten in Nordrhein-Westfalen für den gemeinsamen Kampf gegen die Corona-Pandemie an.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Bezüge zur „Corona-Leugner“-Szene konnten nicht ausgemacht und erscheinen auch zukünftig eher unwahrscheinlich.

Bewertung

Für viele der in Deutschland insbesondere propagandistisch tätigen extremistischen Organisationen mit Auslandsbezug war die Corona-bedingte Absage nahezu aller für sie wichtigen Veranstaltungen und Kundgebungen eine massive Einschränkung. Dennoch ist bislang kein nachhaltiges Handeln gegen die staatlichen Schutzmaßnahmen festzustellen. Die wenigen kleineren Kundgebungen verliefen friedlich und im Wesentlichen unter Beachtung der allgemeinen Hygienevorschriften.

Eine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene ist durchweg nicht gegeben und auch zukünftig nicht zu erwarten.



3.4 Islamismus

Der Islamismus ist eine extremistische politische Ideologie. Islamisten berufen sich auf den islamischen Glauben, bedienen sich einer religiösen Sprache und erheben den Anspruch, den Islam in seiner „wahren“ Form zu vertreten. Die Legitimität anderer politischer Ordnungssysteme, zum Beispiel das westlich demokratische, lehnen sie ab und bekämpft sie.

Einleitung

Der Islamismus ist stark geprägt von anti-semitischen und anti-westlichen Verschwörungsmysen. Vorurteile und Stereotype von jüdenfeindlicher Hetze in Europa werden in islamistischen Diskursen mit negativen Aussagen über die Juden in der Frühgeschichte des Islam verknüpft und ideologisch angereicht. Diese Stilisierung führt zu antisemitischen Auffassungen und zur Erhebung „der“ Juden als absolutem Feindbild sowohl bei sunnitisch- als auch schiitisch-islamistischen Organisationen.

Die gängigen Themen des Antisemitismus im Islamismus beinhalten die Ablehnung des Existenzrechts Israels, eine „jahrhundertealte Verschwörung der Juden“, einen „langen und gefährlichen Kampf gegen die Juden“, die Bezugnahme auf die „Protokolle der Weisen von Zion“, die „Juden und Freimaurer als Weltverschwörer“, New York als „Zentrum des Weltjudentums“ bis hin zum Antisemitismus als Staatsräson im heutigen Iran. Verschwörungsmysen Narrative finden sich vor allem im Hinblick auf die „wahren“ Hintergründe der Anschläge vom 11. September 2001.

Das plötzliche Erscheinen des Corona-Virus wird in islamistischen Diskursen einerseits von verschwörungsmysen Überzeugungen begleitet. Andererseits werden die Existenz des Virus und seine Gefährlichkeit nicht grundsätzlich in Zweifel gezogen. Vielmehr wird das Virus umgedeutet als „Strafe Gottes“, das die Menschheit aufgrund eines vermeintlich unreligiösen und „sündhaften“ Lebenswandels befällt. Die Möglichkeit, dass dennoch auch „Gläubige“ Opfer des Virus werden können, wird dabei in Betracht gezogen. Die Anwendung der gängigen Hygieneregeln findet daher Zustimmung. Eine klassische Form der „Corona-Leugnung“ findet nicht statt.



Die folgenden Organisationen und Parteien werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dem Spektrum des Islamismus zugerechnet. Im Einzelnen wird dargestellt, ob Corona-Leugnung bei ihnen eine Rolle spielt.

Salafisten

Kurzbeschreibung

Salafisten vertreten eine verfassungsfeindliche Ideologie. Sie basiert auf religiösen Versatzstücken, die der islamischen Religion entlehnt sind. Salafisten streben die Errichtung eines „authentisch-islamischen“ Staatssystems an. Politische Salafisten versuchen diese Ziele durch Missionierungsarbeit zu erreichen. Gewaltorientierte Salafisten, die auch als Jihadisten bezeichnet werden, stellen den „Jihad“ im Sinne eines bewaffneten militärischen Kampfes in den Mittelpunkt ihrer Ideologie.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Innerhalb der extremistisch-salafistischen Szene gehören antisemitische und von Verschwörungsmythen geprägte Narrative zum festen Themenrepertoire. Folgende Narrative werden dabei besonders häufig aufgegriffen und durch die aktuelle krisenhafte Situation verstärkt: die Existenz eines „weltweiten Finanzjudentums“ und einer „jüdischen Weltherrschaft“ sowie die „große Einflussnahme“ von „Freimaurerlogen“ auf die Politik.

Dazu kommt die generelle Ablehnung von Impfungen vor allem in salafistischen Frauennetzwerken sowie die Annahme, dass die Menschen durch Chemtrails und 5G-Funkmasten bedroht seien – also sehr klassische Narrative unter den Verschwörungsmythen.

Weitere Diskussionen über die Corona-Pandemie und ihre Möglichkeiten finden vor allem innerhalb des jihadistisch-salafistischen Spektrums statt. Weltweit haben jihadistische Gruppen die Pandemie als geopolitische Chance eingestuft. Die in Syrien agierende al-Qaida-nahe Terrororganisation HTS verbreitet Propaganda, in der das Potenzial für einen „politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch“ und der „Zerfall“ des internationalen Systems postuliert werden. Der sog. „IS“ hat seine Unterstützer aufgefordert, den Moment der Schwäche in den westlichen Gesellschaften für terroristische Angriffe zu nutzen. Die Ablenkung der Regierungen



sowie die Umverteilung von militärischen, sicherheitstechnischen und medizinischen Ressourcen und Personal solle zur Durchführung von Angriffen genutzt werden.

Eine für den Jihadismus spezifische Kernerzählung besagt, dass das Corona-Virus „Gottes Werk“ ist. In der „IS“-Zeitschrift al-Naba‘ wurde das Virus als "göttliches Element" und "Soldat Allahs" bezeichnet. Es sei Strafe für Länder wie China aufgrund der Behandlung der muslimisch-uirgischen Bevölkerung oder die Bestrafung für westliche Länder aufgrund der Belagerung der letzten „IS“-Hochburg Baghuz im Irak.

Die somalische Terrororganisation Al-Shabab verbreitet Verschwörungsmymen, die besagen, dass das Corona-Virus in Somalia „von Kreuzfahrertruppen und den ungläubigen Ländern, die sie unterstützen“ eingeschleppt und verbreitet wurde.

Auch das antisemitische Narrativ der „Blutbeschuldigung“ findet sich innerhalb der beschriebenen Szene wieder. So vermuten Jihadisten, dass Eliten das Adrenochrom von gefolterten Kindern in Wuhan / China geerntet haben. Dies hänge direkt mit der Ausbreitung des Virus zusammen. Dadurch zeigt sich, dass Motive der Verschwörungsmymen von QAnon auch in salafistischen Kreisen Verbreitung finden. Darüber hinaus wird auch an gängige antisemitische Topoi geglaubt, die aus dem Rechtsextremismus bekannt sind. Dazu gehört die Annahme, dass „die Familie Rothschild“ oder „die zionistische Lobby“ das Corona-Virus weltweit verbreiten würden.

In sunnitisch-jihadistischen Kreisen werden auch anti-schiitische Propaganda-Elemente in Verschwörungsmymen eingebunden. So warnen diese davor, dass der Iran gezielt mit Corona Infizierte als „biologische Waffe“ gegen Rebellengruppen in Syrien einsetzen könnte.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

In der Corona-Pandemie sehen Salafisten zum einen das Auftreten des Corona-Virus als Strafe für „unzüchtiges Verhalten“ gerade in westlich geprägten Gesellschaften an. Insbesondere „Ungläubige“ würden durch das Corona-Virus bestraft. Das Virus sei damit eine „göttliche“ Reaktion auf das Verhalten derjenigen Menschen, die von den richtigen, „authentischen“ Werten abweichen.



Gleichzeitig werden die Existenz des Virus und die Gefahr, die durch es auch für „Gläubige“ ausgeht, nicht abgestritten. Dies führt dazu, dass salafistische Organisationen seit Pandemie-Beginn grundsätzlich zur Einhaltung der WHO-Standardregeln für Hygienemaßnahmen zur Virusbekämpfung aufrufen.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Der „Verein Ansaar International“ – ein bundesweit tätiger Verein mit Sitz in Düsseldorf, seit dem 05. Mai 2021 verboten – war auf zwei größeren Kundgebungen gegen Corona-Schutzmaßnahmen unter Beteiligung von „Corona-Leugnern“ in Berlin durch Vereinsmitglieder und den Vorsitzenden vertreten. Der Verein und ihm zuzurechnende Untervereine verfügten über Kontakte, die nicht zum gängigen Kontaktspektrum innerhalb der extremistisch-salafistischen Szene gehören. Das schloss Anhänger der sog. Mahnwachenbewegung, Reichsbürger, „PEGIDA“-Aktivisten, bekennende Antisemiten und Sektenanhänger mit ein, die insbesondere antisemitische Verschwörungsmythen und Feindbilder teilen.

Generell sind bei Salafisten in der Vergangenheit immer wieder ideologische Querverbindungen in andere Extremismus-Bereiche auszumachen gewesen. Die Gemeinsamkeit ist hier ein tiefsitzender Anti-Semitismus, der ein vergleichbares Weltbild durch den Eindruck von Fremdkontrolle und Eliten-Verschwörung erzeugt.

Aufgrund der ansonsten großen ideologischen Unterschiede, der rechtspopulistischen Dominanz in der „Corona-Leugner“-Szene und der generell starken Abkapselung der salafistischen Szene ist in der Summe eine nur punktuelle und ansonsten geringe Anschlussfähigkeit festzustellen.

HAMAS

Kurzbeschreibung

Die sunnitische „HAMAS“ hat sich aus dem palästinensischen Teil der Muslimbruderschaft entwickelt. Das vorrangige politische Ziel der „HAMAS“ ist die von ihr so genannte „Befreiung“ Gesamt-Palästinas und damit die Auflösung Israels als eigenständiger Staat. In Deutschland bildet die „Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)“ die wichtigste Anlaufstelle für hiesige „HAMAS“-Anhänger



Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmmythen

Die Ablehnung Israels und der Glaube an eine internationale „zionistische“ Lobby sind Faktoren, die grundsätzlich zu einer erhöhten Bereitschaft beitragen, antisemitische Verschwörungsmmythen als Wahrheit anzunehmen.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Eine Leugnung der Existenz des Corona-Virus ist aus den „HAMAS“-Organisationen nicht bekannt. Es werden allerdings typische Verschwörungsmmythen gepflegt, die suggerieren, dass die Zionisten bzw. der Westen das Corona-Virus ausnutze, um Muslime weltweit weiter zu unterdrücken.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Eine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene in Deutschland besteht weder aktuell noch zukünftig.

Hizb Allah

Kurzbeschreibung

Die schiitische islamistische Organisation „Hizb Allah“ formierte sich 1982 als Reaktion auf den Einmarsch israelischer Truppen im Libanon. Die Organisation bestreitet offen das Existenzrecht des Staates Israel und wird für die Durchführung von Anschlägen oder entsprechende Vorbereitungsaktivitäten, insbesondere gegen israelische und jüdische Ziele, verantwortlich gemacht. Deutschland stellt für die Organisation einen Rückzugsraum dar.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmmythen

Die militante und israelfeindliche Ideologie ist grundsätzlich ein Nährboden für antisemitische Verschwörungsmmythen. In der Praxis steht aber eher die direkte Konfrontation mit Israel im Fokus der Anhänger. Grundsätzlich rechnen sich die Anhänger einer globalen „Achse des Widerstands“ zu, die sich im Kampf gegen die Mächte der Unterdrückung – insbesondere die USA – befindet. Verschwörungsmmythische Narrative rücken hingegen eher in den Hintergrund.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie



Die Pandemie wird als ernste Herausforderung betrachtet. Vereinzelt wird in den „Hizb Allah“-Netzwerken in Deutschland versucht, durch die Unterstützung der Maßnahmen zum Pandemieschutz Kontakte in die Gesellschaft aufzubauen, um an Glaubwürdigkeit zu gewinnen und die eigenen Strukturen zu etablieren.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Es ist keine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene gegeben.

Hizb ut Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)

Kurzbeschreibung

Die „Hizb ut-Tahrir“ (HuT) wurde 1953 gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Islam und Demokratie sind für die „HuT“ nicht miteinander vereinbar. Zur Durchsetzung ihrer Ziele versucht die „HuT“ vor allem einflussreiche Persönlichkeiten und Akademiker zu rekrutieren.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmethoden

Die „Hizb ut-Tahrir“ fußt auf einer stark antiwestlichen Ideologie. Es wird von einer globalen Bedrohung für alle Muslime ausgegangen. Diese Perspektive, die davon ausgeht, dass sich staatliches und gesellschaftliches Handeln grundsätzlich gegen den Islam richtet, sorgt für eine gewisse Offenheit gegenüber Verschwörungsmethoden. In der Praxis ist aber bisher nicht erkennbar, dass diese über die Annahme einer universalen Feindschaft gegenüber dem Islam hinausgehen.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Organisatorisch tritt die „HuT“ aufgrund des Verbots in Deutschland nicht in Erscheinung. Strukturierte Verstöße oder eine Agitation gegen die Pandemieschutzmaßnahmen sind aus diesem Grund nicht zu erwarten.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Es ist keine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene gegeben.



Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)

Kurzbeschreibung

Im Jahr 1984 gründete in Köln der türkische Prediger Cemaleddin Kaplan den Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., auch als Kaplan-Verband bezeichnet. Sein sogenannter „Kalifatsstaat“ war eine am Führerprinzip orientierte und streng hierarchisch gegliederte Organisation. Ziel Kaplans und seines Verbandes war die Erringung der Herrschaft in der Türkei und in letzter Konsequenz die Weltherrschaft für das Kalifat.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmmythen

Der Abgrenzung von den Lebensbereichen der „Ungläubigen“ kommt im „Kalifatsstaat“ eine hohe Bedeutung zu. Zudem ist die Gruppierung mit ihrer speziellen Theorie zum Kalifat auch innerhalb der muslimischen Gemeinschaft isoliert. Beide Faktoren sind dem Eintreten für Verschwörungsmmythen zuträglich. In der Praxis sind es aber insbesondere jüngere, bereits zum Salafismus tendierende Anhänger des „Kalifatsstaats“, die auf stereotype Vorstellungen und antisemitische Verschwörungsmmythen zurückgreifen.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Aufgrund des Verbots agieren Strukturen des „Kalifatsstaats“ verdeckt und sind bemüht, nicht in den Fokus der Behörden zu geraten. Es ist davon auszugehen, dass sie darum bemüht sind, nicht durch Verstöße gegen die Pandemieschutzmaßnahmen aufzufallen.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Es ist keine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene gegeben.

Muslimbruderschaft (unter anderem die *Deutsche Muslimische Gemeinschaft, DMG*)

Kurzbeschreibung

Die „Muslimbruderschaft“ (MB) ist eine weltweit agierende Bewegung, der eine Vielzahl von Organisationen zuzurechnen sind. In Deutschland stellt die „Deutsche



Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) die wichtigste Organisation von Anhängern der „Muslimbruderschaft“ dar. Die Organisation verfolgt das Ziel, in islamisch geprägten Staaten ein Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia einzuführen. Dazu wird eine Strategie der „Islamisierung von unten“ verfolgt, die zunächst das Individuum anspricht und auf einen Bewusstseinswandel hin zu einem durch die Religion geprägten Leben abzielt.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Anhänger der „Muslimbruderschaft“ in Deutschland verfügen teilweise über höhere Bildungsabschlüsse und sind international vernetzt, was simplifizierenden monokausalen Erklärungsansätzen in der Regel entgegenwirkt.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Viele Unterstützer der Bewegung sind im medizinischen Bereich tätig. Dementsprechend wird der Einhaltung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie meist eine hohe Bedeutung beigemessen.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Es ist keine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene gegeben.

Milli Görüs-Bewegung

Kurzbeschreibung

Sowohl in der Türkei als auch in Deutschland besteht die „Milli Görüs“-Bewegung aus mehreren Organisationen. Die von Menschen geschaffene Ordnung ist ihrer Vorstellung zufolge stets mit Fehlern behaftet und führe zu Ungerechtigkeit und zur Unterdrückung. Zu diesen „Ordnungen“ zählen unter anderem sämtliche westlichen politischen Systeme.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die „Milli Görüs“-Ideologie greift auf gängige Feindbilder des Islamismus zurück, die unter ihren Anhängern die Empfänglichkeit für verschwörungsmythisches Denken erhöhen.



Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

In der „Milli Görüs“-Bewegung findet sich überwiegend Unterstützung für die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus. Auch unter den eigenen Anhängern wirbt man um deren Beachtung und ist darum bemüht, sich als staatstragend und kooperativ zu präsentieren.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Es ist keine Anschlussfähigkeit an die “Corona-Leugner”-Szene gegeben.

Türkische Hizbullah (TH)

Kurzbeschreibung

Anfang der 1980er Jahre bildeten sich unter sunnitischen Kurden in der Türkei Gruppierungen heraus, die für die Errichtung einer auf strikter Befolgung von Koran und Scharia gegründeten Ordnung eintraten. Aus einer dieser Gruppierungen entwickelte sich die „Hizbullah“ (Partei Gottes), die vor allem seit Beginn der 1990er Jahre zur Erreichung ihrer politischen Ziele Gewalt anwendete.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Der sektenartige Charakter der „TH“ und der Eindruck, von einer fehlgeleiteten Gesellschaft umgeben zu sein, tragen zu einer weltanschaulichen Isolierung bei, die eine Grundlage zur Annäherung an Verschwörungsmythen bilden kann.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Die „TH“-Führung hat bereits kurz nach Bekanntwerden der Gefährdung durch das Corona-Virus dazu aufgerufen, dieses ernst zu nehmen und den empfohlenen Schutzmaßnahmen Folge zu leisten. Das Virus wird als Test der Geduld und des Gottvertrauens verstanden, der den Menschen ihre Hilflosigkeit vor Augen führen soll und als Strafe für gesellschaftliche Fehlentwicklungen gedeutet wird. Darüber hinaus wird das Herunterfahren des öffentlichen Lebens als Chance zur Intensivierung des individuellen Gebets und der Koranlektüre aufgefasst.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene



Es ist keine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene gegeben.

Furkan-Gemeinschaft

Kurzbeschreibung

Die „Furkan Stiftung für Bildung und Dienst“ – auch als „Furkan-Gemeinschaft“ bezeichnet – verfolgt das Ziel, die „Islamische Zivilisation“, die wesentlich durch das islamische Recht geprägt sein soll, zu stärken und gegen andere „Zivilisationen“ – hier ein Synonym für Staats- und Gesellschaftsordnungen – durchzusetzen. Die Organisation verfolgt einen elitären Ansatz.

Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Die „Furkan-Gemeinschaft“ greift auf antiwestliche Feindbilder zurück und versteht ihre „islamische Zivilisation“ als bewussten Gegenentwurf zum demokratischen Rechtsstaat. Dadurch besteht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit zur Rezeption von Verschwörungsmythen, die aber bisher nicht prägend sind.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Für die „Furkan-Gemeinschaft“ stellen die Pandemieschutzmaßnahmen eine Herausforderung dar, die den Austausch innerhalb der Organisation erschwert oder verhindert. Die überwiegend jüngeren Anhänger sind deshalb bestrebt, sich trotz bestehender Verbote in ihren Kreisen zu treffen.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Es ist keine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene gegeben.

Palästinensischer Islamischer Jihad (Harakat al-Jihad al-Islami fi-I-Filastin - PIJ)

Kurzbeschreibung

Die „Bewegung des Islamischen Jihad in Palästina“ wurde 1981 gegründet. Der wichtigste Zweig des PIJ sind die „al-Quds-Brigaden“, die dessen militärischen Arm darstellen. Ziel des PIJ ist die von ihm so bezeichnete „Befreiung“ Palästinas durch die Vernichtung Israels und die Etablierung einer islamischen Gesellschaftsordnung.



Haltung zu und Verbreitung von Verschwörungsmythen

Unter der überschaubaren Zahl an Anhängern in Deutschland sind bisher keine entsprechenden Mythen bekannt worden.

Allgemeiner Umgang mit der Corona-Pandemie

Eine Thematisierung des Virus durch hiesige Anhänger des „PIJ“ ist nicht bekannt.

Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene

Es ist keine Anschlussfähigkeit an die “Corona-Leugner”-Szene gegeben.

Bewertung

Im Phänomenbereich des Islamismus haben sich im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bislang keine Hinweise ergeben, die auf einen irrationalen Umgang mit den staatlichen Maßnahmen und ihren Folgen hindeuten würden. Eine Anschlussfähigkeit an die „Corona-Leugner“-Szene ist derzeit nicht erkennbar – auch wenn meist antisemitisch-geprägte Verschwörungsmythen in islamistischen Organisationen und Szenen durchweg Verbreitung und Zustimmung finden.



3.5 Einfluss ausländischer Staaten

Die Corona-Pandemie hat für ausländische Staaten ein breites Betätigungsfeld für Spionage und Einflussnahme in Deutschland eröffnet. Zwei Akteure sind hierbei besonders auffällig und relevant: Russland und China. Dem chinesischen Staat geht es vor allem um das eigene Bild im Ausland und die Verschleierung der Herkunft des Corona-Virus, während Russland versucht, das Vertrauen in die hiesigen Corona-Maßnahmen, die staatlichen Institutionen und Medien zu untergraben. Im Bereich der staatlichen Einflussnahme-Versuche setzten und nutzten russische Stellen in den vergangenen zwölf Monaten die Corona-Pandemie nachhaltig als Thema.

Einleitung

In Nordrhein-Westfalen bilden die nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Russischen Föderation, der Volkrepublik China, der Islamischen Republik Iran und der Türkei aktuell den Schwerpunkt. Darüber hinaus agieren auch Nachrichtendienste anderer Staaten mit zum Teil hoher Intensität.

Die Einflussnahme-Versuche ausländischer Staaten sind oft eng mit den Aufklärungszielen und -aktivitäten ihrer Nachrichtendienste verknüpft. Sie müssen dabei nicht immer unmittelbar durch nachrichtendienstliches Personal gesteuert werden. So bedienen sich ausländische Staaten zusätzlich staatlicher oder staatsnaher Organisationen. In den meisten Fällen geht es darum, ein regierungsfreundliches politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Umfeld im Ausland zu schaffen, die eigene außenpolitische Agenda durchzusetzen und Kritik an der eigenen Regierung und Politik zu unterbinden. Gängige Mittel hierzu sind Vereinnahmungsversuche politischer oder wirtschaftlicher Entscheidungsträger, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung über die Medien oder die Kontrolle und Beeinflussung der hier lebenden Diaspora. In der Regel wird dabei sowohl mit Anreizen als auch mit Druckmitteln gearbeitet.

Seit Ende Januar 2020 sind Desinformationen und Propaganda in Bezug auf die Corona-Pandemie zu verzeichnen. Die Hauptakteure sind Russland und China. Auch aus der Türkei und anderen Staaten wie Iran und Syrien sind entsprechende Aktivitäten in Bezug auf die Corona-Pandemie registriert worden.



Russische Föderation

Strategisches Interesse

Die Einflussnahme russischer Akteure in der Corona-Pandemie verfolgt diverse Ziele. So sollen grundsätzlich das Ansehen des russischen Staates im Ausland aufgewertet und der Umgang der russischen Regierung mit der Pandemie besonders positiv herausgestellt werden. Hierzu gehört auch, die Wirksamkeit des russischen Impfstoffes Sputnik V zu bewerben, westliche Impfstoffe dagegen zu diskreditieren. Darüber hinaus wird – auch am Beispiel von Corona – versucht, das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in staatliche Institutionen, in die Medien und deren Umgang mit der Pandemie zu untergraben. Damit ist die Pandemie als Thema ein wichtiger Teil der russischen Gesamtstrategie, die darauf abzielt, über Einflussnahme eine Stärkung der eigenen internationalen Stellung bei gleichzeitiger Schwächung und Destabilisierung westlicher Demokratien in Europa und insbesondere in Deutschland zu erreichen.

Form der Einflussnahme

Russische Desinformation und Propaganda spielten seit der ersten “Corona-Welle” im Frühjahr 2020 eine große Rolle. Bei Operationen der Einflussnahme werden Russland Methoden zugeschrieben, die als hybride Bedrohung bezeichnet werden. Generell geht es bei hybrider Einflussnahme darum, mit unterschiedlichen Methoden langfristige Stimmungen und Einstellungen mitzuprägen sowie das Vertrauen in das Handeln von Politik, die Stabilität und die Integrität des Rechtsstaates, seiner Institutionen, seiner Repräsentanten sowie in unabhängige Medien zu unterminieren. Dabei zielt die Einflussnahme nicht darauf ab, völlig neue Themen zu setzen. Vielmehr werden bereits vorhandene Stimmungen aufgegriffen und verstärkt.

Über soziale Medien, staatsnahe Thinktanks oder russische Staatsmedien wurde und wird versucht, in Bezug auf Corona russische Narrative in Deutschland zu verbreiten. „Russia Today“ (RT DE, vormals RT Deutsch) und SNA-News (vormals Sputniknews) bieten unter dem Verweis auf die angebliche Abbildung eines möglichst breiten Meinungsspektrums abseits des vermeintlich „staatlich kontrollierten Mainstreams“ auch Verschwörungsmythen eine Plattform zur Verbreitung ihrer Inhalte. Nach dem Relaunch der deutschsprachigen Webportale beider Medien im Dezember 2020 können die russischen Staatsmedien jederzeit bei einer sich



bietenden Gelegenheit (z.B. ein besonderes Ereignis) ihre vorhandenen Ressourcen zur Verbreitung von Propaganda und Desinformation bis hin zu einer umfassenden Kampagne aktivieren.

Über diese Medienkanäle und sozialen Netzwerke werden gezielt und fortlaufend Desinformation oder eine tendenziöse Berichterstattung gegen die hiesigen Corona-Maßnahmen, die genutzten Impfstoffe oder die Impfkampagne betrieben. Gleichzeitig werden das russische Vorgehen und der Impfstoff Sputnik V beworben. Konkret werden beispielsweise Artikel lanciert oder geteilt, in denen die Wirksamkeit der in Deutschland genutzten Impfstoffe auf nicht-wissenschaftlicher Basis in Zweifel gezogen wird. Berichte über Proteste und Aktionen gegen die Corona-Maßnahmen werden überproportional dargestellt. Sie werden zudem regelmäßig mit "Fake News" – absichtlich verfälschten Informationen und Nachrichten – angereichert. Von Deutschland und Europa soll dadurch ein Bild von chaotischen Zuständen und fehlender politischer Strategie gezeichnet werden.

Als weitere Methode der hybriden Einflussnahme nutzt Russland mit großer Wahrscheinlichkeit auch ein Mittel, welches als „Hack and Leak“ bezeichnet wird. Hierbei werden vertrauliche Daten mittels Cyberangriff zunächst erbeutet und dann, oftmals leicht verfälscht, veröffentlicht. Der im Dezember 2020 von der Europäischen Arzneimittel-Behörde EMA in Amsterdam bekannt gemachte Cyberangriff erfüllt das Muster einer entsprechenden „Hack and Leak“-Operation. Im Januar 2021 wies EMA darauf hin, dass die beim Cyberangriff abgegriffene interne und vertrauliche E-Mail-Korrespondenz im Internet veröffentlicht wurde. Die veröffentlichten Dokumente bezögen sich auf den Evaluierungsprozess von Corona-Impfstoffen. Vor dem Leak hätten die Angreifer gemäß EMA einige Daten auf eine Art und Weise manipuliert, "die das Vertrauen in Impfstoffe untergraben könnte". Zuvor hatten die Pharmaunternehmen Pfizer und Biontech bekannt gegeben, dass einige Dokumente im Zusammenhang mit dem Antrag auf Zulassung ihres Impfstoffs von dem Angriff erfasst worden seien.

Prognose

Unterschiedliche Methoden der Einflussnahme werden von der russischen Regierung als opportunes Mittel betrachtet, um außenpolitische Ziele zu verfolgen und Narrative zu verbreiten. Es ist davon auszugehen, dass entsprechende Aktivitäten fortgesetzt



werden und das Thema Corona hierzu auch weiterhin genutzt wird. Mit sinkender Inzidenz und steigenden Impfraten dürfte die Pandemie aber sukzessive an Bedeutung verlieren. Demgegenüber bleibt abzuwarten, ob die anstehende Bundestagswahl Corona als Hauptthema ablösen könnte bzw. sich hierbei Wechselwirkungen ergeben.

China

Strategisches Interesse

Ziel chinesischer Einflussnahme ist es, Pekings globalen Führungsanspruch zu untermauern und außen- und wirtschaftspolitische Expansionen zu flankieren. Dabei versucht China, im Ausland ein wohlwollendes politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Umfeld zu schaffen und Kritik an der Regierung und chinesischer Politik zu unterbinden.

Auch für Chinas Einflussnahme-Aktivitäten war die Pandemie von Beginn an ein Hauptthema. Ziel war und ist es dabei, die Rolle Chinas als Ursprungsland des Virus in Zweifel zu ziehen und die Krisenlösungskompetenz des chinesischen Staates und der Kommunistischen Partei im In- und Ausland hervorzuheben. Weiterhin werden die weltweiten Unterstützungsleistungen Chinas besonders hervorgehoben und der chinesische Impfstoff wird offensiv angepriesen. Gleichzeitig werden Desinformationen über die Wirksamkeit westlicher Impfstoffe verbreitet. Die chinesischen Aktivitäten dienen nicht in erster Linie der Destabilisierung europäischer Staaten oder seiner Institutionen, sondern einer Aufwertung des Ansehens Chinas im Ausland sowie der langfristigen Schaffung strategischer Einfallstore in Europa.

Form der Einflussnahme

Während andere Staaten zur Einflussnahme teilweise Dritte vorschoben, indem sie beispielsweise Plattformen zur Vergrößerung der medialen Reichweite für Vertreter von Verschwörungsmethoden zur Verfügung stellen, findet die Einflussnahme Chinas unmittelbarer und direkter statt.

China bedient sich hierzu einer ganzen Reihe von Frontorganisationen verschiedener Ebenen und aus unterschiedlichen politischen Bereichen sowie eigener Medien, die letztlich aber durch die Kommunistische Partei Chinas gesteuert



sind. Daneben haben sich insbesondere in Zusammenhang mit der Pandemie die Aktivitäten der chinesischen Auslandsvertretungen erhöht, die beispielsweise über eigene Webseiten oder Accounts in den sozialen Netzwerken chinesische Narrative verbreitet haben.

Konkret wurden beispielsweise die USA beschuldigt, Herkunftsland des Corona-Virus zu sein. Auch der schleppende Fortgang der Impfkampagnen in Europa, der Zweifel an der Qualität der in westlichen Staaten entwickelten Impfstoffe und die Proteste gegen Corona-Maßnahmen sind fester Bestandteil der Berichterstattung. Inzwischen hat Twitter entsprechende Accounts als Accounts der chinesischen Regierung gekennzeichnet, um zu verdeutlichen, dass es sich bei den geposteten Inhalten um offizielle staatliche Haltungen handelt. In der Konsequenz finden sich entsprechenden Kennzeichnungen nun auch bei Accounts westlicher Regierungsstellen.

Prognose

Neben einer "Maskendiplomatie", in deren Rahmen anfangs entsprechende Materiallieferungen angepriesen wurden, gibt es mittlerweile auch eine "Impfstoffdiplomatie", die sich in der zweiten Jahreshälfte 2021 noch intensivieren dürfte. Auch einzelne europäische Staaten haben im Laufe der Pandemie verstärkt auf eine Kooperation mit China inklusive der Bestellung chinesischen Impfstoffs gesetzt, was von chinesischer Seite medial umfangreich verbreitet wurde.

Insgesamt gilt auch für China, dass weiterhin mit umfangreichen Einflussaktivitäten zu rechnen ist, die Pandemie aber vermutlich mit sinkender Inzidenz und steigender Impf-Rate zugunsten anderer Themen an Bedeutung verlieren dürfte.

Bewertung

Die von fremden Mächten ausgehende Desinformation zielt überwiegend auf die Breite der Öffentlichkeit ab. Es zeichnet sich daneben aber eine Tendenz ab, dass unabhängig vom Agieren fremder Mächte und deren Nachrichtendiensten, Verschwörungsmystiker und Extremisten über die sozialen Medien immer stärker in die Erzeugung von Desinformation eingebunden werden, was die dynamische Wirkmächtigkeit dieser „partizipativen Desinformation“ mit erklärt.



Im Rahmen von Einflussnahme nutzen fremde Mächte dagegen ganz überwiegend die „top down“-Verbreitung, an die sich dann die Verbreitung der Narrative über soziale Medien anschließt.

Im Rahmen einer „Impfstoffdiplomatie“, bei der sich Staaten wie China oder Russland in bi- und multilateralem Handeln global als besonders verantwortungsbewusst und handlungsschnell darstellen wollen, spielen auch Versuche, die „westlichen“ Impfstoffe durch Desinformation zu diskreditieren, eine besondere Rolle.

Ausländische Akteure versuchen weiterhin, in Bezug auf die Pandemiebekämpfung die öffentliche Meinung in Deutschland durch Desinformation zu beeinflussen. Dabei wechseln die Akzente abhängig von der Entwicklung der politischen wie öffentlichen Diskussion. Immer werden jedoch Zweifel in der Bevölkerung an der Krisenlösungskompetenz von Bund und Ländern oder dem Funktionieren unabhängiger Medien genährt. Solche Einflussnahme zielt neben der kurzfristigen Stimmungsmache und der damit einhergehenden Erschwernis darauf ab, langfristig Einstellungen so zu prägen, dass das Vertrauen in demokratische Staaten und ihre Meinungsbildungsprozesse schwindet.

Das demokratische System in Deutschland ist durch dieses Agieren in hohem Maße gefährdet.



4. Ausblick und Bewertung

4.1 Bewertung der Strukturen und der Diskurse der „Corona-Leugner“-Szene

Teile der „Corona-Leugner“-Szene befinden sich in einem Radikalisierungsprozess. Eindeutig demokratie-, verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Inhalte werden offen kommuniziert. Der Glaube an verschiedene Verschwörungsmythen bewirkt eine nachhaltige Entfremdung von der Mehrheitsgesellschaft.

Teile der „Corona-Leugner“-Szene befinden sich in einem Radikalisierungsprozess. Dies drückt sich sowohl in den Diskursen, als auch den Handlungen aus, die von dieser Szene ausgehen. Veranstaltungen und Kundgebungen werden genutzt, um aggressiv gegen Sicherheitskräfte und Medienvertreter vorzugehen. Politiker und Wissenschaftler werden in den sozialen Netzwerken in massiver Art und Weise verunglimpft. Durch einzelne Akteure werden sie sogar zu „Feinden“ und „Verrätern“ erklärt, die man töten dürfe.

Auch Rechtsextremisten versuchen, die Proteste für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Verschiedene, auch einflussreiche Protagonisten der rechtsextremistischen Szene mischen sich unter die Protestierenden und suchen Gesprächskontakte. Dabei transportieren sie rechtsextremistische und verschwörungsmythische Positionen in die „Corona-Leugner“-Szene hinein. Über die verbindende Ablehnung der Corona-Schutzmaßnahmen wird versucht, verfassungsfeindliche Themen salonfähig zu machen und als vorgeblich Verbündete von „Querdenken“ und anderen Bewegungen die Demonstrationsteilnehmer gezielt zu beeinflussen. Das öffentliche Interesse an den Corona-Protesten schafft für die teilnehmenden Rechtsextremisten die Möglichkeit, durch gezielte und gut wahrnehmbare Provokationen eine breite Öffentlichkeitswirkung zu erreichen.

Die Sicherheitsbehörden beobachten, dass Einzelpersonen und kleinere Gruppen immer radikaler werden. Immer häufiger nutzen die „Corona-Leugner“ den Sprachgebrauch und die Verschwörungsmythen, die auch im Rechtsextremismus kursieren. So wird die Berufung auf ein vermeintliches „Widerstandsrecht“ mit der Propagierung von Gewalt verknüpft. Extremistische Verschwörungsmythen wie die des „Great Reset“ („Der große Neustart“) sind im Umlauf. Darin wird behauptet, eine



„globale Finanz-Elite“ und die „Führer der Welt“ hätten die Corona-Pandemie zielgerichtet geplant. Hinter solchen Mythen steckt in der Regel ein antisemitischer Kern.

Die Szene ist heterogen und befindet sich in dynamischen Veränderungsprozessen. Es wird deutlich, dass sich die ursprüngliche Skepsis gegen staatliche Pandemiemaßnahmen mehr und mehr zu einer grundlegend demokratiefeindlichen und sicherheitsgefährdenden Haltung entwickelt hat. Die ursprüngliche Intention der Bewegung, gegen die von staatlicher Seite veranlassten Corona-Schutzmaßnahmen zu protestieren, gerät in den Hintergrund. Die Proteste werden dazu genutzt, um staatliche Institutionen, prominente Einzelpersonen, Bundes- und Landesregierungen und die Medien selbst zu einem „Protest- und Hassobjekt“ zu machen.



4.2 Möglichkeiten der Prävention

Das Personenpotenzial der „Corona-Leugner“-Szene muss unter verschiedenen präventiven Gesichtspunkten betrachtet werden. Neben den gefahrenabwehrenden Aspekten sind präventive Aufklärungs- und Präventionsprogramme zu prüfen. Die ursächlichen Auslöser für den Zulauf zu staatsfernen bzw. staatsfeindlichen Bewegungen sind auf gesellschaftlicher beziehungsweise politischer Ebene anzugehen.

Gefahrenabwehr

In Gefahrensituationen, die durch Aktionen von „Corona-Leugnern“ ausgehen, muss mit staatlichen Maßnahmen eingegriffen werden. Bei Protestveranstaltungen, die einen gewalttätigen Verlauf nehmen oder vermuten lassen, schreiten die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen daher konsequent ein. Polizei und Verfassungsschutz bewerten schon im Vorfeld von Demonstrationen, wie viele Personen mit welchem Konfliktpotential teilnehmen werden. Dazu wird insbesondere die Mobilisierung in den sozialen Medien beobachtet. Dies umfasst auch die Aufrufe aus rechtsextremistischen und linksextremistischen Szenen, die diese Veranstaltungen für eine eigene Mobilisierung nutzen.

Ansätze der Prävention

Für die Prävention existieren vielfältige Möglichkeiten, die geeignet erscheinen, der Verbreitung von Verschwörungsmithen vorzubeugen.

Grundsätzlich gehören die Förderung von Medienkompetenz und Quellenkritik, das Wissen um historisch-politische Zusammenhänge und die Kenntnis über Hilfsangebote dazu. Bezogen auf den Verfassungsschutz sind die Aufgaben der Prävention die Aufklärung über Verschwörungsmithen. Inhalte dieser Aufklärung sind insbesondere immer wiederkehrende extremistische Narrative, die formalen Strukturen und Argumentationsweisen, psychologische Muster sowie Interessen, Profiteure und Multiplikatoren verschwörungsmithischer Aktivisten. Auch die Themen „Fake News“, „Hoaxes“ und Desinformationskampagnen sollten in der Präventionsarbeit Berücksichtigung finden.

Die extremistischen Entgrenzungs- und Instrumentalisierungsstrategien, die Auswirkungen von Verschwörungsmithen und Informationen über



Desinformationskampagnen sind bereits Gegenstand der regelmäßigen Berichterstattung durch den Verfassungsschutz. Durch Präventionsmaßnahmen sollte es möglich sein, Impulse für den kritischen Diskurs in Politik und Gesellschaft über den angemessenen Umgang mit Verschwörungsmythen und Begriffsklärungen zu setzen. Erreicht werden können dadurch ein junges Personenpotenzial, Multiplikatoren in der Präventionsarbeit sowie diejenigen Menschen, die für staatliche Angebote und Weiterbildung noch offen und erreichbar sind.

Der Verfassungsschutz kann dabei bereits ein ausdifferenziertes Angebot an Präventionsprogrammen vorweisen.

Im Bereich der primären Prävention gibt es ein umfangreiches Angebot an Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Öffentlichkeit wird regelmäßig über ideologische Elemente, Strategien und Erscheinungsformen des Extremismus aufgeklärt. „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ muss viele Zielgruppen passgenau erreichen – der Verfassungsschutzbericht allein reicht nicht aus, weshalb bereits jetzt schon in vielfältiger Weise Kooperationen der Prävention mit anderen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren stattfinden. Zielgruppenorientierte Zugänge gehören hierbei zum etablierten Repertoire: Messeauftritte und Standangebote, digitale und interaktive Angebote, Angebote für Schulen, Vorträge sowie Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen für unterschiedliche Zielgruppen. Die Prävention kann dabei auf den detaillierten Informationsbestand des Verfassungsschutzes zurückgreifen und diesen für die Zielgruppe aufbereiten. Es werden also auch aktuelle Entwicklungen aufgezeigt. Als besonders eindrücklich haben sich aufgrund der Schilderung der persönlichen Radikalisierungs- und Umkehrprozesse moderierte Gespräche mit Ausgestiegenen erwiesen. Im Austausch mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft werden nicht nur Vermittlungsformate und Fragestellungen konzeptionell weiterentwickelt, sondern auch neue Zugangsoptionen für die Zielgruppenansprache gewonnen. Hier profitieren beide Seiten voneinander.

Auch im Bereich der sekundären Prävention gibt es Kooperationsprojekte mit zivilgesellschaftlichen Partnern, insbesondere für die Präventionsarbeit in den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus. Zu nennen wären hier die Programme Wegweiser und VIR (Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen). Auch diese Netzwerke wären für die



Präventionsarbeit im Bereich von Verschwörungsmythen grundsätzlich nutzbar. Über die Vernetzung ließe sich ein größeres Personenspektrum erreichen.

Im Bereich der tertiären Prävention hat der Verfassungsschutz Aussteigerprogramme in allen relevanten Phänomenbereichen im Angebot. Die bestehenden Programme richten sich vor allem an Personen, die einen gefestigten und längeren Vorlauf in einer extremistischen Szene bereits hinter sich haben. Aufgrund der langjährigen Erfahrung im Umgang mit extremistischen Verschwörungsnarrativen bei den Klienten der Aussteigerprogramme kann davon ausgegangen werden, dass auch Angehörige von verschwörungsmythischen Strömungen grundsätzlich erreichbar wären.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen prüft fortwährend geeignete Angebote und Maßnahmen, um aktuellen Entwicklungen zu begegnen und über diese umfassend zu informieren.

Auftrag an Politik und Gesellschaft

Bei allen gefahrenabwehrenden, aufklärenden und präventiven Maßnahmen ist aus der Darstellung der tiefer liegenden Ursachen für die Entstehung der „Corona-Leugner“-Szene deutlich geworden, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen werden, um das Problem nachhaltig zu bekämpfen.

Ein Milieu, das grundsätzlich von einer Eliten-Verschwörung ausgeht, von Politik und Gesellschaft tief enttäuscht ist und sich in mediale Filterblasen zurückzieht, muss langfristig in die gesellschaftlichen Diskurse zurückgeholt werden. Hier sind neben den Sicherheitsbehörden und staatlichen Stellen auch politische Parteien und ihre Mandatsträger, zivilgesellschaftliche Organisationen, die Medien und auch die Anbieter von Mediendiensten im Internet gefragt, Strategien zu entwickeln.

Mit kurzzeitigen Erfolgen ist – auch im Hinblick auf parallele Entwicklungen in anderen, westlich-geprägten Staaten – mit Sicherheit nicht zu rechnen. Vielmehr erscheint es erforderlich, mit einer Langzeitstrategie auf den entfremdeten Teil der Gesellschaft zuzugehen.



4.3 Bewertung zur Relevanz für den Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen hat die „Corona-Leugner“-Szene seit März 2020 intensiv im Blick. Personenzusammenschlüsse und Einzelpersonen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen, werden beobachtet.

Insbesondere die Versuche der Einflussnahme und Instrumentalisierung durch Rechtsextremisten waren ein erster Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen. Aufgrund der zunehmenden Radikalisierung, Vernetzung und Demokratiefeindlichkeit der Szene ist mittlerweile eine darüber hinausgehende Relevanz für den Verfassungsschutz erkennbar.

So werden einige der Diskurse der „Corona-Leugner“ mittlerweile von verfassungsfeindlichen bis hin zu volksverhetzenden Aussagen geprägt, die für sich genommen bereits eine nachrichtendienstliche Beobachtung rechtfertigen. Diese Beobachtung erstreckt sich nicht auf die gesamte Szene der „Corona-Leugner“, sondern den Teil, der diese Botschaften erstellt, transportiert und aktiv bewirbt. Zu den problematischen Botschaften gehören auch diejenigen Verschwörungsmythen, die ein verfassungsfeindliches Narrativ aufweisen, insbesondere aus dem Fundus antisemitischer Topoi.

In Nordrhein-Westfalen sind dabei als Organisationen derzeit vor allem die „Querdenken“-Bewegung und die „Corona-Rebellen“ auffällig. Auch darüber hinaus werden Einzelpersonen und Netzwerke in den Blick genommen, wenn sie die gesetzlichen Kriterien erfüllen.

Bei dem hier beschriebenen Personenpotenzial ist von der Notwendigkeit einer langfristigen Bearbeitung durch den Verfassungsschutz auszugehen. Wie bereits beschrieben, muss davon ausgegangen werden, dass auch nach einer Corona-Pandemie ein grundsätzliches, enttäushtes, staatsfernes und mobilisierungsfähiges Personenpotenzial fortbesteht. Auch dürften kleinere Netzwerke und Einzelakteure der „Corona-Leugner“-Szene selber in Zukunft weiter relevant bleiben. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen wird sich daher langfristig auf die Entwicklung einstellen und den Trend analytisch begleiten müssen.



5. Anhang

5.1 Glossar

5G

Aufbauend auf dem Mobilfunkstandard LTE wird die 5. Generation des Mobilfunks sukzessive ausgebaut. Das 5G-Mobilfunknetz wird wie seine Vorläufer seit Jahren für mögliche Gesundheitsschäden verantwortlich gemacht. Somit existiert angeblich ein Zusammenhang zwischen 5G und der Pandemie.

9/11: Inside Job

Ein großer Teil des "9/11-Truth-Movements" glaubt an einen größeren Plan: die Errichtung einer „neuen Weltordnung“, 9/11 als Teil der jüdischen Weltverschwörung. Der Theorie zufolge gelten die Anschläge dabei als Vorwand, um die Grundrechte und Freiheiten der Menschen einzuschränken.

Adrenochrom

Adrenochrom ist ein Stoffwechselprodukt von Adrenalin im menschlichen Körper und kann auch im Labor künstlich hergestellt werden. In verschwörungsideologischen Kreisen kursiert allerdings die Erzählung, es gäbe ein geheimes Netzwerk von Eliten, das Kinder entführen, in unterirdischen Tunneln gefangen halten und foltern würde, um ihnen das durch Angst ausgeschüttete Adrenochrom aus der Blutbahn abzuzapfen. Nicht zuletzt eine auch als „satanisch“ bezeichnete „Hollywoodelite“ würde Adrenochrom als Droge zur eigenen Verjüngung einsetzen. Eng damit verbunden sind Vorwürfe sexuellen Missbrauchs an den Kindern. Der Verschwörungsmythos rund um Adrenochrom wird in den USA insbesondere von QAnon-Gläubigen propagiert, in Deutschland wurde sie auch durch Äußerungen des Sängers Xavier Naidoo bekannt.



Bilderberger; Bilderberg-Konferenzen

Die Bilderberg-Konferenzen sind nach dem niederländischen Hotel benannt, in dem 1954 das erste dieser informellen Treffen stattfand. Ins Leben gerufen wurden sie von Prinz Bernhard der Niederlande, dem polnischen Diplomaten Josef Retinger, dem Bankier David Rockefeller und dem ehemaligen britischen Außenminister Denis Healey. Traditionell werden etliche wichtige und aufstrebende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Medien eingeladen und in den Nobelhotels der entsprechenden Region untergebracht. Glaubt man den verschiedenen Verschwörungsmystikern, sind die Bilderberg-Konferenzen nichts anderes als die Jahrestreffen der Vordenker der Neuen Weltordnung, auf denen die Agenda für die nächsten zwölf Monate festgelegt wird. Wegen ihrer Geheimniskrämerei und ihrer exklusiven Zusammensetzung war die Bilderberg-Konferenz schon oft Ausgangspunkt von diversen Verschwörungsmythen. Amerikanische und deutsche Verschwörungsmystiker vermuten, dass die „Bilderberger“ eine Weltdiktatur mit sozialistischer Prägung anstreben. Die Liste der ihnen nachgesagten Aktivitäten ist lang: Die Einführung des Euro und die deutsche Wiedervereinigung seien demnach im Rahmen der Bilderberg-Konferenz beschlossen worden. Die Bilderberger soll angeblich die US-Präsidentschaftswahlen beeinflussen und die jeweiligen Spitzenkandidaten der Demokratischen und Republikanischen Partei bestimmen. Auch Renault Camus rechtspopulistische Wahnidee vom „Großen Austausch“ wurde von einigen Verschwörungsmystikern in die Bilderbergerverschwörung adaptiert. Letztendlich werden auch die Maßnahmen der verschiedenen Staaten und der WHO gegen das neuartige Corona-Virus, der letzten Bilderberg-Konferenz als Etappenziel für eine vermeintliche Weltregierung zugeschrieben.

Corona-Diktatur

Behauptung, die Pandemie existiere nicht /sei nur ein Vorwand, um die Grundrechte einzuschränken und eine Diktatur zu errichten.



Corona-Leugner

Artikulieren Zweifel an der Existenz der Pandemie. Es kann aufgrund einer Offenheit für Verschwörungsmymen die Verknüpfung mit verfassungsfeindlichen Ideologien oder Narrativen vorkommen.

D-Day

Die Abkürzung “D-Day” steht hier für “Decision-Day” = “Tag der Entscheidung”. Mit dem Begriff “D-Day” ist historisch die Landung der alliierten Truppen in der Normandie im Jahr 1944 gemeint – der Beginn der finalen Phase zur Befreiung Europas von der deutsch-nationalsozialistischen Herrschaft.

Deep State

Deep State (tiefer Staat) bezeichnet einen „Staat im Staat“ und ist zunächst eine Übersetzung des Türkischen „derin devlet“. Derin devlet bezeichnet tatsächliche antidemokratische und autoritäre Koalitionen innerhalb der Türkei, zusammengesetzt aus hochrangigen Mitgliedern von Geheimdiensten, Sicherheitsbehörden, Militär, Justiz und Mafia, die etwa für Militärcoups und gezielte Verfolgungen von politischen Gegnern verantwortlich gemacht werden.

Federal Reserve System (FED)

In verschwörungsmymischen Kreisen sind die Schlagworte Finanzkapital, Geld und Zins ein immer wiederkehrendes Thema und meist negativ besetzt. Auch hier spielen Personifizierungen eine wichtige Rolle: Mal ist es das Federal Reserve System (FED), das Zentralbanksystem der USA, das für Verwerfungen in der Welt verantwortlich sei, mal die „wahren Strippenzieher“ dahinter, etwa die Rothschilds oder die Illuminaten. Oft wird dabei das Zinssystem als Quelle allen Übels identifiziert und dabei die imaginierte Aufspaltung der Ökonomie in gutes, „schaffendes Kapital“ und böses, „raffendes Kapital“ aus der Zeit des Nationalsozialismus reproduziert.



Freimaurer

Wie manche Personen oder Familiennamen können auch Chiffren wie Bilderberger, Illuminati oder Freimaurer für „die Juden“ als Feindbild und Projektionsfläche stehen. Tatsächlichen oder vermeintlichen Geheimgesellschaften wird dabei zugeschrieben, im Verborgenen die Geschicke der Welt zu lenken. Dies geschehe zum Schaden der Allgemeinheit und zum unlauteren, unanständigen Nutzen der vermeintlichen Verschwörer. Wie auch bei anderen Chiffren und im Antisemitismus allgemein ist Teil der Verschwörungsmithen, dass diese Gesellschaften sehr alt seien und schon lange „die Fäden in der Hand“ hätten, siehe →Marionetten / Strippenzieher.

Great Reset

Vom „Great Reset“ (deutsch: großer Neustart) wird seit dem Sommer 2020 im Kontext von Verschwörungsmithen rund um Covid19 immer häufiger gesprochen. Die Coronakrise sei das Vehikel sogenannter „Globalisten“, um eine „Neue Weltordnung“ zum Schaden der Menschheit einzurichten. Der Begriff „Great Reset“ ist dem Motto des World Economic Forum (WEF) für das Jahr 2021 sowie dem Titel eines Buches seines Vorsitzenden Klaus Schwab entlehnt. Er will den realen Krisen der Welt, insbesondere der Ungleichverteilung von Eigentum, der Klimakrise sowie aktuell der Coronakrise, mit einer Veränderung des Kapitalismus entgegentreten. In den verschwörungsmithischen Auslegungen werden allerdings allerlei Versatzstücke aus anderen Verschwörungsmithen integriert, die mindestens eine offene Flanke zum Antisemitismus haben: Mit der Impfung gegen Covid-19 sollten den Menschen etwa Nanochips implantiert werden, um sie kontrollierbar zu machen oder umzubringen. Manchmal solle auch das Bargeld abgeschafft werden, um über digitalen Zahlungsverkehr alles kontrollieren zu können. Teils wird der „Great Reset“ als Programm zur Durchsetzung eines „materialistischen Marxismus“ bezeichnet oder behauptet, die Coronatests seien eigentlich dazu da, um eine DNA-Datenbank der Weltbevölkerung anzulegen.

Der große Umbruch/Neustart: Mythos die Pandemie würde als Vorwand dienen, die Weltwirtschaftsordnung zu Gunsten der Interessen der globalen Wirtschaftseliten zu transformieren. Treiber dieser Entwicklung wäre das Weltwirtschaftsforum.



Der Große Austausch

Mit dem „Großen Austausch“ wird in der rechtsextremistischen Szene die Behauptung bezeichnet, die europäischen Regierungen würden die Ersetzung der autochthonen Bevölkerung durch nichteuropäische bzw. muslimische Zuwanderer planen. Das Narrativ wurde seit 2010 von Renaud Camus in seinen Schriften verbreitet. Ursprünglich auf Frankreich bezogen, hat dieser Begriff durch seine Rezeption in der Identitären Bewegung auch in Deutschland innerhalb des Rechtsextremismus Verbreitung gefunden. Im angelsächsischen Raum erfolgte eine vergleichbare Resonanz innerhalb der Szene durch die Bezugnahme des Attentäters von Christchurch hierauf.

Holocaustleugnung

Es existieren zahlreiche Varianten von "der Holocaust hat nicht in der Form stattgefunden, wie er in der anerkannten Geschichtsschreibung vermittelt wird" bis zu "der Holocaust hat überhaupt nicht stattgefunden und ist nur eine Erfindung". Durch die Einordnung des Holocausts als Teil einer „Neuen Weltordnung“, wird Holocaustleugnung zu einem Bestandteil der jüdischen Weltverschwörung erklärt. In Deutschland ist Holocaustleugnung nach §130 Absatz 3 StGB strafbar.

Illuminaten

Der Orden der Illuminaten wurde am 1. Mai 1776 von dem Freimaurer und ehemaligen Jesuiten Adam Weishaupt in Ingolstadt gegründet. Im Jahr 1783 kam es zu internen Spannungen im Illuminatenorden. 1787 verbot das Bayerische Königreich den Illuminatenorden und erließ daraufhin ein Dekret, das eine Mitgliedschaft im Orden bei Todesstrafe untersagte. Seither gilt der Illuminatenorden paranoiden Verschwörungsgläubigen als ultimativer Multiplikator einer vermeintlich Neuen Weltordnung. Der Jesuitenpater und fanatische Gegner der Französischen Revolution Abbé Barruel, brachte die Illuminaten im Rahmen seiner dreiteiligen Publikation „Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Jakobinismus“ einerseits mit den Freimaurern, den Tempelrittern und einer weltweiten jüdischen Verschwörung in



Verbindung. Im Unterschied zu den Freimaurerlogen verfolgten die Illuminaten, unter der stringenten Führung Adam Weishaupts, auch eine ausgesprochen politische Zielsetzung, die von ihren Gegnern als revolutionär bezeichnet wurde. Auf die Illuminaten berufen sich zahlreiche rechtsradikale, fundamentalistische Sekten im Rahmen mehrerer pseudohistorischer Wahnideen. Einigen Verschwörungsmystikern zufolge, hat sich der Illuminatenorden mit den Hochgradfreimaurern vereinigt, um ein autoritäres Weltregime durchzusetzen. Für die Beweisführung ihrer wirren Theorien werden häufig die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“, eine Fälschung des zaristischen Geheimdienstes Ochrana, und die ebenfalls gefälschten Verhörprotokolle von Christian Georgijewitsch Rakowski herangezogen. Rakowski war Vertreter der linken Opposition in der Sowjetunion und soll, im Rahmen seiner Inhaftierung durch die stalinistische Geheimpolizei GPU, vermeintliche Umsturzpläne der linken Opposition gegen Stalin gestanden haben. Des Weiteren soll Rakowski die finanzielle Unterstützung amerikanischer Banken für die Oktoberrevolution, unter Leitung der Rothschilds, mit Leo Trotzki als Vermittler gestanden haben. Diese Pseudofakten griffen die amerikanischen Verschwörungsmythiker Gary Allen und Des Griffin in ihren Werken „Die Insider“ (1970) und „Wer regiert die Welt“ (1976) auf und machten sie somit Massenkompatibel für die rechtsradikale und verschwörungsmythische Szene in den USA. In der Bundesrepublik griff der esoterische Verschwörungsmythiker Jan Udo Holey die Theorien von Allen und Griffin auf. Holey hat unter dem Pseudonym Jan van Helsing den Zweibänder „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“ veröffentlicht, der auf dem Buchmarkt überaus erfolgreich war, bevor das Landgericht Mannheim 1996 die bundesweite Beschlagnahmung anordnete. Dies geschah mit der Begründung, dass in Holeys Werken »Volksverhetzung« betrieben und »Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen« verwendet würden. Auch im Rahmen der aktuellen Corona-Pandemie hat Holey als Herausgeber bzw. Co-Autor zwei verschwörungsmythische Bücher veröffentlicht („Lockdown: Das Virus war nicht die Ursache. Es war nur der willkommene Auslöser für das größte, je gewagte Experiment am Menschen“ bzw. „Wir töten die halbe Menschheit – und es wird schnell gehen“). Weitere deutsche Autoren, welche mit der Illuminatenverschwörungsideologie in ihren Publikationen operieren sind: Tilman Knechtel („Die Rothschilds – Eine Familie beherrscht die Welt“), Wolfgang Eggert („Israels Geheimvatikan“) und Heiko Schrang („Die Jahrhundertlüge 1/2“).



Kabale

Kabale ist ein veraltetes Wort für Intrige, Verschwörung oder Komplott. Auch werden mit dem Begriff imaginierte Geheimorganisationen bezeichnet, die politische Intrigen planen würden. Das Wort lehnt sich an das hebräische Wort Kabbalah an, das Empfang bedeutet, aber auch eine mystizistische Glaubensrichtung im Judentum bezeichnet. In verschwörungsmythischen Kreisen wird der Begriff ähnlich wie Illuminaten oder Bilderberger zur Bezeichnung einer vermeintlichen geheimen, häufig jüdisch konnotierten internationalen Elite gebraucht, die im Verborgenen die Geschicke der Welt steuert und die Menschen unterjocht. Wie alle solche Mythen ist auch der Begriff Kabale anschlussfähig für antisemitische Auslegungen. Die hebräische Herkunft des Wortes wird als Hinweis auf eine Verbindung zum Judentum verstanden, insbesondere aber wird die Verbindung manchmal auch ganz offen gemacht.

Kritiker des Regierungshandelns:

Äußern Kritik an den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie auf der Sachebene, dies kann gegebenenfalls Relativierung der Auswirkungen einer Corona-Infektion beinhalten. Es erfolgt keine Verknüpfung mit verfassungsfeindlichen Ideologien oder Narrativen.

Kulturmarxismus

Unter dem Schlagwort des „kulturellen Marxismus“ oder „Kulturmarxismus“ wird etwa seit den 1990er Jahren ein recht breites Spektrum diffuser Verschwörungsmysmen sowie rassistischer, sexistischer und antisemitischer Ressentiments verbreitet. Das Wort „Kulturmarxismus“ selbst ist eine Adaption der nationalsozialistischen Propagandabegriffe „Kulturbolschewismus“ und „jüdischer Bolschewismus“. Sie sollen aussagen, dass Juden hinter dem Kommunismus stünden, der ebenso wie der „Kulturmarxismus“ die vermeintlich natürlichen Unterschiede zwischen Menschen nivellieren und einen „identitätslosen Einheitsmenschen“ erschaffen wolle.



Lügenpresse

Die Rede von der „Lügenpresse“ ist eine Verschwörungsmythe über angeblich gleichgeschaltete oder sich-gleichschaltende Medien, die sich zum Zwecke der Durchsetzung bestimmter Ansichten und politischer Maßnahmen verbünden würden. Sie würden nur berichten, was im Interesse „der Herrschenden“ sei. Im deutschen Sprachraum ist der Begriff der Lügenpresse auch im Zusammenhang mit dem Sprichwort des „Lügens wie gedruckt“ zu denken, das bereits mit der Erfindung des Buchdrucks entstand. Hier drückt sich ein genereller Verdacht gegen das geschriebene Wort aus, im Unterschied zu dem „authentischeren“ gesprochenen Wort. Journalistinnen und Journalisten werden oftmals gering bewertet, man denke an das Wort „Schreiberlinge“. Bereits Anfang des 18. Jahrhunderts wurde die junge liberale Presse, oft in antisemitischer Konnotation, von konservativen Kreisen der 33 Lügen bezichtigt. Die massiven Umbrüche der Moderne wurden nicht zuletzt auf die Journalisten der Aufklärung projiziert. Diese hätten sich im Illuminatenorden und Freimaurerlogen vereinigt, um die Welt gedanklich zu kontrollieren und schließlich Ereignisse wie die Französische Revolution auszulösen.

NWO / Neue Weltordnung

Der Begriff Neue Weltordnung, oder New World Order, beides abgekürzt mit NWO, steht für eine Vielzahl an Verschwörungsmythen und gewann ab den 1990er Jahren als Begriff an Bedeutung. Zentrales Element dieser Vorstellungen ist es, die Menschheit oder große Teile von ihr solle von einer geheimen Elite unterjocht, versklavt, kontrolliert oder umgebracht werden. Es sollten angeblich allumfassende Herrschafts- und Kontrollmechanismen eingeführt werden, die aber klar hierarchisch seien: Oben die wenigen, elitären, reichen und einflussreichen Verschwörer, unten „die einfachen Leute“, „das Volk“ oder „die Menschheitsfamilie“. Die Erzählung beruht auf einem vormodernen Verständnis von Herrschaft: Diese wird direkt, von Person zu Person ausgeübt, etwa vom König über seine Untertanen. Die moderne Welt, in der Herrschaft vermittelt über etwa demokratische Prozesse, Gewaltenteilung und staatliches Gewaltmonopol sowie über die allgemeine Freiheit und Gleichheit aller



vor dem Gesetz von Menschen in Funktionen über Menschen ausgeübt wird, wird darin verkannt.

QAnon

Um Q ranken sich allerlei Verschwörungsmethoden, die anschlussfähig für offenen Antisemitismus sind. Q bezeichnet eine vermeintliche geheime Quelle in hohen US-amerikanischen Regierungskreisen. Anon steht für Anonym, also ohne Namensangabe. Unter dem Label QAnon sammeln sich die Anhänger von Q. Ein oder mehrere Internetuser posten als Q in sogenannten QDrops angeblich geheime Hinweise und Informationen in Internetforen. Der Buchstabe spielt auf eine hohe Sicherheitsfreigabe für geheime Regierungsinformationen in den USA an, die sogenannte QClearance. Die geposteten QDrops sind relativ vage und bieten keine abgeschlossenen Erzählungen an. Unter QAnons werden diese Kurznachrichten diskutiert und interpretiert. Q behauptet etwa die Existenz eines „Deep State“, eines „tiefen Staats“. Gegen diesen wird angeblich mit Unterstützung Donald Trumps angekämpft. Dieser „Deep State“ sei eine Verschwörung einflussreicher Menschen, dem sogenannten „Establishment“, der „Hollywoodelite“ und Spitzenpolitiker der US-Demokraten. Dieses „Establishment“ wird auch immer wieder als jüdisch markiert, indem etwa einflussreiche Jüdinnen und Juden damit in Verbindung gebracht oder angebliche Mitverschwörer als „Zionisten“ bezeichnet werden. Wesentlicher Teil der Aktivitäten des „Deep State“ sei die massenhafte Entführung von Kindern, die in unterirdischen Laboren gefangen gehalten, gefoltert und sexuell missbraucht würden, bekannt als Adrenochrom-Erzählung.

„Soros“

Einige der Chiffren, die im Antisemitismus für „die Juden“ stehen, sind jüdische Personen oder Familien, darunter George Soros, die Familie Rothschild oder Henry Kissinger. Weil insbesondere seit der Shoah der offene Antisemitismus tabuisiert ist, sind Sätze wie „Die Juden steuern das Weltgeschehen“ öffentlich für die meisten Menschen nicht mehr sagbar. Die gesellschaftlichen Strukturen, die dazu führen können, dass Antisemitismus entsteht, sind aber weiterhin vorhanden. Das



Bedürfnis, Schuldige zu finden und sich selbst zu entlasten geht so klassisch antisemitische Wege, bezeichnet aber das Feindbild häufig nicht mehr direkt als „die Juden“. Mittels einer Umwegkommunikation werden Chiffren und Codes gefunden, die sowohl Dritte als auch das Subjekt selbst glauben lassen, man sei gar kein Antisemit, eine Aussage sei gar nicht antisemitisch. Gleichzeitig befriedigen diese aber das Bedürfnis, sich selbst als unschuldig wahrzunehmen und eine einflussreiche, geheime Macht entdeckt zu haben, die vermeintlich für alles als schlecht empfundene verantwortlich sei.

Strippenzieher

Verschwörungsmythen gehen von einer kleinen verschworenen Gruppe oder Einzelpersonen aus, die im Geheimen die gezielte Schädigung der Bevölkerung plane. Diese Personen werden oft als Strippenzieher bezeichnet, die „in Wahrheit“ hinter Regierungen, Politikern oder den Medien – den „gesteuerten Marionetten“ – stünden. Diese Einteilung in simple gut-böse-Strukturen wehrt die Tatsache ab, dass man der Welt mit ihren komplexen Mechanismen ausgeliefert ist. Es wird nicht mehr die Einrichtung der Welt (an der niemand unmittelbar Schuld hat) als feindlich und widersprüchlich, sondern eine „böswillige“, außerhalb der Gesellschaft stehende Gruppe als der Feind ausgemacht – mit dessen Vernichtung das Böse aus der Welt verschwände.

Verschwörungs- mythos/ -erzählung/ -glaube/ -ideologie/ -theorie

Übergeordnete Erzählung auf abstrakter ebene, z. B. die Behauptung dass eine Gruppe sich zur Erlangung der Weltherrschaft zusammenverschworen habe.

WWG1WGA

Von der QAnon-Bewegung geprägter Slogan „Where we go one we go all / WWG1WGA“ (sinngemäß „Einer für alle, alle für einen“)



ZOG (Zionist Occupied Government)

ZOG steht für „Zionist Occupied Government“ (deutsch: Zionistisch besetzte Regierung). Es verweist auf den Verschwörungsmythos einer imaginierten jüdischen Weltverschwörung, die sich angeblich die Globalisierung zunutze mache, um insgeheim verschiedene nationale Regierungen zu kontrollieren. „Zionistisch“ ist hier eine Chiffre für „die Juden“. „Besetzte Regierungen“ sind in dieser Verschwörungsmythe nur Marionetten ihrer wahren Herren, der Juden.



5.2 Zeitstrahl relevanter Ereignisse

Besonders einschneidende Ereignisse sind **schwarz** markiert.

Januar 2020

09. Januar 2020: Die chinesischen Behörden melden erstmals, dass eine Lungenkrankheit auf ein neuartiges Coronavirus zurückgehe. Am selben Tag gibt es dort den ersten erfassten Todesfall im Zusammenhang mit dem Virus.

27. Januar: Die erste erfasste Erkrankung in Deutschland wird aus dem bayerischen Landkreis Starnberg gemeldet.

Februar 2020

11. Februar: Die WHO benennt die neuartige Lungenerkrankung „Covid-19“. Das Virus erhält den Namen Sars-CoV-2.

22. Februar: Italien meldet den ersten durch das Coronavirus bedingten Todesfall eines Europäers und riegelt am 23. Februar die ersten Gemeinden ab.

März 2020

06. März: In Deutschland kommt es zunehmend zu Hamsterkäufen.

08. März: Es wird bekannt, dass erstmals ein Deutscher am Coronavirus gestorben ist. Der Mann war eine Woche zuvor nach Ägypten gereist.

10. März: Abriegelung aller Grenzen Italiens.

11. März 2020: Die WHO ruft eine weltweite Pandemie aus. Bundeskanzlerin Angela Merkel warnt vor einer Überlastung des Gesundheitssystems.

16. März: In den meisten Bundesländern sind Schulen und Kitas bereits geschlossen, andere folgen. An den Grenzen zu Frankreich, Österreich, Luxemburg, Dänemark und der Schweiz setzt die Bundesregierung umfassende Kontrollen und Einreiseverbote in Kraft.



18. März: In einer Fernsehansprache spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel von einer Herausforderung von "historischem Ausmaß". Die EU verhängt einen Einreisestopp. Fast zeitgleich startet das Auswärtige Amt eine Rückholaktion für mehr als 160.000 deutsche Urlauber aus dem Ausland.

22. März 2020: Bund und Länder einigen sich auf strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen.

28. März 2020: Die „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“ initiiert in Berlin die erste „Hygienedemo“ mit 40 Teilnehmern. Dies ist gleichbedeutend mit dem organisatorischen Beginn der „Corona-Leugner“-Szene

April 2020

01. April: Die bundesweit geltenden Kontaktbeschränkungen werden bis zum 19. April verlängert.

11. April 2020: Auf dem Stuttgarter Schlossplatz demonstrierten rund 20 Personen der Initiative „Querdenken“ gegen das von der Stadt verhängte Versammlungsverbot. In Berlin findet die zweite „Hygienedemo“ mit über 350 Teilnehmern statt.

18. April: Die dritte „Hygienedemo“ in Berlin wächst auf 500 Teilnehmer an.

20. April: In Deutschland treten die ersten vorsichtigen Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen in Kraft. Sachsen als erstes Bundesland eine **Mundschutzpflicht** im Einzelhandel und im öffentlichen Nahverkehr ein.

23. April: Ein 30-jähriger Mann in Wilhelmshaven schneidet das Kabel eines Mobilfunkmastes durch und filmt sich dabei. In dem Video sagt er, dass er „gegen die 5G-Strahlung“ protestieren wolle, und fordert die Zuschauer auf, es ihm gleich zu tun.

25. April: Trotz eines weitgehenden Verbots von Demonstrationen haben sich in Berlin mehr als 1000 Menschen zu einer „Hygienedemo“ versammelt. Unter den Teilnehmern waren einige bekannte Rechtspopulisten und Verschwörungsmystiker. In Stuttgart sind zwischen 350 und 500 Menschen dem Aufruf der Initiative "Querdenken" gefolgt.

27. April: In allen deutschen Bundesländern gilt inzwischen eine Mundschutzpflicht, meist für Einkäufe sowie in Bus und Bahn, teils nur im ÖPNV.



29. April: In Deutschland beginnen die Pharmaunternehmen BioNTech und Pfizer damit, einen Corona-Impfstoff an Menschen zu testen.

Mai 2020

2. Mai 2020: In verschiedenen Bundesländern demonstrieren erstmals hunderte Menschen an mehreren Orten gleichzeitig gegen die Beschränkungen und Regelungen zur Eindämmung des Virus. In Sachsen wird der Protest von verschiedenen rechten Gruppierungen organisiert. Es kommt zu diversen Verstößen.

06. Mai: Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigt nach einem Gespräch mit den Ministerpräsidenten der Länder weitere Lockerungen der Corona-Beschränkungen an.

16. Mai: Wieder demonstrieren in mehreren Städten Tausende gegen Einschränkungen.

22. Mai: Erste Tests mit neuen Impfstoffen an Menschen verlaufen erfolgreich.

Juni 2020

08. Juni: Eine Studie bestätigt die Schutzwirkung von Atemmasken gegen das Coronavirus.

16. Juni: Die Corona-Warn-App zur besseren Nachverfolgung von Infektionsketten startet in Deutschland.

26. Juni: Angesichts lokaler Coronavirus-Ausbrüche und der beginnenden Ferienzeit einigen sich Bund und Länder auf innerdeutsche Einreise-Restriktionen.

Juli 2020

27. Juli: Die WHO bezeichnet die Coronavirus-Pandemie als den schwersten globalen Gesundheitsnotstand in ihrer Geschichte.

28. Juli: Forscher auf der ganzen Welt arbeiten zeitgleich unter großem Einsatz an einem Impfstoff. Fünf Mittel werden laut WHO in größeren Studien getestet, darunter der Impfstoff der deutschen Firma BioNTech.



August 2020

01. August: Erstmals seit Mai werden in Deutschland mehr als 1.000 Neuinfektionen pro Tag registriert. In Berlin demonstrieren etwa 20.000 Menschen unter dem Motto „Das Ende der Pandemie – Tag der Freiheit“ gegen die Politik der Bundesregierung.

03. August: Nach Hamburg will auch Nordrhein-Westfalen mit dem Schulbeginn eine Mundschutzpflicht an Schulen einführen.

11. August: Russland lässt weltweit den ersten Coronavirus-Impfstoff für eine breite Anwendung zu.

17. August: Bundeskanzlerin Merkel hält weitere Lockerungen für ausgeschlossen.

19. August: Frankreich, Spanien und Kroatien melden hohe Infektionszahlen.

21. August: Die Deutsche Bahn verstärkt Kontrollen der Maskenpflicht in Zügen und setzt Präventionsteams gegen Gewalt ein.

27. August: Bund und Länder einigen sich auf ein Mindestbußgeld von 50 Euro für Verstöße gegen die Maskenpflicht – nur Sachsen-Anhalt will bei dieser Regelung nicht mitmachen.

29. August 2020: In Berlin demonstrieren gut 38.000 Menschen gegen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus in Deutschland. Ein Verbot war gerichtlich aufgehoben worden. Da Hygieneauflagen missachtet werden, löst die Polizei die Demonstration auf. Etwa 300 Menschen werden festgenommen. Für einen öffentlichen Eklat sorgt, dass ca. 450 Personen kurz die Treppen des Reichstagsgebäudes besetzen. Viele schwenkten dabei Reichsflaggen. Es versammelten sich zudem rund 3.000 Menschen vor der Botschaft der Russischen Föderation. Sie forderten einen „Friedensvertrag“ für Deutschland.

September 2020

22. September: In Bayern gilt in besonders stark von der Pandemie betroffenen Kommunen eine Maskenpflicht auf stark besuchten öffentlichen Plätzen. Ein Alkoholverbot in der Öffentlichkeit wird ausgeweitet, die Sperrstunde auf 23 Uhr vorgezogen.



27. September: Der Städte- und Gemeindebund fordert, private Feiern bundeseinheitlich auf maximal 50 Personen zu begrenzen.

29. September: Bund und Länder verständigen sich auf weitere Corona-Maßnahmen. So wird die Zahl der Gäste bei privaten Feiern in öffentlichen oder gemieteten Räumen begrenzt.

Oktober 2020

01. Oktober: Die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA beginnt mit der Prüfung eines ersten Impfstoffs in Europa auf Wirksamkeit und Verträglichkeit. Der sogenannte Oxford-Impfstoff wurde von Forschern der Universität Oxford zusammen mit dem Pharmakonzern AstraZeneca entwickelt.

14. Oktober: Bund und Länder einigen sich auf neue gemeinsame Eindämmungsregeln.

15. Oktober: Die Zahl der Neuinfektionen in Deutschland steigt binnen eines Tages auf über 6.000.

17. Oktober: Angesichts der stark steigenden Neuinfektionen ruft Bundeskanzlerin Merkel die Bevölkerung auf, Kontakte so weit wie möglich zu reduzieren.

18. Oktober: Polizeigewerkschaften beklagen eine zunehmend aggressive Stimmung bei der Kontrolle der Corona-Auflagen.

19. Oktober: Im Berchtesgadener Land gelten als erstem Landkreis in Deutschland wieder sehr strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen.

25. Oktober 2020: Vor dem Gebäude der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin explodiert ein selbstgebaute Sprengsatz. Ermittler finden am Tatort ein Bekenner schreiben, dessen Autor die sofortige Einstellung der Corona-Maßnahmen fordert, sonst würden weitere Anschläge, zum Beispiel auf das Robert-Koch-Institut, folgen. Unbekannte verübten in derselben Nacht einen Brandanschlag auf das Robert-Koch-Institut in Berlin. Sie warfen brennende Flaschen auf das Gebäude im Stadtbezirk Tempelhof-Schöneberg.

28. Oktober 2020: Bund und Länder beschließen einen "Teil-Lockdown". Ab dem 2. November sollen soziale Kontakte auf zwei Haushalte begrenzt werden, die



Gastronomie- und Tourismusbranche müssen im gesamten Monat November schließen, ebenso Kultureinrichtungen.

31. Oktober: In Dresden demonstrieren Tausende Menschen gegen die Corona-Politik. In Düsseldorf sind rund 100 Kritiker der Corona-Maßnahmen auf die Straße gegangen, zu der Veranstaltung der selbst ernannten "Corona-Rebellen". Unter den Demonstranten waren auch Vertreter der Gruppierung "Hooligans gegen Salafisten".

November 2020

02. November: Das öffentliche Leben in Deutschland wird in weiten Teilen heruntergefahren. Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie Restaurants und Hotels müssen zunächst bis Ende November schließen.

07. November: Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern beschließen eine gemeinsame Strategie für Corona-Impfungen – unter anderem soll der Bund die Impfstoffe beschaffen und finanzieren. In Leipzig demonstrieren mehrere zehntausend Menschen gegen die Corona-Maßnahmen. Es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten, Gegendemonstranten und Polizei.

10. November: In Deutschland liegen inzwischen mehr als 3.000 Covid-19-Patienten auf der Intensivstation – mehr als im Frühjahr. Die EU-Kommission einigt sich mit den Pharma-Unternehmen Biontech und Pfizer auf die Lieferung eines Impfstoffs.

12. November: Das Robert Koch-Institut warnt vor Engpässen bei der Versorgung von Covid-19-Patienten. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die seit November geltende Schließung von Restaurants. Demnach hat der Schutz von Leben und Gesundheit Vorrang vor der Berufsfreiheit.

18. November 2020: Bundestag und Bundesrat haben das neue Infektionsschutzgesetz beschlossen. Das neue dritte Bevölkerungsschutzgesetz beinhaltet konkrete Vorgaben für die vor allem von den Ländern verhängten Corona-Maßnahmen. Gegen das neue Gesetz demonstrierten in Berlin mehr als 10.000 Personen in unmittelbarer Nähe des Reichstags. Die Polizei nahm im Rahmen der Demonstration 365 Personen fest und leitete 257 Ermittlungsverfahren ein. Am selben Tag bedrängten und beschimpften vier von Bundestagsabgeordneten der AfD in den Bundestag eingeladene Besucher Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU),



den FDP-Politiker Konstantin Kuhle den Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter und den SPD-Politiker Martin Schulz.

20. November: Die Unternehmen BioNTech und Pfizer haben in den USA die Zulassung ihres Impfstoffs beantragt.

25. November: Bund und Länder beschließen, den zunächst bis Ende November geltenden Teil-Lockdown zu verlängern und zu verschärfen. Auch gibt es Empfehlungen für Weihnachten und Silvester.

30. November: Der US-Pharmakonzern Moderna beantragt als erstes Unternehmen die Zulassung für einen Corona-Impfstoff in der EU.

Dezember 2020

02. Dezember: Weil die Infektionszahlen nicht ausreichend sinken, beschließen Bund und Länder vorzeitig eine Verlängerung des sogenannten Teil-Lockdowns bis 10. Januar 2021.

06. Dezember 2020: Bayern ruft erneut den Katastrophenfall aus und beschließt strengere Maßnahmen gegen die Virusausbreitung, unter anderem ein nächtliches Ausgangsverbot. Ungefähr 900 Anhänger der „Querdenken“-Initiative haben sich im Düsseldorfer Rheinpark versammelt, um gegen die Corona-Beschränkungen zu demonstrieren.

09. Dezember: Noch vor Weihnachten sollen Menschen über 60 Jahre und Risikopatienten kostenlose FFP2-Schutzmasken erhalten. Das sieht eine Verordnung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vor. Die Europäische Arzneimittelagentur EMA ist Ziel einer Cyberattacke geworden.

13. Dezember: Bund und Länder verständigen sich auf einen harten Lockdown vom 16. Dezember bis 10. Januar.

18. Dezember: Bundesgesundheitsminister Spahn stellt den Corona-Impfplan vor, den er per Verordnung erlassen hat. Begonnen wird mit den Pflegeeinrichtungen und den über 80-Jährigen. Auch das Personal im Gesundheitssystem, das besonders hohem Risiko ausgesetzt und vulnerable Menschen behandelt, soll geimpft werden.



20. Dezember: Die neue Mutation des Coronavirus in Großbritannien sorgt in anderen EU-Ländern für Diskussion. Mehrere Staaten beschließen Reisebeschränkungen.

21. Dezember: Die EU-Kommission genehmigt den Impfstoff von BioNTech/Pfizer. In den USA werden die ersten Menschen mit dem Serum von Moderna geimpft.

27. Dezember: Bundesweiter Start für Impfungen gegen das Coronavirus. Auch in anderen EU-Ländern beginnen die Impfungen. Zu den ersten Patienten gehören EU-weit Bewohner von Senioren- und Pflegeheimen auch als medizinisches Personal.

Januar 2021

06. Januar 2021: Eine ICE-Strecke bei Schweinfurt wird mit einer über Holzplatten gespannten Plane blockiert, so dass der Zug eine Notbremsung einleiten muss. Die mutmaßlichen Täter sind ein Ehepaar aus Bad Kissingen. In der Nähe des Tatorts wurden mehrere ähnliche Konstruktionen gefunden. Es deutet vieles darauf hin, dass die Tat eine Protestaktion gegen die Corona-Maßnahmen darstellt.

19. Januar: Bund und Länder verlängern den Lockdown bis Mitte Februar. Zudem werden die besser schützenden FFP2-Masken oder OP-Masken in Bus und Bahn sowie beim Einkaufen obligatorisch.

23. Januar 2021: Gegen Abend versammeln sich um die 30 Impfgegner*innen im Vorgarten des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz (SPD). Auf dem Privatgrundstück des Innenministers stellen sie Grabkerzen auf und verteilen Zettel mit Sprüchen wie „Kein Maskenzwang, denn Lachen und Atmen ist Leben!“. Unruhen wurden in den Niederlanden unter anderem aus Tilburg, Enschede, Venlo, Roermond, Breda, Arnheim und Apeldoorn gemeldet. In der südöstlichen Provinz Limburg an der deutschen Grenze wurde die Militärpolizei zu Hilfe gerufen. In der Kleinstadt Urk, nördlich von Amsterdam, steckten Jugendliche ein Corona-Testzentrum des Gesundheitsamtes in Brand.



Februar 2021

01. Februar: Trotz der Lieferengpässe bei den Impfstoffen gegen das Coronavirus hält Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) an der Zusage fest, bis zum Ende des Sommers jedem Bürger ein Impfangebot machen zu können.

5. Februar: Einen Tag früher als geplant trifft der kürzlich von der EU zugelassene Impfstoff des Herstellers AstraZeneca in Deutschland ein. Die knapp 346.000 Dosen werden zunächst in eine niedersächsische Bundeswehrapotheke gebracht, wo sie kommissioniert und für den Transport in die Bundesländer vorbereitet wird. Einen Tag später werden die ersten Bundesländer mit dem Vakzin beliefert.

11. Februar: Der Bund-Länder-Gipfel einigt sich darauf, dass der bundesweite Lockdown vorerst bis zum 7. März verlängert wird. Eine Ausnahme: Friseure dürfen bereits am 1. März öffnen. Über das Vorgehen an Schulen und Kitas entscheidet jedes Bundesland selbst.

16. Februar: Auch der US-Hersteller Johnson & Johnson beantragt die europäische Zulassung für seinen Corona-Impfstoff. Die EU-Arzneimittelbehörde EMA will das Vakzin der Johnson & Johnson-Tochter Janssen-Cilag bis Mitte März begutachten.

19. Februar: Der R-Wert steigt nach Angaben des Robert Koch-Instituts (RKI) erstmals seit Längerem wieder über die Schwelle von 1 auf 1,01. Das bedeutet, dass 100 Infizierte rechnerisch 101 weitere Menschen anstecken.

25. Februar: Die Europäische Union treibt die Arbeit an einem einheitlichen Corona-Impfpass für einfacheres Reisen voran. Das gemeinsame System könnte pünktlich zur Sommersaison einsatzbereit sein. Im Anschluss an den einen EU-Sondergipfel zur Corona-Krise erklärt Kanzlerin Angela Merkel (CDU), alle Vertreter seien sich einig, dass die Einführung eines digitalen Impfausweises nötig sei.

März 2021

03. März 2021:

Bund und Länder einigen sich bei ihrem neuerlichen Corona-Krisengipfel nach stundenlangen Verhandlungen auf einen Stufenplan für Öffnungen in fünf Schritten. Künftig sind Öffnungsschritte bei einer Inzidenz von unter 100 möglich. Die noch im



Februar gemeinsam vereinbarte Stufe von 35 ist demnach nicht mehr entscheidend. Die Länder entscheiden selbst nach regionaler Infektionslage, was und wann sie öffnen. Bundesweit werden aber wieder mehr private Kontakte zugelassen. Auch Buchhandlungen und Gartenmärkte können vom 8. März an wieder bundesweit öffnen. Grundsätzlich wird der Lockdown aber bis zum 28. März verlängert. Für die Tourismus- und Gastro-Branche werden keine Öffnungsschritte beschlossen.

6. März: Nach dem Verkaufsstart von Corona-Selbsttests bei Aldi sind die Produkte in vielen Filialen bereits nach kurzer Zeit ausverkauft. An zahlreichen Standorten bilden sich bereits vor Ladenöffnung lange Schlangen. Bei Aldi ist die Abgabemenge zunächst auf eine Fünfer-Packung pro Kunde begrenzt. Sie kostet rund 25 Euro. Auch Rewe, Edeka und Drogeriemärkte wie Rossmann wollen bald mit dem Verkauf beginnen. Bei Lidl sind bereits Online-Bestellungen möglich. Positive Ergebnisse müssen den Behörden gemeldet werden.

11. März: Ab sofort ist ein vierter Impfstoff in der EU verfügbar: Die EU-Kommission hat das Vakzin von Johnson & Johnson zugelassen und folgte damit der Empfehlung der Arzneimittelbehörde EMA. Der Hersteller will ab April liefern.

Dänemark setzt die Impfungen mit dem Impfstoff von AstraZeneca wegen möglicher Nebenwirkungen vorerst aus. Wie die dänische Gesundheitsbehörde mitteilte, liegen ihr Berichte über "schwere Fälle der Bildung von Blutgerinnseln" bei Geimpften vor. Deutschland setzt aber weiter auf AstraZeneca. Bislang gebe es keine Hinweise, dass der Todesfall in Dänemark mit dem Covid-19-Impfstoff von AstraZeneca in kausaler Verbindung stehe, teilte das Paul-Ehrlich-Institut mit.

13. März: Am Düsseldorfer Landtag sind am Samstag nach Polizeiangaben rund 2000 Menschen zusammengekommen, um gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu demonstrieren. Außerdem wurden mit einem Wohnmobil-Korso Lockerungen der Corona-Maßnahmen gefordert. Mehr als 100 Wohnmobile kurvten dabei durch die Landeshauptstadt. Es wurde bundesweit in allen Landeshauptstädten zu Kundgebungen aufgerufen.

14. März: Die spanischen Balearen gelten nicht mehr als Risikogebiet. Das erste Flugzeug, das von Hamburg aus nach Mallorca startet, ist mit 153 Passagieren an Bord ausgebucht. Allgemein ist die Nachfrage nach Flügen auf die Mittelmeerinsel



sehr hoch, so die Fluggesellschaften. Teilweise würden größere Maschinen eingesetzt als ursprünglich geplant.

15. März: Die Corona-Impfungen mit dem Impfstoff des Konzerns AstraZeneca werden auch in Deutschland vorsorglich ausgesetzt. Die Bundesregierung folgt damit einer aktuellen Empfehlung des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI). Nach neuen Meldungen von Thrombosen der Hirnvenen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung in Deutschland und Europa hält das PEI weitere Untersuchungen für notwendig. Daraufhin werden auch in Norddeutschland Tausende geplante Impftermine mit dem Mittel von AstraZeneca verschoben.

Die Daten des Corona-Infektionsgeschehens in Deutschland, die das Robert Koch-Institut (RKI) in Berlin erhebt, zeigen einen deutlichen Trend: Während sich aus der Gruppe der Menschen über 80 Jahren immer weniger mit dem Coronavirus infizieren, steigt der Anteil der Infektionen bei den jüngeren Menschen dagegen weiter an. Auffällig ist dabei vor allem der starke Anstieg in der Gruppe der unter 15-Jährigen.

19. März: Die Regierungschefs von Bund und Ländern verständigen sich auf Maßnahmen, um die Impfsituation in Deutschland zu verbessern. Bundeskanzlerin Angela Merkel kündigt an, dass die Hausarztpraxen bundesweit nach Ostern, also am 6. April, anfangen sollten zu impfen.

20. März 2021: Zu einer „Querdenken“-Demo kamen am 20. März 2021 in Kassel laut Polizeischätzungen 15.000 bis 20.000 Menschen zusammen.

22. März: Der seit Monaten andauernde Lockdown in Deutschland wird angesichts steigender Corona-Infektionszahlen bis zum 18. April verlängert und die "Notbremse" weiter verschärft werden. Das beschließen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder nach stundenlangen Beratungen in der Nacht zum Dienstag. Die Politiker einigen sich zudem auf eine "Osterruhe", die das öffentliche Leben im Land so stark herunterfahren soll wie nie zuvor in der Pandemie. Nur am Karsamstag soll dabei der Lebensmittelhandel "im engeren Sinne" öffnen dürfen.



24. März 2021: Im niedersächsischen Delmenhorst wirft ein Mann einen Molotowcocktail durch ein Fenster ins Rathaus. Als Motivation für den Anschlag gibt der 30-jährige „Unzufriedenheit mit den Corona-Regeln“ an. Es entsteht ein Sachschaden von ca. 50.000 Euro.

28. März 2021: In Korbach (Hessen) greifen zwei Männer eine Frau mit Kinderwagen an. Zuerst versuchen sie ihr den Mund-Nasen-Schutz herunterzureißen, doch die Frau wehrt sich. Daraufhin tritt einer der Angreifer sie, der andere stößt den Kinderwagen um.

30. März: Die Ständige Impfkommission (Stiko) empfiehlt den Corona-Impfstoff von AstraZeneca nur noch für Menschen ab 60 Jahren. Zuvor hatten nach Bekanntwerden weiterer Thrombose-Fälle Nordrhein-Westfalen, Berlin und Brandenburg die Impfungen mit AstraZeneca bei Menschen unter 60 Jahren bis auf weiteres ausgesetzt.

April 2021

3. April: Mehr als 10 Millionen sind in Deutschland erstgeimpft worden. Außerdem wurde die Impftermin-Vergabe für Über-60-Jährige gestartet. In Brescia (Italien) werden Molotow-Cocktails gegen ein Impfzentrum geworfen. Es wird niemand verletzt, aber das Zelt stark beschädigt.

5. April 2021: Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf ein Corona-Testzentrum am Berliner Tiergarten. Es entsteht ein Sachschaden. Ob ein politisches Motiv vorliegt, ist unklar.

06. April: Hausärzte dürfen nun auch Impfungen durchführen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Intensivpatienten deutlich.

16. April: Die Stadt Köln führt Ausgangsbeschränkungen ein. Hausärzte dürfen den Impfstoff nun selbst wählen.

17. April: Die Stadt Köln erweitert die Ausgangsbeschränkungen und führt eine nächtliche Ausgangssperre ab 21 Uhr ein. Unter dem Motto „Es reicht!“ wurde erneut in allen Landeshauptstädten zu Kundgebungen aufgerufen. Um die 1000 Personen



haben sich dabei in Düsseldorf versammelt. In mehreren Protestzügen sind hunderte Menschen in Richtung Innenstadt und Landtag geströmt.

19. April: Die Ausgangsbeschränkungen sollen wieder entschärft werden.

21. April: Gerichte weisen die Beschwerden gegen die Ausgangssperren ab.

22. April: Rund fünfzig prominente Film- und Fernsehschauspieler sorgen mit einer großangelegten Internetaktion unter dem Motto #allesdichtmachen für Aufsehen. Die Hashtags #allesdichtmachen, #niewiederaufmachen und #lockdownfürimmer wurden am Donnerstagabend binnen kurzer Zeit zu den am meisten verwendeten bei Twitter in Deutschland.

24. April: Der Bund plant Lockerungen für geimpfte und genesene Personen.

26. April: Bisher sind über 25 Millionen Impfdosen in Deutschland verabreicht worden.

28. April: Zum ersten Mal in Deutschland wurde die indische Mutante in Köln nachgewiesen.

Laut Pressemitteilungen ist die Querdenken-Bewegung im Fokus des Bundesverfassungsschutzes.

29. April: Das EU-Parlament stimmt für Einführung eines Impfpasses.

30. April: Biontech hat die Impfstoff-Zulassung für Jugendliche zwischen 12 und 15 beantragt. Viele Menschen lassen die Impfung mit Astrazeneca nicht durchführen, obwohl sie die Impfung hätten bekommen können.

Mai 2021

01. Mai: Die Bundeswehr schickt Hilfe nach Indien, wo die pandemische Lage Gefahr läuft außer Kontrolle zu geraten.

03. Mai: Es kommt zum Höchststand bei Corona-Intensivpatienten, die eine Beatmung benötigen.

Die EMA prüft die Biontech-Zulassung für Kinder.



04. Mai: Das Bundeskabinett bringt die geplanten Lockerungen für Geimpfte auf den Weg.

06. Mai: Bund und Länder heben die Priorisierung für Astrazeneca-Impfungen auf. Damit können sich alle Impfwilligen beim Hausarzt impfen lassen. Dabei ist viel zu wenig Impfstoff vorrätig. Der Bundestag beschließt die Erleichterungen für Geimpfte.

11. Mai: Ein Drittel der Bevölkerung ist mindestens einmal gegen Corona geimpft worden.

12. Mai: Nach einem Kurzurlaub in den Niederlanden gilt für Rückkehrer nach NRW jetzt eine Quarantänepflicht.

15. Mai: Unter der Überschrift „Es reicht“ hat wiederholt eine Demonstration gegen die Corona-Schutzmaßnahmen in Düsseldorf stattgefunden. Etwa 800 Personen haben sich trotz des schlechten Wetters eingefunden. Aufgerufen wurde in allen Landeshauptstädten. Aufgrund von Verboten und Auflagen fanden nur 5 von 16 Kundgebungen statt.

17. Mai: Der Bund beschließt das Ende der Impf-Priorisierung ab dem 7. Juni.